Miteinander

gegen Hass, Diskriminierung
und Ausgrenzung

Eine Handreichung der Wohlfahrtsverbände zum Umgang mit Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus

Inhalt

Warum eigentlich wir? 4
Statements der herausgebenden Verbände

Warum diese Broschüre? Und warum jetzt? 6
Die extreme Rechte hat sich in den vergangenen Jahren tiefgreifend gewandelt und einen rasanten Aufstieg erlebt

Was ist das Problem? 10
Rechtsextreme und menschenfeindliche Einstellungen in Deutschland

Rechtsextremismus – was ist das? Und wo beginnt er? 12
Das Wort ist in aller Munde. Doch was genau es meint und wie vielfältig Rechtsextremismus ist, wird oft nicht klar

„Die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus ist untrennbarer Teil Sozialer Arbeit“ 20
Interview mit Andreas Lob-Hüdepohl und Heike Radvan

Was tun? 31
Handlungsempfehlungen für konkrete Situationen

Wenn Sie mehr wissen wollen ... 42
Hinweise zu weiterführender Literatur und Beratungsangeboten

Impressum 44

Geschlechtergerechte Sprache bedeutet, dass alle Menschen egal welchen Geschlechts sichtbar werden und sich gleichermaßen angesprochen fühlen. Deshalb wird in dieser Broschüre das sogenannte Gender-Sternchen verwendet. Ziel ist es, damit zur Gleichberechtigung der Geschlechter und zu einer inklusiven Ansprache aller sexuellen und geschlechtlichen Identitäten beizutragen. So schreiben wir zum Beispiel: ein*e Kolleg*in oder die Mitarbeiter*innen.

Die Einfügung eines Sternchens als Lücke zwischen maskulinen und femininen Wortstammendungen macht darauf aufmerksam, dass es jenseits von Frauen und Männern auch Personen gibt, die sich keinem der beiden Geschlechter eindeutig zuordnen können oder wollen. Dabei geht es nicht darum, die geschlechtliche Identifikation von Menschen als „Mann“ oder „Frau“ in Frage zu stellen, sondern zu überdenken, wie auch durch Sprache bestimmte Stereotype über Geschlecht reproduziert werden, und wie dies durch einen sensible(re)n Sprachgebrauch verändert werden kann.

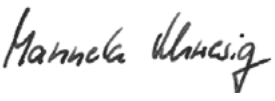
Grußwort

Radikalisierungstendenzen sind keine bloßen Randerscheinungen. Sie reichen bis in die Mitte der Gesellschaft. Das spüren auch die Wohlfahrtsverbände. Unter dem Deckmantel vermeintlichen sozialen Engagements versuchen Rechtsextreme, für ihre Ideologie zu werben. Auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Wohlfahrtspflege sind im Alltag immer wieder mit rassistischen Einstellungen und diskriminierendem Verhalten konfrontiert. Das dürfen wir nicht akzeptieren. Es ist wichtig, rechtsextreme Argumentationsmuster früh zu erkennen und ihnen aktiv entgegenzutreten. Ohne Wenn und Aber.

Die Wohlfahrtsverbände stehen für Werte, die unsere Gesellschaft zusammenhalten: Respekt, Solidarität, Toleranz und Chancengleichheit. Mit zahlreichen Initiativen und Projekten leben sie Demokratie und setzen klare Zeichen gegen Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit. Bei ihrem Engagement können sie auf das Bundesfamilienministerium zählen.

Auch diese Handreichung wird mit Mitteln aus dem Bundesprogramm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ gefördert, mit dem wir engagierte Bürgerinnen und Bürger und die Zivilgesellschaft in ihrem Einsatz für ein vielfältiges, gewaltfreies und demokratisches Miteinander unterstützen.
Die Mittel für das Bundesprogramm konnten wir für dieses Jahr mehr als verdoppeln. Das zeigt, wie notwendig Demokratieförderung und Gewaltprävention sind. Das bietet gleichzeitig die Möglichkeit, die erfolgreiche Arbeit der Zivilgesellschaft weiter zu stärken und auszubauen.

Die vorliegende Handreichung ist ein guter Beitrag für unsere gemeinsamen Bemühungen. Sie sensibilisiert für die Herausforderungen im Umgang mit Rechtsextremismus in der Sozialen Arbeit und gibt konkrete Hilfestellung.
Ich wünsche allen Leserinnen und Lesern gute Anregungen und den Wohlfahrtsverbänden weiterhin viel Erfolg mit ihrem Engagement.



Manuela Schwesig
Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Warum eigentlich wir?

Brigitte Döcker
Vorstandsmitglied, Arbeiterwohlfahrt Bundesverband

Angesichts der Zunahme von Hasskriminalität und des Erstarkens rechtsextremer Bewegungen stehen wir vor der Aufgabe, unser bisheriges Engagement zu verstärken und vehementer für die Einhaltung der Menschenrechte einzutreten. Die Arbeiterwohlfahrt, die 1919 aus der sozialdemokratischen Frauen- und Arbeiterbewegung hervorgegangen ist, hat eine lange Tradition im Engagement gegen soziale und politische Ungerechtigkeiten.

Aufgrund eigener historischer Erfahrungen und unserer demokratischen Grundüberzeugung stellen wir uns gegen jede Vorstellung, die Menschen aufgrund ihrer Herkunft oder ihres Glaubens diskriminiert, stigmatisiert und ausgrenzt. Solidarisch für Menschen in Not zu sein und tolerant im Umgang mit Vielfalt, sind zwei Grundansätze der AWO, die seit ihrer Gründung handlungsleitend sind. Als Teil der Gesellschaft und öffentliche Akteurin wird die AWO weiterhin einen aktiven Beitrag zur Gestaltung eines friedlichen Zusammenlebens im Gemeinwesen vor Ort leisten.

Die Arbeiterwohlfahrt hat 2007 mit dem „Magdeburger Appell“ eine Selbstverpflichtung verabschiedet, in der alle Organisationseinheiten der AWO dazu aufgefordert werden, rechtsextreme Gefahren zu bekämpfen und sich aktiv für demokratische Grundwerte einzusetzen. Im Zusammenwirken mit den vier anderen Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege verdeutlichen wir mit dieser Broschüre unsere Einigkeit, gemeinsam eine entschlossene Haltung gegen rechtsextreme Einstellungen und Handlungen einzunehmen.

Prälat Dr. Peter Neher
Präsident des Deutschen Caritasverbandes

Meist sind es die kurzen einfachen Sätze, die den größten Schaden anrichten. In den teils hitzigen Debatten um Flucht und Asyl konnten sich rechte politische Strömungen auf erschreckende Weise festigen und an gesellschaftlicher Bedeutung gewinnen. Mit einfachen Scheinlösungen werben sie für eine Abgrenzung von allem „Fremden“. Dabei werden immer wieder „soziale Themen“ von rechten Netzwerken aufgegriffen und instrumentalisiert.

Nicht selten wird versucht, diese Abgrenzungsdebatten mit christlichen Motiven zu verbinden. Hier sieht sich der Deutsche Caritasverband besonders in der Pflicht, mit Nachdruck für die Würde aller Menschen und deren Grundrechte einzutreten.
Denn sowohl der Blick in die biblischen Schriften als auch in die Geschichte zeigen, dass das Christentum von Beginn an einen multikulturellen Charakter hatte. Ohne die Öffnung der Kirche für unterschiedliche Ethnien, Kulturen und Schichten wäre das Christentum eine bedeutungslose Sekte am Rande des Römischen Reichs geblieben.

Von daher sieht die verbandliche Caritas ihren Auftrag darin, Aufgabenfelder, Projekte und Initiativen zu unterstützen, die sich für die Förderung von Benachteiligten und Ausgegrenzten und deren Teilhabegerechtigkeit einsetzen. Gerade als konfessioneller Verband gilt es, Resonanzen für rechte Strömungen im Blick zu behalten und Resistenzen zu fördern. Die vorliegende Handreichung ist dabei eine wertvolle Unterstützung für alle, die in der Sozialen Arbeit engagiert sind.

Maria Loheide
Vorstand Sozialpolitik der Diakonie Deutschland

Von der Diakonie darf zu Recht erwartet werden, dass sie auf andere zugeht, dass sie Raum für Begegnung und Verständigung schafft, dass sie Brücken baut und den gesellschaftlichen Dialog fördert. Aber es darf von uns auch eine klare Orientierung an der biblischen Botschaft erwartet werden – und damit eine klare Grenzziehung, ein klares „Nein“ zu Rechtsextremismus, zu Gewalt und zu Rassismus und

Antisemitismus. Die Bibel fordert uns auf, den Fremdling bei uns wohnen zu lassen – wie einen Einheimischen und ihn zu lieben wie uns selbst (Levitikus 19, 34). Für verfolgte und gefährdete Menschen einzutreten, gehört seit jeher zu den elementaren Aufgaben von Kirche und Christenheit.

Die Diakonie Deutschland setzt sich in ihren eigenen Strukturen und in der Gesellschaft für Demokratieförderung und Zivilcourage ein. Die Auseinandersetzung mit rechtsextremen und rechtspopulistischen Positionen ist sowohl in der öffentlichen Debatte zu führen als auch in alltäglichen Situationen, am Arbeitsplatz, in der Familie, in der Nachbarschaft, eben dort, wo die Menschen leben. Menschenfeindlichen Inhalten muss widersprochen werden, wo immer diese auftreten: sachlich, präzise, klar und bestimmt. Die vorliegende Publikation ist ein wichtiger Beitrag, um Menschen in dieser Auseinandersetzung zu stärken und mit dem notwendigen Handwerkszeug zu versehen.

Prof. Dr. Rolf Rosenbrock
Vorsitzender des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes – Gesamtverband

Parität, das bedeutet gleiche Chancen für jeden Menschen und gleichen Respekt vor jedem Menschen. Für uns im Paritätischen hat jeder Mensch, egal welcher Herkunft, Hautfarbe, Kultur oder Religion, Geschlecht oder sexuellen Orientierung, die gleiche unantastbare Würde und die gleichen unveräußerlichen Menschenrechte.
Es ist daher wichtiger Bestandteil unseres Selbstverständnisses, rechtsextremiswtischen Angriffen auf Menschen, aber auch auf unsere Demokratie und Freiheit auf allen Ebenen entschieden entgegenzutreten. Die Menschen, die sich in unserem Verband haupt- und ehrenamtlich engagieren, arbeiten dafür, dass jeder Mensch die gleichen Chancen erhält und mit dem gleichen Respekt behandelt wird. Dazu ist es wichtig, dass die eigene Haltung und unsere Werte auch im (Berufs-)Alltag gelebt werden. Offenheit gegenüber anderen Kulturen, Toleranz und Respekt, gegenseitiges Verständnis, demokratische Beteiligung und Mitbestimmung sowie das Eintreten für eine sozial gerechte Gesellschaft für alle Menschen – das sind Werte, für die wir immer wieder eintreten und werben müssen.

Es ist hocherfreulich, dass die hier vertretenen Wohlfahrtsverbände sich nun auch gemeinsam und öffentlich für ein vielfältiges, gewaltfreies und demokratisches Miteinander einsetzen. Mit gebündelten Kräften lässt sich mehr erreichen – auch im Kampf gegen Rechtsextreme.

Benjamin Bloch
Direktor der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland (ZWST)

„Das Gewissen ruft!“ Mit diesem Satz gab Bertha Pappenheim, eine Pionierin der jüdischen Sozialarbeit, die Initialzündung für die Gründung jener Dachorganisation, die als Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e. V. dieses Jahr ihr 100-jähriges Bestehen feiert. Die ZWST tritt seitdem – unterbrochen durch ihre Zerschlagung im Nationalsozialismus – für eine gerechte und demokratische Gesellschaft ein. Sie steht dabei in der Tradition der „Zedaka“. Dieser Begriff, der das hebräische Wort für Gerechtigkeit („Zedek“), in sich trägt, beschreibt die jüdische Auffassung von Wohltätigkeit. Diese versteht sich als sozial-ethische Handlungsanweisung und als eine der wichtigsten religiösen Pflichten im Judentum. Historisch-politische Bildungsarbeit ist untrennbar mit diesem Leitbild verbunden.

In der Trägerschaft der ZWST entstehen seit vielen Jahren Programme zur rassismuskritischen Bildung und Antisemitismusprävention. Das 2015 im Rahmen des Bundesprogamms „Demokratie leben!“ entstandene Kompetenzzentrum für Prävention und Empowerment zielt in erster Linie darauf, die jüdische Gemeinschaft im Umgang mit Antisemitismus und Diskriminierung zu stärken – unter anderem durch Schulungen für Fachkräfte jüdischer Einrichtungen und den Ausbau von Beratungsangeboten.

Der Satz von Bertha Pappenheim ruft in Zeiten, in denen Rassismus, Antisemitismus sowie andere Formen kollektiver Feindschaft wieder erstarken, uns alle auf den Plan. Umso wichtiger ist, dass die Wohlfahrtsverbände koordiniert auftreten und dem Ausdruck verleihen, was sie eint: ein demokratisches Leitbild und die entschiedene Ablehnung aller Formen gruppenbezogener, entwürdigender Menschenfeindlichkeit.

Warum diese Broschüre – und warum jetzt?

Die extreme Rechte in Deutschland hat sich in den vergangenen Jahren tiefgreifend gewandelt – und sie hat einen rasanten Aufstieg erlebt. Ihre Ideologie läuft den Werten von Wohlfahrtsverbänden diametral entgegen. Sie sind deshalb besonders geeignet und gefordert, gegen Rechtsextremismus und -populismus aktiv zu werden

Vergessen Sie die Springerstiefel! Schlagen Sie sich dieses Bild aus dem Kopf, dieses Bild eines Skinheads mit Baseball-Schläger, Bomberjacke und hochgeschnürten, schweren Schuhen. Wenn Zeitungen oder Online-Medien über Rechtsextremismus berichten – egal ob es um Gewalt gegen Flüchtlingsheime geht, um das gescheiterte NPD-Verbot oder um rechtsextreme Propaganda im Internet –, ständig illustrieren sie ihre Berichte mit Bildern von Springerstiefeln. Doch nur wenige Rechtsextreme sehen heutzutage noch so aus. Weil aber viele Medien weiterhin uralte Bilder zeigen und damit Stereotype bestärken, erkennt heute die Öffentlichkeit viele Erscheinungsformen der extremen Rechten nicht mehr.

Seit den Neunzigerjahren hat sich der rechte Rand tiefgreifend gewandelt: Er hat sich zugleich radikalisiert, verbürgerlicht und verbreitert. In den 2000er Jahren veränderten sich erst die jugendkulturellen Szenen. Die rechten Skinheads wurden weniger, stattdessen entstanden zum Beispiel die sogenannten Autonomen Nationalisten (AN). Die tragen Turnschuhe, schwarze Kapuzenpullis, Baseball-Mützen und Sonnenbrille. Ihre Transparente und Aufkleber sind oft im coolen Graffiti-Stil gehalten, sie scheuen sich nicht vor englischsprachigen Slogans – und verehren trotzdem Adolf Hitler und seinen Stellvertreter Rudolf Hess. Doch wer immer nur Springerstiefel im Kopf hat, erkennt sie gar nicht als Rechtsextreme.

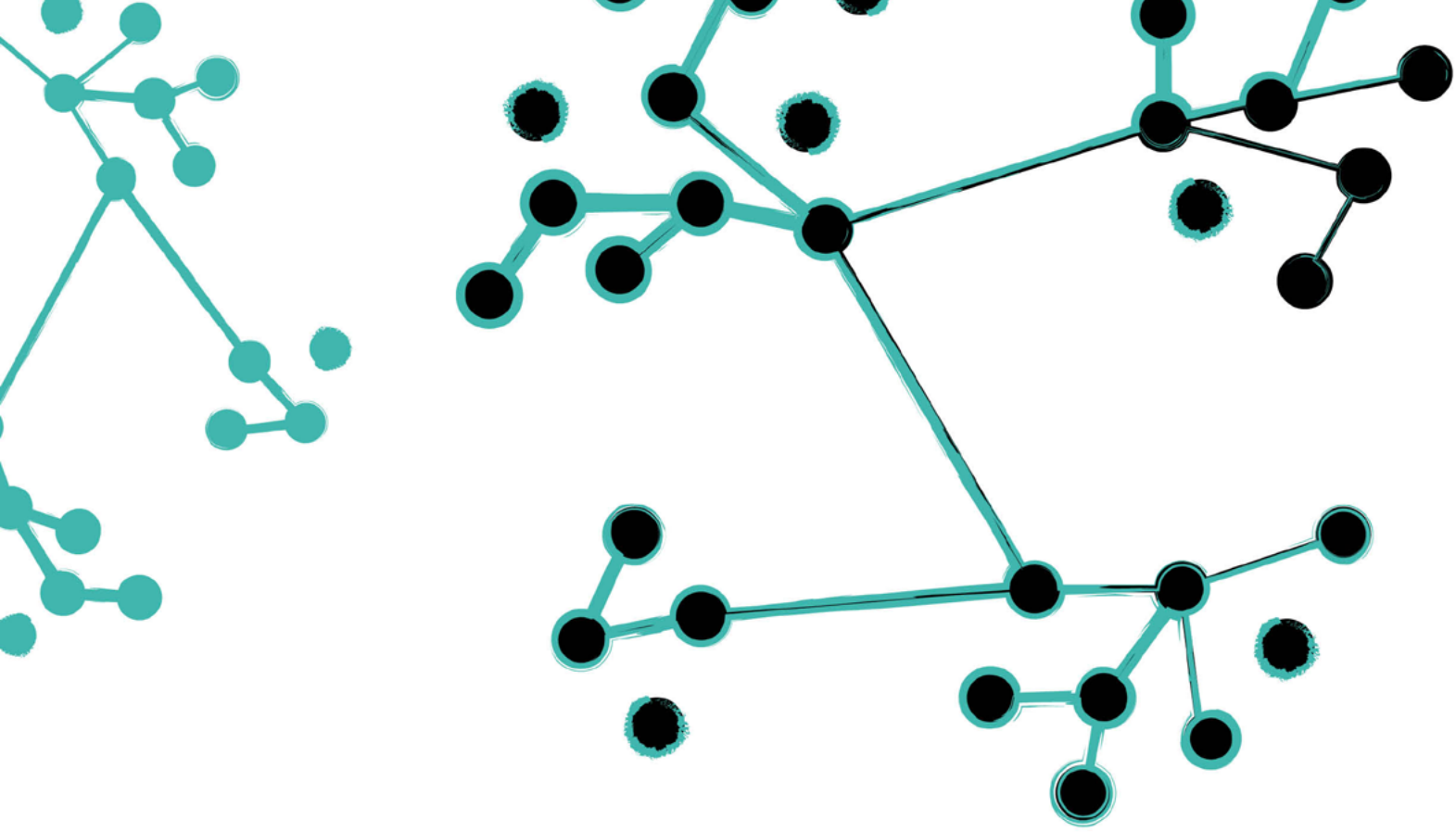
Ein Modernisierungsphänomen vollkommen anderer Art ist der Rechtspopulismus. Parteien wie Pro Deutschland und Die Freiheit versuchten seit etwa 2010 verstärkt, an konservative und bürgerliche Positionen anzuknüpfen. Sie sehen sich als Kämpfer für das angeblich vom Islam bedrohte, christliche Abendland, wollen Migration strikt begrenzen, hassen alles vermeintlich Liberale und Linke und die gesellschaftliche Vielfalt, etwa bei Familienmodellen oder Geschlechterrollen[1]. Die NPD ist gleichzeitig schwächer geworden. Zwar ist sie noch in manchen Teilen Ostdeutschlands aktiv, bundesweit aber ist ihre Bedeutung so gering, dass das Bundesverfassungsgericht Anfang 2017 von einem Verbot der eindeutig verfassungsfeindlichen Partei absah.

Rechtspopulisten, „turboradikalisierte“ Gewalttäter, Identitäre, Neue Rechte

Als 2015/16 zeitweise eine relativ große Zahl von Flüchtlingen nach Deutschland kam, erlebten rechtsextreme und rechtspopulistische Kräfte einen bis dahin hierzulande unvorstellbaren Höhenflug. Sie fanden in der ursprünglich vor allem euro-kritisch auftretenden Alternative für Deutschland (AfD) eine Heimat und haben dort teils großen Einfluss gewonnen. Pegida („Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“) konnte zu ihren wöchentlichen Demonstrationen in Dresden zeitweise fünfstellige Teilnehmerzahlen mobilisieren. Fast flächendeckend bildeten sich lokale Gruppen, die oft gewalttätig gegen geplante oder bestehende Flüchtlingsunterkünfte protestierten.

Im Jahr 2015 zählte die Bundesregierung 1.031 einschlägige Straftaten, rund ein Zehntel davon Brandanschläge. 2016 ging die Zahl leicht auf 988 zurück.[2] Polizei und Justiz stehen dabei vor dem Problem, dass die meisten Taten nicht mehr aus der Neonazi-Szene heraus verübt werden. Ein Großteil der ermittelten Verdächtigen, so

[1] www.caritas.de/neue-caritas/heftarchiv/jahrgang2016/artikel/familienbild-als-einflugschneise-was-glaeubige-anfaellig-mac
[2] *Die Welt* vom 26. Februar 2017 – www.welt.de/politik/article162385193/Jeden-Tag-gibt-es-fast-zehn-Gewalttaten-gegen-Fluechtlinge.html



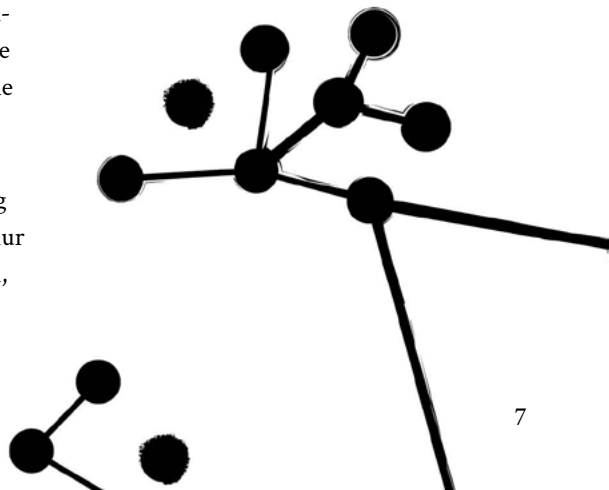
zeigen Analysen des Bundeskriminalamts, waren Personen aus der direkten Umgebung der Flüchtlingsunterkünfte, die zuvor nicht in rechtsextremen Zusammenhängen aktiv waren – also sogenannte „besorgte Bürger“. Der nordrhein-westfälische Innenminister Ralf Jäger (SPD) sprach von einem „neuen Tätertyp“, der sich „turboradikalisiert“ und deshalb besonders schwer aufzuspüren ist.[3] Viele der Täter glauben, sie würden mit ihren Taten den Willen einer „schweigenden Mehrheit“ ausführen.

Der rechte Rand hat heute viele Gesichter: Gruppen wie die Identitäre Bewegung führen die ästhetische Modernisierung der Autonomen Nationalisten weiter. Speziell Jugendliche werden mit schnell geschnittenen Videoclips auf YouTube angesprochen, mit wilder Twitterei und kleinen Propagandabildchen zum Liken und Teilen auf Facebook. Eine weitere Spielart ist die sich intellektuell gebende Neue Rechte. Sie versucht, den Begriff „konservativ“ von rechts zu kapern und mit autoritären, anti-freiheitlichen und nationalistischen Politikkonzepten zu füllen. Medien wie die Wochenzeitung *Junge Freiheit* verzeichnen steigende Auflagen. Daneben sind etliche Internetseiten entstanden, die mit Verschwörungstheorien und Anti-Flüchtlings-Hetze hohe Klickzahlen erreichen, etwa die Portale *Kopp-Online* oder *Politically Incorrect.*

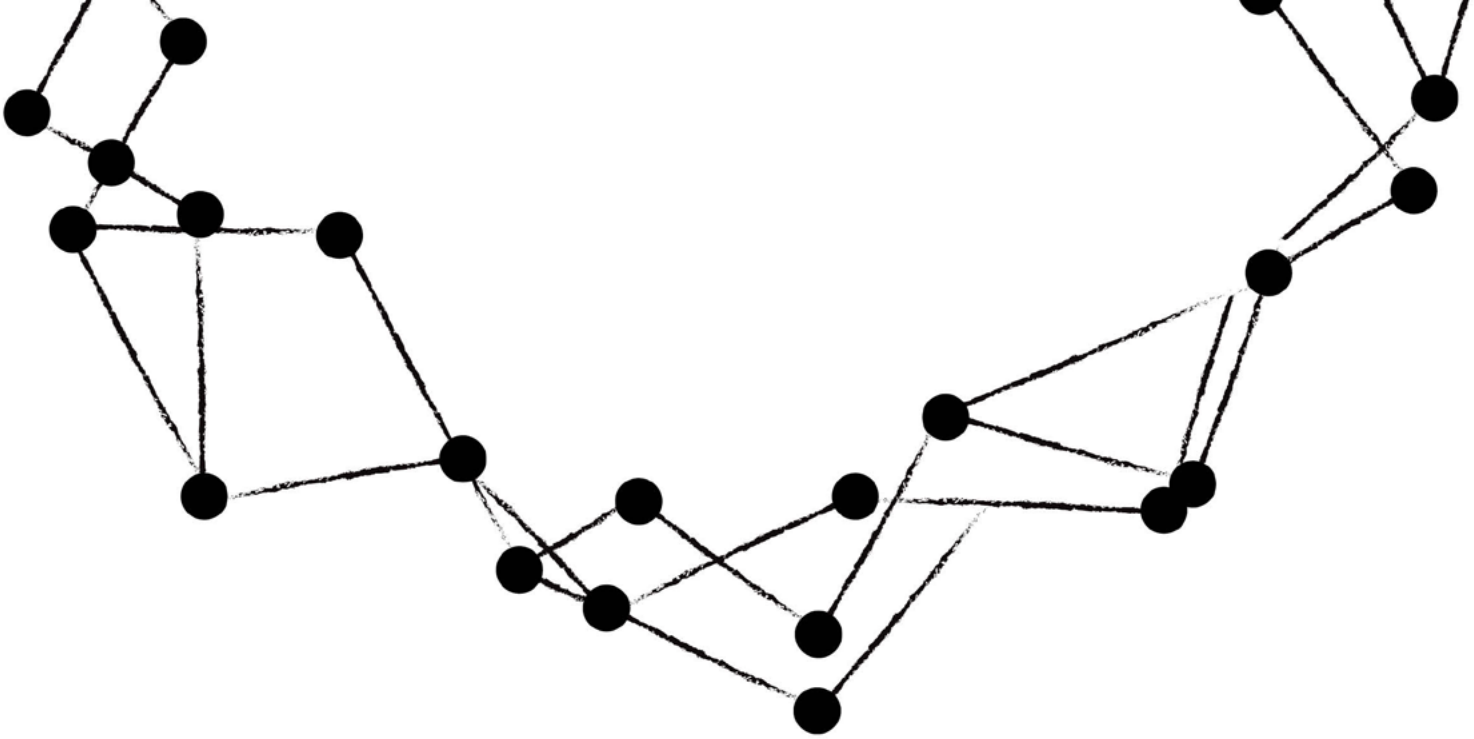
Der Kern der extremen Rechten bleibt: eine Ideologie der Ungleichwertigkeit

Auch die thematische Agenda hat zsich verändert: Mit Schlagworten wie „Heimatschutz“ oder „Todesstrafe für Kinderschänder“ soll an breite Gesellschaftskreise angeknüpft werden. Die Feindschaft gegenüber Migranten wird nicht mehr direkt rassistisch begründet, sondern pseudo-kulturell – als angeblicher Kampf um die Bewahrung der eigenen Identität. Für die alteingesessenen Deutschen werden zusätzliche Sozialleistungen gefordert und Neid auf die angeblich üppig versorgten Flüchtlinge geschürt. Bei aller Modernisierung bleibt aber der weltanschauliche Kern der extremen Rechten stabil – eine Ideologie der Ungleichwertigkeit: Als anders definierte Menschen und Menschengruppen werden als minderwertig angesehen, und das bezieht sich nicht nur auf ethnische Gruppen oder Migranten, sondern auch auf soziale Gruppen wie Wohnungslose oder Menschen mit Behinderung (→ Hintergrundtext, S. 12).

Das pauschale Bild von dummen und gewalttätigen Rechtsextremen war schon immer verkehrt – heute ist es falscher denn je. Wissenschaftler*innen sprechen davon, dass am rechten Rand eine Soziale Bewegung entstanden sei. Allerdings ist mit „sozial“ nicht das inhaltliche Ziel gemeint. Eine Gesellschaft, wie Rechtsextreme und -populisten sie anstreben, wäre ausgrenzend, ungerecht und unsozial. Vielmehr bezieht sich das „sozial“ im Fachbegriff „Soziale Bewegung“ darauf, dass in ihr ein breites Spektrum verschiedener Organisationsformen zusammenwirkt: Parteien, Vereine und lokale Bürgerinitiativen, Medien und Musikproduzenten, aber auch sehr lose Strukturen wie Facebook-Diskussionsgruppen.



[3] *taz, die tageszeitung* vom 4. Juli 2016 – www.taz.de/!5318688/



Rassistische Einstellungen waren nie nur ein Randgruppenphänomen

Neu an der Entwicklung der vergangenen Jahre ist ihre Dynamik, die aus der Mitte der Gesellschaft kommt. Zwar waren menschenfeindliche und diskriminierende Einstellungen dort schon immer vorhanden, Rechtsextremismus ist nie ein Phänomen nur von Randgruppen gewesen. Seit vielen Jahren zeigen Untersuchungen, dass einzelne Elemente extrem rechten Denkens weit verbreitet waren und sind: So ergab die aktuellste „Mitte-Studie" von Friedrich-Ebert-Stiftung und Universität Bielefeld 2016 zum Beispiel, dass mehr als acht Prozent der Befragten finden, die Verbrechen des Nationalsozialismus würden übertrieben dargestellt. Rund 19 Prozent der Deutschen sind demnach fremdenfeindlich eingestellt. Und mehr als 40 Prozent meinen, die deutsche Gesellschaft werde vom Islam unterwandert (→ Infografik, S. 10)

Doch im Unterschied zu früheren Jahren ist heute die Bereitschaft höher, solche Einstellungen auch öffentlich zu äußern. Seit Thilo Sarrazins Buch Deutschland schafft sich ab 2010/11 zu einem Bestseller wurde und mehr noch seit die AfD Wahlerfolge feiert, fühlen sich Leute bestärkt, die extrem rechts denken. Diskriminierende Aussagen gegen Flüchtlinge oder andere Minderheiten gelten heute vielen als ganz normale Meinungsäußerungen. Und positioniert sich jemand dagegen, dann wird das als angebliche Einschränkung der Meinungsfreiheit brüsk zurückgewiesen. „Für diese Leute fühlt sich jeder Widerspruch wie Ausgrenzung an", hat die Spiegel-Redakteurin Melanie Amann die aufgeheizte Atmosphäre beschrieben, „und allein die Tatsache, dass die Mehrheit in manchen Bereichen anders denkt als sie, gilt vielen als Verfolgung."[4] Das öffentliche Klima ist jedenfalls erheblich rauer geworden. Umgekehrt hat das Auffliegen der rechtsextremen Terrorgruppe NSU im November 2011 dazu geführt, bei Sicherheitsbehörden und Öffentlichkeit den Blick für die Gefahren des Rechtsextremismus und das Problem des Rassismus zu schärfen.

Rechtsextremismus und -populismus sind kein Problem einiger gesellschaftlicher Gruppen oder bestimmter Gegenden – aber besonders problematisch ist die Lage in strukturschwachen, ländlichen Räumen. Dort ballen sich begünstigende Faktoren wie Arbeits- und Perspektivlosigkeit, Abwanderung und Überalterung, fehlende oder marode Infrastruktur und schwache Zivilgesellschaft, Verunsicherung und das Gefühl, vernachlässigt zu werden. Häufig versucht die extreme Rechte, soziale Themen aufzugreifen. Ängste vor sozialem Abstieg oder Statusverlust haben nicht direkt mit der Zuwanderung von Flüchtlingen oder mit anderen Minderheiten zu tun – aber beides wird von Rechtsextremen und Rechtspopulisten geschickt miteinander verknüpft. Wer diese Strategie kontern will, muss als erstes das Unbehagen über tatsächliche oder gefühlte Missstände wieder trennen von den Aggressionen gegen Sündenböcke. Während letztere klar zurückzuweisen sind, sollte man ersteres aufnehmen und nach konstruktiven Lösungen suchen.

„Rechtsextreme versuchen, die Toleranz von Wohlfahrtsverbänden auszunutzen"

Wohlfahrtsverbände sind hierfür besonders geeignet. Sie sind flächendeckend präsent. Sie arbeiten seit Jahrzehnten für eine solidarische Gesellschaft und verfügen deshalb in der Öffentlichkeit über hohes Ansehen. Sie sind außerdem auf besondere Weise mit dem Problem konfrontiert, sagt Bianca Klose vom Mobilen Beratungsteam gegen Rechtsextremismus in Berlin. „Das Verhäng-

[4] Amann, Melanie: Angst für Deutschland. Die Wahrheit über die AfD: Wo sie herkommt, wer sie führt, wohin sie steuert. Droemer-Verlag, München 2017, S. 81

nisvolle ist, dass Rechtsextreme gerade diejenigen Grundsätze ausnutzen, durch die sich Wohlfahrtsverbände auszeichnen: ihr Eintreten für Offenheit und Toleranz, Respekt und Vielfalt sowie ihre Anwaltschaft für sozial benachteiligte und von Ausgrenzung bedrohte Menschen."[5] Wohlfahrtsverbände brauchen deshalb für die Auseinandersetzung mit dem rechten Rand eine klare Haltung: Toleranz heißt bekanntlich nicht, alles hinzunehmen – sondern konsequent für die Wertschätzung jedes Menschen und gegen jegliche Diskriminierung aufzutreten. Wohlfahrtsverbänden ist dies nicht nur erlaubt, sondern sie haben das gesellschaftspolitische Mandat dazu (→ Interview, S. 20).

Um diesem gerecht zu werden, braucht es eine stärkere Sensibilisierung, Wissen über Strategien und Erscheinungsformen von Rechtsextremismus und -populismus, braucht es sicherlich auch Hinweise auf Beratungs- und Unterstützungsangebote. All dies soll diese Broschüre liefern. Denn die Situationen, mit denen Ehren- oder Hauptamtliche in Wohlfahrtsverbänden konfrontiert sein können, sind vielfältig: Wie soll man reagieren, wenn ein Kollege einen antisemitischen Spruch fallen lässt? Was kann man tun, wenn sich in der Kita ein Kind lautstark weigert, neben einem dunkelhäutigen zu sitzen? Was ist eine angemessene Antwort, wenn eine Bewohnerin im Seniorenheim ihre Pflegekraft rassistisch beleidigt? (→ einige Handlungsempfehlungen zu derartigen Situationen finden Sie ab S. 31)

Das richtige Reagieren ist oft nicht einfach. Aber das Wichtigste ist, dass die vielen Erscheinungsformen von Rassismus, Antisemitismus und anderen Diskriminierungen überhaupt erkannt werden – und dass darüber gesprochen wird. Falsch wäre es, problematische Vorfälle aus Unwissenheit oder Unsicherheit oder auch aus Sorge vor einem schlechten Bild in der Öffentlichkeit herunterzuspielen oder zu ignorieren. Denn wie der Berliner Ethikprofessor Andreas Lob-Hüdepohl in dieser Broschüre betont (→ S. 22): Auf ein Problem nicht zu reagieren, ist bereits ein Handeln. Man kann nicht nichts tun. Wer sich bei Rechtsextremismus und -populismus heraushalten will, unterstützt durch Unterlassung.

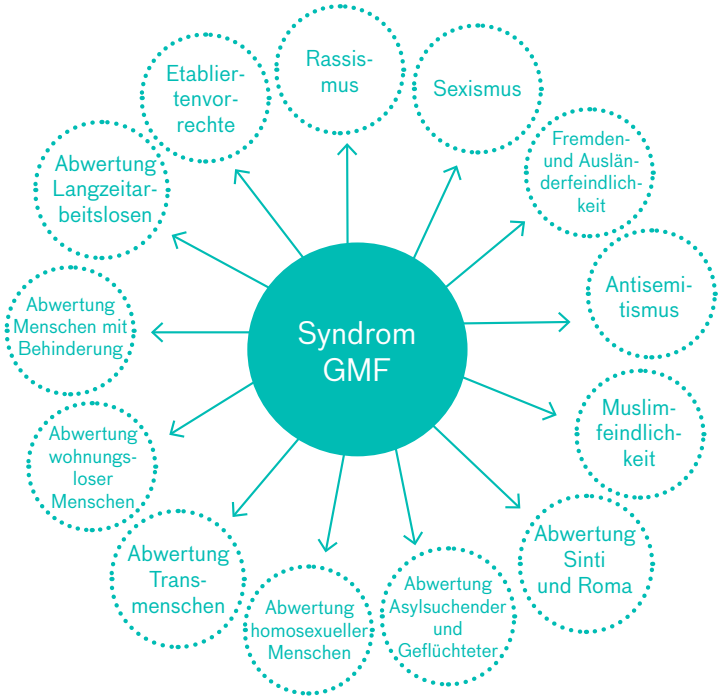
[5] *Blätter der Wohlfahrtspflege* 3/2016, S. 90

Was ist das Problem?

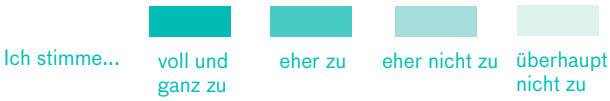
Rechtsextreme und menschenfeindliche Einstellungen in Deutschland

Seit 2002 untersucht das Institut für Interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) der Universität Bielefeld, wie weit rechtsextremes und menschenfeindliches Denken in der deutschen Gesellschaft verbreitet ist. In jährlichen oder zweijährigen Abständen wurde dazu eine jeweils repräsentative Auswahl der Bevölkerung befragt. Erfasst werden abwertende und feindselige Meinungen gegenüber gesellschaftlichen Gruppen.

Ein zentrales Ergebnis: Menschen mit extrem rechten Einstellungen werten nicht nur einzelne Personengruppen (meist Minderheiten) ab, sondern häufig gleich mehrere. Deshalb sprechen die Bielefelder Forscher von einem „Syndrom Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ (GMF), das aus dreizehn verschiedenen Einzelelementen besteht.



Zu jedem GMF-Element werden je zwei bis drei Einzelfragen gestellt, auf die in einer vierstufigen Skala geantwortet werden kann: Ich stimme voll und ganz zu, eher zu, eher nicht zu, überhaupt nicht zu. Aus den Antworten wird dann die Zustimmung für das jeweilige GMF-Einzelelement ermittelt – hier die Fragen und Daten zu vier von ihnen (Stand 2016):



Fremdenfeindlichkeit

Es leben zu viele Ausländer in Deutschland.

Wenn Arbeitsplätze in Deutschland knapp werden, sollte man die in Deutschland lebenden Ausländer in die Heimat zurückschicken.

Abwertung wohnungsloser Menschen

Die meisten Obdachlosen sind arbeitsscheu.

Bettelnde Obdachlose sollten aus den Fußgängerzonen entfernt werden.

Antisemitismus

Juden haben in Deutschland zu viel Einfluss.

Durch ihr Verhalten sind Juden an ihren Verfolgungen mitschuldig.

Sexismus

Für eine Frau sollte es wichtiger sein, ihrem Mann bei seiner Karriere zu helfen, als selbst Karriere zu machen.

Frauen sollten sich wieder mehr auf die Rolle der Ehefrau und Mutter besinnen.

Neben GMF-Einzelelementen gehören zum Kern rechtsextremen und rechtspopulistischen Denkens auch andere Einstellungen, die in den Bielefelder Studien ebenfalls erhoben werden. Hier einige der Fragen dazu – und jeweils die Angabe, wie hoch die ermittelte Zustimmung im Jahr 2016 lag:

„Wir sollten einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert.“ (Befürwortung einer rechtsgerichteten Diktatur)

- 12,2 Prozent stimmen voll oder eher zu

„Es gibt wertvolles und unwertes Leben.“ (Sozialdarwinismus)

- 7,3 Prozent stimmen voll oder eher zu

„Die deutsche Gesellschaft wird durch den Islam unterwandert.“ (Islamverschwörung)

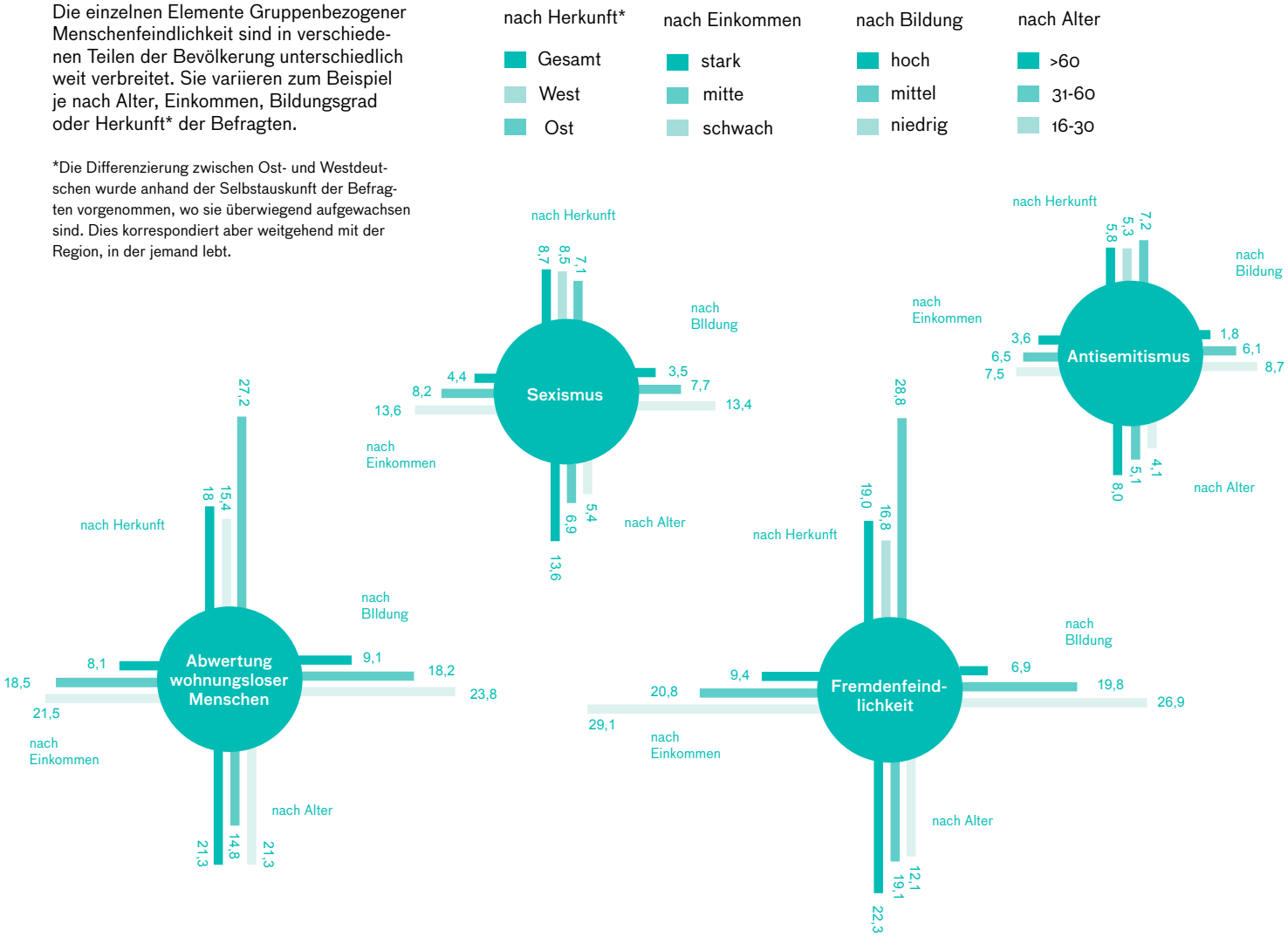
- 40,1 Prozent stimmen voll oder eher zu

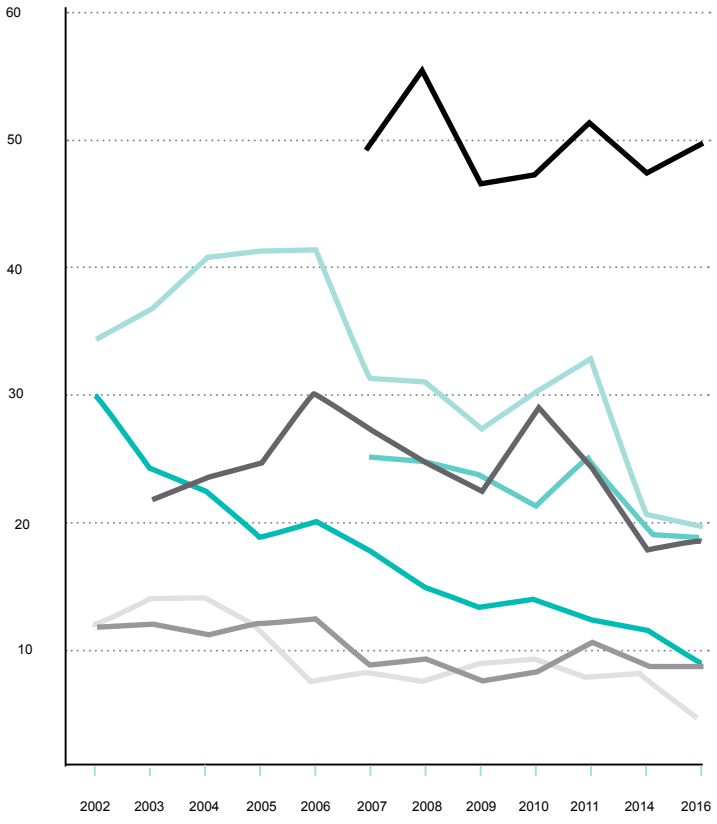
„Die Verbrechen des Nationalsozialismus sind in der Geschichtsschreibung weit übertrieben worden.“ (NS-Verharmlosung)

- 8,6 Prozent stimmen voll oder eher zu

Die einzelnen Elemente Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sind in verschiedenen Teilen der Bevölkerung unterschiedlich weit verbreitet. Sie variieren zum Beispiel je nach Alter, Einkommen, Bildungsgrad oder Herkunft* der Befragten.

*Die Differenzierung zwischen Ost- und Westdeutschen wurde anhand der Selbstauskunft der Befragten vorgenommen, wo sie überwiegend aufgewachsen sind. Dies korrespondiert aber weitgehend mit der Region, in der jemand lebt.





Seit Start der Befragungen im Jahr 2002 hat sich die Zustimmung zu den einzelnen GMF-Elementen teils deutlich verändert.

Die Höhe der Zustimmung zu den einzelnen Elementen kann nicht miteinander verglichen werden, weil jedes Element mit unterschiedlich hart oder weich formulierten Aussagen erfasst wurde. Jedes Element für sich kann aber über den Zeitverlauf verglichen werden.

- Abwertung von langzeitarbeitslosen Menschen
- Fremdenfeindlichkeit
- Muslimfeindlichkeit
- Abwertung von wohnungslosen Menschen
- Sexismus
- Rassismus
- Antisemitismus

Alle Daten aus:
Zick, Andreas u.a.: Gespaltene Mitte, feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016. Bonn 2016

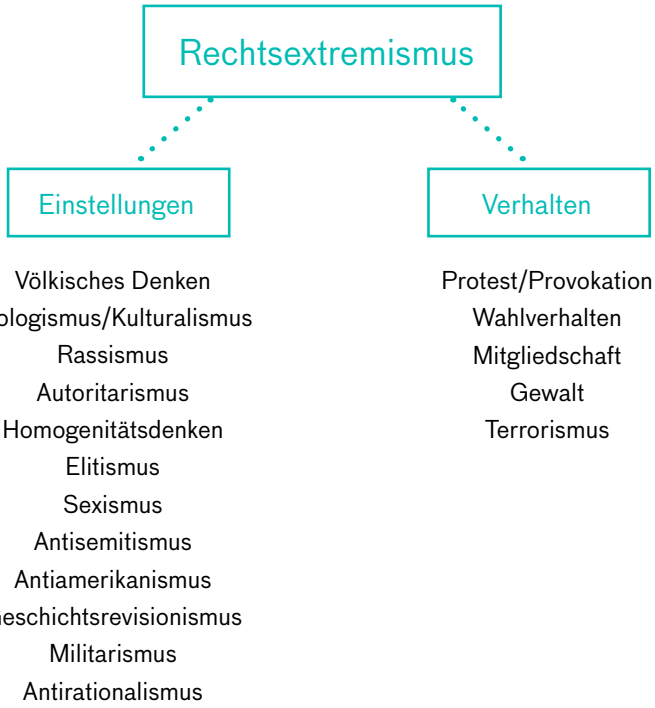
Rechtsextremismus – was ist das? Und wo beginnt er?

In Medien, Politik oder Wissenschaft, bei Verfassungsschutz und Polizei – das Wort „Rechtsextremismus“ ist in aller Munde. Doch was genau damit gemeint ist, wird oft nicht klar. Zudem wird häufig übersehen, dass es viele Formen und Varianten rechtsextremen Denkens und Verhaltens gibt – nicht nur am Rand der Gesellschaft. Samuel Salzborn, Politikprofessor an der Universität Göttingen, gibt einen Überblick

Im Alltag begegnet man Rechtsextremismus in vielerlei Form: rassistische Bemerkungen am Stammtisch oder auf dem Fußballplatz, Pöbeleien in der Straßenbahn oder auf Facebook, Stimmen für rechtsextreme Parteien bei einer Wahl, Anti-Asyl-Demonstrationen, Brandanschläge auf Flüchtlingsunterkünfte – dies alles sind Erscheinungsformen von Rechtsextremismus. Bei genauem Blick wird deutlich: Er hat eine Einstellungs- und eine Verhaltensdimension. Rechtsextremismus kann sich erstens im Denken eines Menschen zeigen, also darin, wie er oder sie andere Menschen oder die Welt sieht. Zweitens kann dieses Denken dazu führen, dass sich jemand auch rechtsextrem verhält. Wichtig ist zu verstehen, dass nicht jede oder jeder rechtsextrem denkende Mensch seine Einstellung auch in entsprechenden Handlungen umsetzt.

Eine weitere grundlegende Unterscheidung ist die zwischen einem geschlossen rechtsextremen Weltbild und dem Vorhandensein lediglich einzelner Versatzstücke rechtsextremer Ideologie. Ersteres ist fest strukturiert, duldet keinerlei Widersprüche und beantwortet alle politischen Fragen gemäß rechtsextremer Grundeinstellungen – aber ein derart geschlossenes Weltbild haben nur relativ wenige Personen. Viel häufiger sind Menschen, bei denen sich ein Konglomerat aus Positionen und Einstellungen findet, von denen einige eindeutig rechtsextrem sind, andere nicht. Ein solches Denken ist, zumindest prinzipiell, noch revidierbar und wenigstens teilweise für Fakten und Argumente zugänglich.

Diese wichtigen Unterscheidungen werden in der öffentlichen Diskussion häufig übersehen. Rechtsextremismus wird oft erst wahrgenommen, wenn es um rechtsextreme Handlungen geht. Und rechtsextreme Einstellungen werden häufig nicht ernst genommen, solange sie sich nicht zu einem geschlossen rechtsextremen Weltbild verdichtet haben.



Quelle: Samuel Salzborn: Rechtsextremismus. Erscheinungsformen und Erklärungsansätze, 2. erw. u .akt. Aufl., Baden-Baden 2015, S. 21. Dort mit Ergänzungen und Änderungen übernommen von Richard Stöss (Rechtsextremismus im Wandel, Berlin 2010).

Verbreitung

Wie weit rechtsextremes Denken verbreitet ist bzw. welche Veränderungen es dabei gibt, wird seit vielen Jahrzehnten durch Meinungsumfragen ermittelt. Dabei zeigt sich, dass zum Beispiel Antisemitismus in der Bundesrepublik in den ersten Nachkriegsjahrzehnten deutlich weiter verbreitet war als heute, der Wert jedoch in den letzten 20 Jahren mit etwa 15 bis 20 Prozent fast unverändert geblieben ist (wobei allerdings die konkreten Formen antisemitischer Äußerung variieren).[6] Aber auch markante Unterschiede zwischen den Geschlechtern werden sichtbar: So sind nur etwa 30 Prozent der Mitglieder rechtsextremer Organisationen Frauen, ebenfalls lediglich etwa ein Drittel der Stimmen für rechtsextreme Parteien stammen von Frauen, ihr Anteil an rechtsextremen Straftaten beträgt sogar nur rund zehn Prozent.

Die verschiedenen Untersuchungen ergeben einige Grundbefunde über Art und Ausmaß extrem rechter Einstellungen in der deutschen Bevölkerung. Langzeitstudien wie das Bielefelder Projekt „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit" oder die Mitte-Studien der Friedrich-Ebert-Stiftung,[7] (→ Infografik, S. 10) machen drei Haupttendenzen deutlich, die langfristig erkennbar und stabil sind, auch wenn manchmal kurzfristig bei einzelnen Aussagen höhere oder tiefere Werte gemessen werden:

1. Versatzstücke rechtsextremen Denkens sind in der deutschen Bevölkerung deutlich weiter verbreitet als ein geschlossen rechtsextremes Weltbild.

2. Zentrale Einzelelemente rechtsextremen Denkens wie Antisemitismus und Rassismus werden stabil von etwa einem Fünftel bzw. einem Viertel der Deutschen vertreten.

3. Elemente der rechtsextremen Weltanschauung korrespondieren unter- und miteinander, d.h. sie treten als Einstellungen nicht isoliert auf, sondern bedingen und verstärken sich wechselseitig. Wer also beispielsweise Menschen aufgrund ihrer Herkunft abwertet (d.h. rassistisch denkt), der lehnt häufig auch die Demokratie ab und hängt dem Autoritarismus an.

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Der Begriff (abgekürzt GMF) wurde von Wissenschaftlern der Universität Bielefeld geprägt, die Feindseligkeiten in der deutschen Gesellschaft gegenüber bestimmten Personengruppen, in der Regel Minderheiten, untersucht haben. Ausgangspunkt war die Beobachtung, dass Menschen mit extrem rechten Einstellungen nicht nur einzelne Menschengruppen abwerten, sondern häufig gleich mehrere. Der Kern des Denkens, so die Bielefelder Forscher, sei deshalb eine „Ideologie der Ungleichwertigkeit". Auf der Basis ihrer seit 2002 regelmäßig stattgefundenen Umfragen identifizierten sie insgesamt dreizehn Elemente „Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit": Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Muslimfeindlichkeit, Sexismus, die Abwertung von Sinti und Roma sowie asylsuchender, homosexueller, transsexueller, behinderter, wohnungsloser oder langzeitarbeitsloser Menschen und die Demonstration von Etabliertenvorrechten gegenüber Neuankömmlingen. All diese „anderen" Menschengruppen werden von rechtsextrem Denkenden als niederwertig angesehen. Ein zentrales Ergebnis der Untersuchungen war, dass in Zeiten ökonomischer Krisen eine gesellschaftliche Entsolidarisierung stattfindet und in einem Zustand einer (gefühlten) Bedrohung die Zahl jener Personen steigt, die die Gleichwertigkeit von Menschen und Gruppen in Frage stellten.

Antisemitismus

Antisemitismus meint die Feindschaft gegen Juden als Juden. Die artikulierte Ablehnung hängt mit der angeblichen oder tatsächlichen jüdischen Herkunft eines Individuums oder einer Gruppe zusammen, kann sich aber auch auf Israel beziehen, das als jüdischer Staat verstanden wird. Antisemitismus kann sich unterschiedlich artikulieren (als latente Einstellung, verbalisierte Diffamierung, politische Forderung, diskriminierendes Verhalten, personelle Verfolgung oder existenzielle Vernichtung) und in verschiedenen Begründungsformen auftreten (religiös, sozial, politisch, nationalistisch, rassistisch, sekundär und antizionistisch). Im Mittelalter dominierende Vorwürfe wie Brunnenvergiftung oder Herrschaftswahn wurden im Zuge der zunehmenden Säkularisierung beispielsweise von Mythen eines „jüdischen Einflusses" oder einer „jüdischen Weltverschwörung" abgelöst. Unter sekundärem Antisemitismus versteht man eine „neue" Variante der Judenfeindlichkeit, die im deutschsprachigen Raum auch als Abwehrantisemitismus bezeichnet wird und sich auch in der Mitte der Gesellschaft findet. Sie ergibt sich aus dem Bedürfnis einer Schuldabwehr und zeigt sich beispielsweise in einer Verharmlosung der NS-Verbrechen, der Forderung nach einem „Schlussstrich" unter die Vergangenheit oder im Vorwurf, die Erinnerung an den Holocaust diene den Juden zur Erpressung finanzieller Mittel.

Rassismus

Rassismus teilt Menschen aufgrund ihrer vermeintlichen oder realen Herkunft, Hautfarbe oder ethnischen Zugehörigkeit in verschiedene Gruppen ein und weist diesen unveränderliche, meist negative Eigenschaften oder Verhaltensweisen zu. Ihre eigene Gruppe sehen Rassisten in der Regel als natürlich überlegen an und leiten daraus das Recht zur Benachteiligung anderer ab. Diskriminierungen bis hin zu Gewalt werden so gerechtfertigt. Bereits im 19. Jahrhundert entwickelte sich in Europa ein biologistischer Rassismus. Grundlage war die Konstruktion einer Rassentheorie, die Menschen in unterschiedliche „Rassen" einteilte. Sie diente unter anderem dazu, die europäische Kolonialpolitik zu rechtfertigen. Die Idee, es gebe tatsächlich Menschen"rassen", ist längst wissenschaftlich widerlegt.

Autoritarismus

Autoritarismus meint in der Sozialpsychologie eine antidemokratische und antipluralistische Einstellung, die feste Hierarchien und pauschalen Gehorsam bejaht. Der Begriff wurde maßgeblich durch den Soziologen Theodor W. Adorno und das von ihm mitverfasste Buch Die Autoritäre Persönlichkeit geprägt. Eine solche ist demnach dominant und unterwürfig zugleich: Einerseits fordert sie eine strikte Unterordnung unter Ranghöhere, andererseits herrscht und unterdrückt sie selbst gern und verhält sich gegenüber Schwächeren oder als „minderwertig" empfundenen Personen abwertend-aggressiv.

[6] vgl. Samuel Salzborn: Antisemitismus. Geschichte, Theorie, Empirie, Baden-Baden- 2014

[7] Hintergrundinformationen zu den Langzeitstudien finden Sie hier: http://www.fes-gegen-rechtsextremismus.de/inhalte/studien_Gutachten.php und http://www.uni-bielefeld.de/ikg/projekte/GMF_Survey.html

Definition

Was genau sind nun aber Einzelelemente rechtsextremer Ideologie? Die Sozialwissenschaften sind sich darin einig, dass es zahlreiche Dimensionen gibt – aber es besteht kein Konsens darüber, welche dies sind und ab welchem Intensitätsgrad von einem geschlossen rechtsextremen Weltbild gesprochen werden sollte. Eine häufig verwendete Definition von Rechtsextremismus stammt von dem Berliner Politikwissenschaftler Hans-Gerd Jaschke. Ihm zufolge versteht man unter dem Begriff die Gesamtheit von politischen Ideologien, Verhaltens- und Artikulationsweisen sowie Aktionen unabhängig ihres Organisierungsgrades, die „von rassisch oder ethnisch bedingten sozialen Ungleichheiten der Menschen ausgehen, nach ethnischer Homogenität von Völkern verlangen und das Gleichheitsgebot der Menschenrechts-Deklaration ablehnen, die den Vorrang der Gemeinschaft vor dem Individuum betonen, von der Unterordnung des Bürgers unter die Staatsräson ausgehen und die den Wertepluralismus der liberalen Demokratie ablehnen und Demokratisierung rückgängig machen wollen“.[8]

Gewalt

Der Bielefelder Soziologe Wilhelm Heitmeyer wies bereits 1990 darauf hin, dass für Rechtsextremismus die Akzeptanz von Gewalt zentral sei. Zwar trifft dies sicherlich zu, kann allerdings auch zu Missverständnissen führen. Zum einen ist Gewalt kein alleiniges Mittel der extremen Rechten. Sie wird gleichfalls von anderen politischen Spektren (Islamismus oder Linksextreme) eingesetzt und ist auch ganz unabhängig von ideologischen Zielen in der unpolitischen Kriminalität anzutreffen. Zum anderen stellt sich die Frage, wo Gewalt beginnt: erst bei einem Überfall auf Flüchtlinge oder zum Beispiel bereits bei einem rassistischen Flugblatt?

In den Medien wird Gewalt oft auf direkte Angriffe reduziert. Und in der Tat neigt ein Großteil der extremen Rechten dazu, ihre Ideologie durch die Anwendung physischer Gewalt praktisch umzusetzen. Zentral für Rechtsextremismus ist jedoch, dass bereits seine Denkstrukturen Gewalt beinhalten. Sein ideologischer Kern ist die Behauptung, Menschen seien ungleich und folglich auch ungleich zu behandeln. Rechtsextreme bestreiten damit den Grundsatz, dass alle Menschen gleich und gleichwertig sind. Sie glauben, Menschen hätten aufgrund ihrer (biologischen) Herkunft bestimmte (geistige oder kulturelle) Eigenschaften, die unabänderlich seien.

Aufgrund dieser behaupteten Ungleichheit teilen Rechtsextreme die Menschheit in angeblich unterschiedliche Gruppen ein („Rassen“, „Ethnien“, „Völker“), die jeweils homogen zu halten seien, sich also nicht „vermischen“ dürften. Aus einem solchen Denken aber folgt nahezu zwangsläufig Gewalt, es ist daher von – so der Fachbegriff – „struktureller Gewalt“ geprägt. Denn Rechtsextremismus widerspricht nicht nur den Grundsätzen der Menschenrechte, sondern steht auch im Widerspruch zur Realität. Die Menschheit und menschliche Gesellschaften haben sich immer schon gegenseitig beeinflusst, und Migration gibt es, seit es Menschen gibt. Dies zu negieren oder rückgängig machen zu wollen, impliziert notwendigerweise Gewalt.

Einstellungselemente

Völkisch-rassistisches Denken liefert den theoretischen Rahmen für gewalttätige Übergriffe gegen (vermeintliche oder reale) Ausländerinnen und Ausländer. Es zeigt sich heutzutage in verschiedenen Varianten: Manche Rechtsextreme vertreten weiterhin einen Rassismus in der Tradition des Nationalsozialismus, der mit pseudo-wissenschaftlichen Begründungen „Herrenrassen“ und „Untermenschen“ definiert und so unverhohlen eine Hierarchisierung vornimmt. Neuere Formen von Rassismus hingegen unterstellen nicht so sehr biologische Merkmale von Menschen oder Gruppen, sondern behaupten, es gebe zwischen ihnen unüberbrückbare kulturelle Differenzen (hier spricht man von „Kulturrassismus“). Eine weitere Rassismusvariante klassifiziert Menschen

[8] Hans-Gerd Jaschke: Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Begriffe, Positionen, Praxisfelder, Opladen 1994, S. 31

oder ethnische Gruppen nicht mehr explizit in höher- oder minderwertig, sondern behauptet lediglich, sie müssten voneinander getrennt leben („Ethnopluralismus"). In letzter Zeit sind Muslime zu einem Hauptfeindbild von Rassisten geworden, dabei wird von Rechtsextremen der islamistische Terrorismus oft mit dem Islam als Religion gleichgesetzt. Allerdings sind im rechtsextremen Spektrum neben der Muslimenfeindlichkeit auch Stimmen vernehmbar, die die Gemeinsamkeiten zwischen (radikalem) Islam und rechtsextremer Ideologie betonen, was etwa die Unterordnung der Frau unter den Mann oder Homophobie betrifft, den Antisemitismus oder die Feindschaft zu den USA.

Gemeinsam sind allen völkischen Vorstellungen die Missachtung des Individuums und die Betonung des (rassisch/ethnisch/kulturellen) Kollektivs. Dessen angebliche Interessen werden kategorisch über die Freiheitsrechte des Einzelnen gestellt. Rassisch/ethnisch/kulturelle Identität fungiert im Rechtsextremismus nicht als individuelles Identitätsangebot, sondern als kollektiver Identitätszwang – wobei der Zwang eine intern bindende und eine extern segmentierende Komponente umfasst: den Zwang zum Einschluss und den Zwang zum Ausschluss. Die rechtsextreme Ideologie der Ungleichheit zielt also nicht nur nach außen auf Abgrenzung, sondern auch im Inneren einer Gruppe auf Homogenität. Dabei wird nicht nur festgelegt, wer zum „Volk" gehören darf (zum Beispiel, welcher Herkunft man zu sein hat), sondern auch, wie die Angehörigen der Gruppe zu leben haben (also welches Verhalten, welches Essen, welche Musik als „deutsch" gelten und welche/s als „undeutsch").

Anti-Individualismus und Anti-Liberalismus sind deshalb Hauptstoßrichtungen des Rechtsextremismus. Er richtet sich gegen die prinzipielle Orientierung am freien und selbstbestimmten Individuum und damit zugleich gegen die freiheitliche Demokratie, die als Staatsform auf diesen Grundsätzen aufbaut. Statt einer liberalen und vielfältigen Gesellschaft streben Rechtsextreme eine homogene, also gleichförmige Gemeinschaft an. Diese wird auf allen sozialen und politischen Ebenen in festen Strukturen und Hierarchien gedacht, also in Über- und Unterordnungen von Menschen. Beispielsweise denken Rechtsextreme in festen und unveränderlichen Geschlechterrollen (Sexismus), die Gleichberechtigung von Frauen lehnen sie daher ab. Rechtsextreme haben eine negative Sicht auf Möglichkeiten zum Ausleben persönlicher Freiheiten oder die Vielfalt von Lebensstilen in einer Gesellschaft. In ihren Augen sind dies Zeichen von Niedergang, Zersetzung oder dekadenter Zerstörung,

Völkisch

Dieser Begriff bezeichnet eine radikal-nationalistische Einstellung, die die Menschengruppe, zu der man sich zugehörig fühlt (das eigene „Volk"), verabsolutiert und als (ethnisch) reine Gemeinschaft definiert. Ende des 19. und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts erlangte die Völkische Bewegung großen politischen Einfluss. Ihr Ziel war eine ethnisch und kulturell homogene Nation, aus der vermeintlich „undeutsche" Fremdkörper auszuscheiden seien. Als solche sahen die Völkischen einerseits – ihrer Rassenideologie folgend – zum Beispiel Juden und Slawen, andererseits auch Behinderte (siehe Sozialdarwinismus) oder Andersdenkende, etwa Sozialdemokraten und Kommunisten. Zentral für die Völkische Bewegung war zudem die Idee einer „arteigenen" Religion. Die Bewegung war nicht nur antisemitisch, sondern auch antiegalitär und generell antimodernistisch. Sie lehnte Frauenemanzipation und Demokratie ebenso ab wie Parlamentarismus oder moderne Kunst. Stattdessen propagierte sie die Rückkehr zu vermeintlichen, idealisierten deutschen oder germanischen Ur-Zuständen. Die Völkischen waren ein Wegbereiter des Nationalsozialismus und sind bis heute eine wichtige Strömung des Rechtsextremismus.

Ethnopluralismus

Ethnopluralismus ist ein Theoriekonzept, das von der sogenannten „Neuen Rechten" geprägt wurde, einer intellektuellen Strömung des aktuellen Rechtsextremismus. Das Wort bedeutet wörtlich übersetzt „Völkervielfalt". Wie traditionelle Rassisten behaupten auch Ethnopluralisten, Menschen bzw. Menschengruppen hätten unveränderliche Eigenschaften – und jede Gruppe sei umso besser, je ähnlicher sich ihre jeweiligen Angehörigen sind. Dabei vermeiden Ethnopluralisten aber biologistische Argumentationen, gleiche Gene werden nicht mehr offen gefordert. Stattdessen behaupten sie, Völker besäßen unveränderliche kulturelle Identitäten, die vor fremden Einflüssen zu schützen seien. Auch der Ethnopluralismus ist also eine ausgrenzende Ideologie, propagiert allerdings nicht mehr ausdrücklich die eigene Höherwertigkeit. Stattdessen betont er lediglich, jede Ethnie solle getrennt von anderen bleiben (eine typische Parole wäre: „Deutschland den Deutschen, die Türkei den Türken!"). Im Ergebnis kann damit aber genauso wie mit biologistischem Rassismus Gewalt etwa gegen Migranten gerechtfertigt werden.

Homophobie

Homophobie ist die Abwertung und scharfe Ablehnung nicht-heterosexueller Menschen, also von Menschen, deren sexuelle Orientierung von klassischen Mann-Frau-Beziehungen abweicht. Sie werden als „unnormal" abgewertet. Häufigstes Ziel von Homophobie sind männliche Homosexuelle, weshalb der Begriff vereinfachend als Schwulenfeindlichkeit übersetzt wird. Homophobie äußert sich in zahlreichen Formen: in offener oder verdeckter Ablehnung, in diskriminierenden Handlungen bis hin zu gewalttätigen Angriffen und Morden oder auch in der Behauptung, Homosexualität sei eine psychische Erkrankung und könne bzw. müsse therapiert werden.

Sexismus

Sexismus bezeichnet die Benachteiligung von Menschen aufgrund ihres Geschlechts. Betroffen sind insbesondere Frauen, die eine angeblich biologisch vorbestimmte Rolle in der Gesellschaft zugewiesen bekommen und als den Männern unterlegen angesehen werden. Sexismus ist also eine Ideologie der Ungleichwertigkeit. Sie hat viele Erscheinungsformen und reicht von schwerer Gewalt (z.B. Vergewaltigung) bis zu alltäglichen Erscheinungen, etwa frauenfeindlichen HipHop-Texten. Sexismus zeigt sich auch in tief verwurzelten Denkmustern über Frauen und Männer, über die angebliche Stärke des jeweiligen Geschlechts, vermeintlich typische Berufe oder Verhaltensweisen.

hinter denen oft äußere, feindliche Mächte vermutet werden. Um die Stärke des Kollektivs zu fördern, wird zum Beispiel auch eine Förderung von Eliten befürwortet. Schwächere gelten als Belastung oder gar als minderwertiges Leben (Sozialdarwinismus).

Wenn Rechtsextreme etwas fordern, dann behaupten sie häufig, dies sei doch ganz „natürlich". So dient die Berufung beispielsweise auf „die Natur" des Menschen dazu, bestimmte Männer- und Frauenrollen als ewig und unveränderbar darzustellen. Die Mystifizierung und Verklärung des (angeblich) Natürlichen liefert einen unhinterfragbaren konzeptionellen Kern des antidemokratischen Denkens. Auch der Volksbegriff wird vom Rechtsextremismus romantisiert und politisiert. Aus der historisch letztlich zufällig zustande gekommenen kulturellen Teilung der Menschheit zieht völkisches Denken eine raumordnerische Konsequenz. Und zur Sicherung des als „natürlich" stilisierten Charakters der jeweiligen „Heimatregionen" werden Zuwanderung und Migration kategorisch abgelehnt. Soziale und politische Konflikte in der Gesellschaft werden naturalisiert und in einen ethnischen Entstehungszusammenhang gerückt.

Elementarer Bestandteil des völkischen Weltbildes ist der Antisemitismus – weil das völkische Denken in dem, was es für jüdisch hält, grundsätzlich das Gegenteil dessen erblickt, was es selbst will: „Die Juden" stehen in den Augen der extremen Rechten symbolisch für die Moderne und die Aufklärung, für den Liberalismus und den Sozialismus, für die Demokratie und den Pluralismus, für die Urbanität und die Intellektualität. Der Antisemitismus äußert sich dabei auf sehr unterschiedliche Weise. Zu den offenen Formen gehören die Leugnung der Shoah bzw. das Kleinrechnen der Zahl der vom NS-Regime ermordeten Juden, also die Relativierung nationalsozialistischer Verbrechen, ebenso die Schändung von Gedenkorten oder gewalttätige Übergriffe auf (vermeintliche oder tatsächliche) Juden. Weniger offensichtlich kann sich Antisemitismus äußern, wenn jemand (historische) Zahlungen Deutschlands an Israel oder die Berechtigung des Staates Israel infrage stellt. Häufige Chiffren für Antisemitismus sind auch die Abwehr einer Verantwortung für den Holocaust oder die Kritik an Erinnerung und Aufarbeitung oder das Phantasma einer „jüdischen Weltverschwörung" (besonders präsent in der Propaganda von einer angeblichen jüdischen Medien- und/oder Finanzmacht).

Das Motiv der Verschwörung ist historisch wie systematisch ein antisemitisches. Gleichwohl kann diese Verschwörungsphantasie im gegenwärtigen Rechtsextremismus zahlreiche Ausprägungen annehmen, neben den nach wie vor prägnanten und dominanten des Antisemitismus auch solche, die vor den Gefahren einer angeblichen Islamisierung Europas warnen. Dabei wird teilweise eine Verschwörung sogenannter Eliten behauptet, die das „ethnisch reine" Volk angeblich planvoll durch islamische Einwanderung schwächen wollen. Teilweise wird auch „dem Islam" ein Generalplan zur Unterwanderung Deutschlands, Europas oder generell „des Abendlandes" unterstellt.

Zusammenfassend lässt sich sagen:
Das rechtsextreme Denken ist getragen von einer Ideologie der Ungleichheit, die Menschen ihre Individualität und Subjektivität abspricht und die Errungenschaften von Aufklärung und Emanzipation rückgängig machen will. Gegen die offene, pluralistische Gesellschaft stellt das rechtsextreme Weltbild die völkische, homogene Gemeinschaft – die als „natürliches" Kollektiv unterstellt wird, was mal rassistisch, mal kulturalistisch begründet wird. Die Ablehnung von Pluralismus, Freiheit und Demokratie führt zu einem hierarchischen Politikverständnis, das sich antisemitisch, rassistisch, antiliberal, patriarchal, antifeministisch, homophob, elitär, sozialdarwinistisch und autoritär äußert.

Doch ab wann wird von einem geschlossen rechtsextremen Weltbild gesprochen? Zentral ist, dass die Vorstellungen einer menschlichen Ungleichheit in Verbindung mit einer Gewaltaffinität auftreten, also dass aus dem Glauben an die Ungleichheit des Menschen auch die

Absicht resultiert, diese Vorstellung gegen den Widerstand anderer, insbesondere der betroffenen Menschen, durchzusetzen – und damit den freien Willen des Individuums zu brechen. Dabei beginnt Gewalttätigkeit, wie oben skizziert, nicht erst bei körperlicher Gewalt.

Organisationsformen

Rechtsextreme Einstellungen führen nicht immer, aber doch häufig auch zu rechtsextremem Handeln. Es kann sich in Einzeltaten äußern (etwa einer rassistischen Graffiti-Schmiererei oder einem Angriff auf einen Migranten) oder in Gruppenhandlungen. In der öffentlichen und medialen Diskussion wird der Begriff des Rechtsextremismus oft mit den militanten Neonazis identifiziert. Doch diese Wahrnehmung ist verkürzt. Zwar trifft es zu, dass jeder Neonazi rechtsextrem ist – aber nicht jeder Rechtsextreme ist auch ein Neonazi.

Rechtsextreme Gruppen sind zunächst danach zu unterscheiden, ob es sich bei ihnen um eine eher informelle Struktur handelt oder um eine feste Organisation, die nach dem Parteien- oder Vereinsrecht zusammengeschlossen ist. Ein zweites, wichtiges Differenzierungkriterium besteht darin, ob die jeweiligen Gruppen einen revolutionären, d.h. vollständigen und unmittelbaren Umsturz des politischen Systems anstreben oder ob sie in einer evolutionären Weise die politische Ordnung schleichend und schrittweise entdemokratisieren und zu einem autoritären oder totalitären System transformieren wollen.

Gemeinsam ist allen Gruppen im Rechtsextremismus – ganz gleich, an welcher konkreten Zielrichtung sie orientiert sind – eine anti-freiheitliche, anti-individualistische und damit kollektivistische Grundhaltung. Dieses einende Band erklärt, warum Parteien wie die NPD oder zunehmend die AfD, lokale Bürgerinitiativen gegen Flüchtlingsunterkünfte und Pegida, lockere Neonazi-Kameradschaften oder die Szene der Autonomen Nationalisten, militante und terroristische Gruppierungen wie der NSU, die intellektuelle „Neue Rechte“, zahlreiche Medien, einschlägige Foren in sozialen Netzwerken, rechte Bands unterschiedlichster Musikgenres oder auch eine Reihe von Burschenschaften und anderen Studentenverbindungen gleichermaßen Gegenstand der Rechtsextremismusforschung sind.

Manche der Gruppen nutzen eine populistische Strategie, bei der aktuelle Themen aufgegriffen und – um jeden Preis – reißerisch medial lanciert werden. Zentral

Sozialdarwinismus

Sozialdarwinismus ist die Idee, das Recht des Stärkeren müsse auch das menschliche Zusammenleben bestimmen. Ihre Anhänger übertragen Elemente der Evolutionstheorie von Charles Darwin aus der Tierwelt auf die menschliche Gesellschaft. Sozialdarwinisten vertreten beispielsweise die Ansicht, Schwache seien weniger wert als Starke und Behinderte oder chronisch Kranke eine Last für die Allgemeinheit. Solidarität wird von ihnen als hinderlich empfunden, Gleichberechtigung als „wider die Natur“. Im Nationalsozialismus waren sozialdarwinistische Ideen zentral, begründet wurde mit ihnen zum Beispiel das Aussondern angeblich minderwertiger Menschen und die systematische Ermordung Zehntausender geistig oder körperlich Behinderter.

Chauvinismus

Chauvinismus bezeichnet die Überzeugung, einer Gruppe anzugehören, die anderen überlegen ist. Der Begriff stammt aus dem Französischen und beschreibt ursprünglich einen Nationalchauvinismus, also den Glauben an die Überlegenheit der eigenen Nation. Andere Staaten oder ethnische Gruppen werden als nicht ebenbürtig angesehen, etwa in Bildung, Leistungsfähigkeit, Moral oder Religion. Dies äußert sich häufig in regelrechtem Hass oder Verachtung. Nationalchauvinismus erwächst oft aus einem geringen Selbstwertgefühl.

Neonazismus

Neonazismus (Kurzform von: Neo-Nationalsozialismus) ist eine rechtsextreme Strömung, die sich zur Ideologie des Nationalsozialismus bekennt und die (Wieder-)Errichtung eines autoritären Führerstaats nach dem Vorbild des „Dritten Reiches“ anstrebt. Anhänger des Neonazismus werden Neonazis genannt. Der Begriff Neonazismus wird etwa seit Ende der 1970er Jahre verwendet, um jüngere Anhänger des Nationalsozialismus von Personen abzugrenzen, die bereits während der Nazi-Zeit dieser Ideologie anhingen (diese werden umgangssprachlich „Alt-Nazis“ genannt). Die Gewaltbereitschaft unter Neonazis ist erheblich, ihre Zahl wird vom Verfassungsschutz auf bundesweit knapp 6.000 geschätzt. In den 1990er Jahren wurden zahlreiche neonazistische Organisationen verboten, die Szene reagierte darauf mit weitreichenden Umstrukturierungen: Lose strukturierte Kleingruppen, sogenannte „Kameradschaften“, bestimmen seither ihr Erscheinungsbild. Ein relativ neues Phänomen sind die sogenannten Autonomen Nationalisten, die ein modernes Äußeres und die Übernahme linksautonomer Symbolik mit einer stark rückwärtsgewandten rechtsextremen Ideologie verknüpfen.

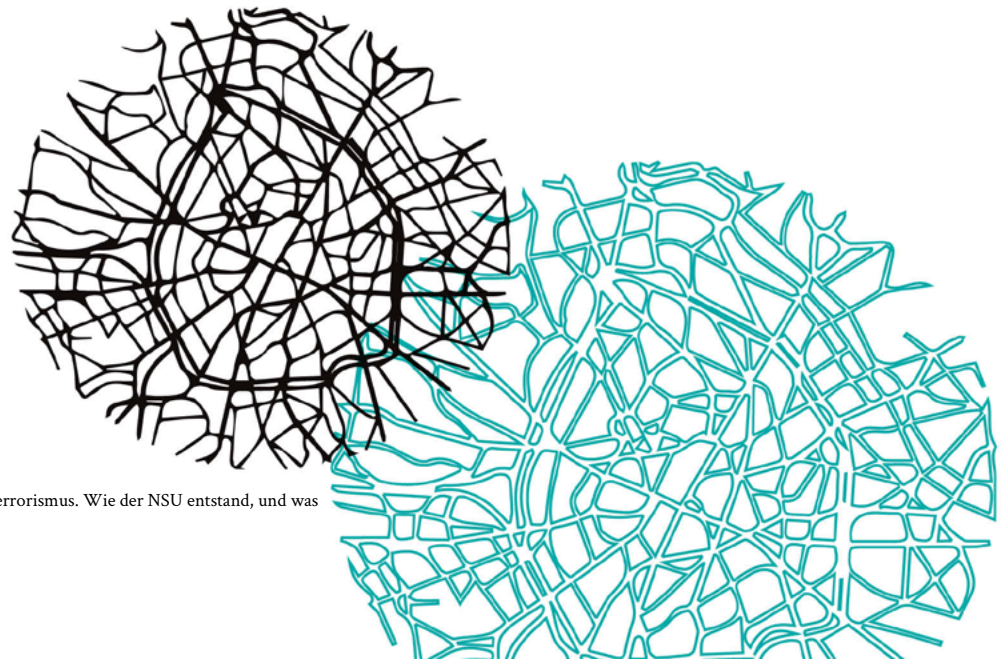
ist dabei die Inszenierung eines vermeintlichen Gegensatzes von politischer Elite und „dem Volk“, dessen Anwalt zu sein die extreme Rechte vorgibt. Populisten geben vor, sie kämpften gegen die vermeintlich Etablierten. Wie ein Blick in die USA und auf den neuen Präsidenten Donald Trump zeigt, kann es dabei sogar einem zentralen Repräsentanten der ökonomischen Elite gelingen, sich als Elitengegner zu inszenieren. In der populistischen Strategie werden aktuelle Debattenthemen aufgegriffen und polemisch und polarisierend zugespitzt. Dabei wird offen faschistisches und/oder neonazistisches Vokabular meist vermieden (die österreichische FPÖ ist allerdings auch ein Beispiel für rechtspopulistische Strategien, für die dies nicht gilt – und auch die AfD tritt mittlerweile offen für die Re-Etablierung nazistischer Begriffe wie „völkisch“ oder „Volksgemeinschaft“ ein).

Bisweilen wird der Rechtspopulismus in der Politikwissenschaft als eigenes Phänomen neben dem Rechtsextremismus (und noch als Teil des demokratischen Spektrums) gesehen. Doch blickt man auf die weltanschauliche Substanz, also die zentralen ideologischen Grundlagen von Rechtspopulisten und -extremisten, dann sind keine wesentlichen Unterschiede erkennbar. Der Rechtspopulismus ist daher nicht mehr als eine strategische Option des Rechtsextremismus.

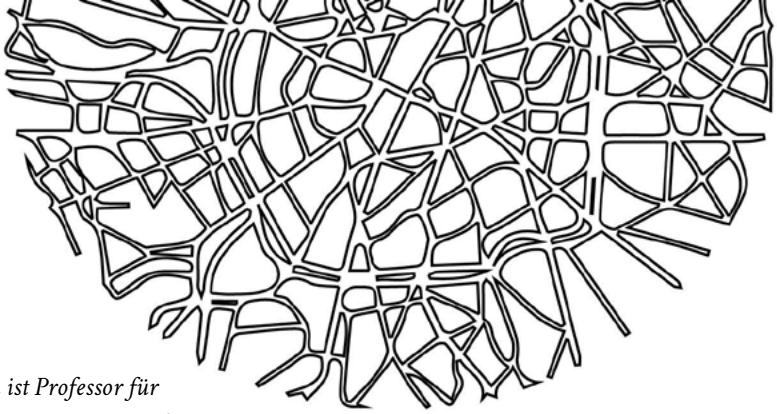
Umfeld

Das Agieren der rechtsextremen Szene und ihres Um- und Vorfeldes kann man nur verstehen, wenn man den sozialen und politischen Kontext einbezieht; die Politikwissenschaft spricht von „Gelegenheitsstrukturen“. Vereinfacht gefragt: Auf welches gesamtgesellschaftliche Klima treffen rechtsextreme Positionen? Wenn es eine Stimmung ist, die rechtsextremes Denken oder Verhalten ablehnt und ihm aktiv entgegentritt, dann gerät jede rechtsextreme Person in eine Selbstrechtfertigungskrise seiner Positionen, verliert gegebenenfalls den Anschluss an andere Szeneangehörige und tendiert eher dazu, sich zu isolieren und eventuell auch seine Positionen zu verwerfen – zumindest aber zu begreifen, dass seine Einstellungen nicht erwünscht sind. Existiert hingegen in einer Gesellschaft eine Grundakzeptanz für rassistische oder antisemitische Einstellungen, und werden rechtsextreme Positionen nicht konsequent ausgegrenzt, dann führt das in der Regel zu einem Verstärkungseffekt.
In einem Umfeld, in dem Rechtsextremismus nicht deutlich abgelehnt wird, steigt das Risiko, dass Gewaltbereitschaft zunimmt bis hin zum Rechtsterrorismus. Der Jenaer Soziologe Matthias Quent hat am Beispiel des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) gezeigt, wie solche Radikalisierungsprozesse schrittweise ablaufen können:[9] Sie beginnen bei allgemeiner (Jugend-)Kriminalität, die sich zunehmend rechtsextrem politisiert; das heißt, allgemeine Straftaten verbinden sich nach und nach mit rechtsextremen Einstellungen. Dies verfestigt sich, sofern es keinen öffentlichen Widerspruch oder klare Ausgrenzung oder konsequente Strafverfolgung gibt. Hieraus entwickelte sich im Fall des NSU eine informell organisierte Neonazi-Kameradschaft. Teile davon agierten dann immer konspirativer, bevor sich letztlich eine Kleingruppe vollständig in den Untergrund absetzte und eine Serie von Morden und Bombenanschlägen begann.

Vieles an der heutigen Situation ähnelt jener, in der sich in den 1990er Jahren der rechtsterroristische NSU entwickelte. Rassismus in Wort und Tat werden gegenwärtig wieder in vielen Orten toleriert, Hassreden gegen Flüchtlinge und Flüchtlingsunterstützer*innen werden zunehmend alltäglich. Allein im Jahr 2016 wurden bundesweit rund tausend Anschläge gegen Flüchtlingsunterkünfte gezählt. Dass nur wenige Täter ermittelt und verurteilt werden, empfindet die rechtsextreme Szene als Bestärkung. Dasselbe gilt, wenn man die von der extremen Rechten favorisierten Themen immer wieder (zum Beispiel in TV-Talksendungen) für diskussionswürdig erachtet. So ist es nicht verwunderlich, dass 2015 und



[9] Matthias Quent: Rassismus, Radikalisierung, Rechtsterrorismus. Wie der NSU entstand, und was er über die Gesellschaft verrät, Weinheim 2016



2016 mehrere rechtsterroristische Gruppen entdeckt und ausgehoben wurden, etwa im bayerischen Bamberg, im sächsischen Freital oder – im Fall der selbsternannten Oldschool Society – gleich in mehreren Bundesländern.

Um einen neuen NSU zu verhindern, müssen Sicherheitsbehörden deutlich aufmerksamer sein und noch entschiedener gegen rechtsmotivierte Straftaten vorgehen. Doch dies allein genügt nicht – es kommt auch auf die Zivilgesellschaft an. Sie darf rechtsextremen und rassistischen Einstellungen und Parolen keinen Raum und keine Gelegenheitsstrukturen geben, sondern muss sie konsequent ausgrenzen als das, was sie sind: demokratiefeindliche Forderungen, die die demokratische und pluralistische Gesellschaft zerstören wollen.

Samuel Salzborn ist Professor für Grundlagen der Sozialwissenschaften am Institut für Politikwissenschaft der Universität Göttingen.
Sein Buch „Rechtsextremismus. Erscheinungsformen und Erklärungsansätze“ ist 2015 im Nomos-Verlag, Baden-Baden, in zweiter Auflage erschienen. Eine Lizenzausgabe ist bei der Bundeszentrale für politische Bildung erhältlich.

Faschismus

Faschismus war ursprünglich die Eigenbezeichnung einer rechtsextremen Bewegung unter Benito Mussolini im Italien der 1920er bis 40er Jahre. Später wurde er zum Oberbegriff für nationalistische und anti-liberale Regime, die nach dem Ersten Weltkrieg in ganz Europa entstanden. In dieser Tradition werden noch heute viele rechtsextreme Ideologien oder Bewegungen pauschal als „faschistisch“ bezeichnet.

Rechtspopulismus

Rechtspopulismus bezeichnet eine politische Strategie, die autoritäre Vorstellungen vertritt und verbreitete rassistische Vorurteile ausnutzt und verstärkt. Als Kern von Populismus gilt eine demagogische Argumentation, die „das einfache Volk“ gegen „die da oben“ stellt. Als Feind können Regierungsapparate, Konzerne oder auch Medien dienen. Solche Argumente sind sowohl von links als auch von rechts denkbar. Rechtspopulisten aber grenzen die „Wir-Gruppe“ nicht nur nach oben, sondern auch strikt nach außen ab, beispielsweise gegen andere ethnische oder religiöse Gruppen (in Deutschland meist gegen Muslime). Soziale Missstände oder Kriminalität versuchen sie durch rassische oder kulturelle Besonderheiten zu erklären. Rechtspopulismus ist eher eine politische Strategie als eine geschlossene Ideologie. Er zeichnet sich oft aus durch inszenierte Tabubrüche, das Einfordern radikaler Lösungen und den Hang zu Verschwörungstheorien. Rechtspopulisten vertreten autoritäre Politikkonzepte und fordern häufig „mehr Härte“, etwa gegen Straftäter und Drogenabhängige, oder schüren Ängste vor einer „Überfremdung“ durch Migranten. Um sich vom Rechtsextremismus abzugrenzen, betonen Rechtspopulisten gern ihre Verfassungstreue – doch stellen auch sie in ihrer Agitation Grundwerte wie Menschenwürde, Gleichheit, Minderheitenschutz, Diskriminierungsverbot usw. in Frage.

Die Begriffserklärungen basieren auf dem Bericht des Expertenkreises Antisemitismus des Bundesministeriums des Innern sowie dem Rechtsextremismus-Glossar der Bundeszentrale für politische Bildung www.bpb.de/173908

„Die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus ist untrennbarer Teil Sozialer Arbeit“

Häufig heißt es: Wohlfahrtsverbände seien zur politischen Neutralität verpflichtet und hätten sich aus parteipolitischen Fragen herauszuhalten. Warum diese Ansicht grundfalsch ist, erläutern der Moraltheologe Andreas Lob-Hüdepohl und die Erziehungswissenschaftlerin Heike Radvan im Interview

Frau Professorin Radvan, Herr Professor Lob-Hüdepohl, was geht Rechtsextremismus eigentlich die Wohlfahrtsverbände an?

Radvan: Sehr viel, finde ich – und es ist wichtig, dies auch klar auszusprechen! Was diese Frage angeht, erlebe ich häufig eine Unsicherheit. Deshalb ist es unabdingbar, dass sich die Verbände deutlich positionieren, dass das Thema in der Fachwissenschaft debattiert wird und man sich in der Praxis fallbezogen damit auseinandersetzt.

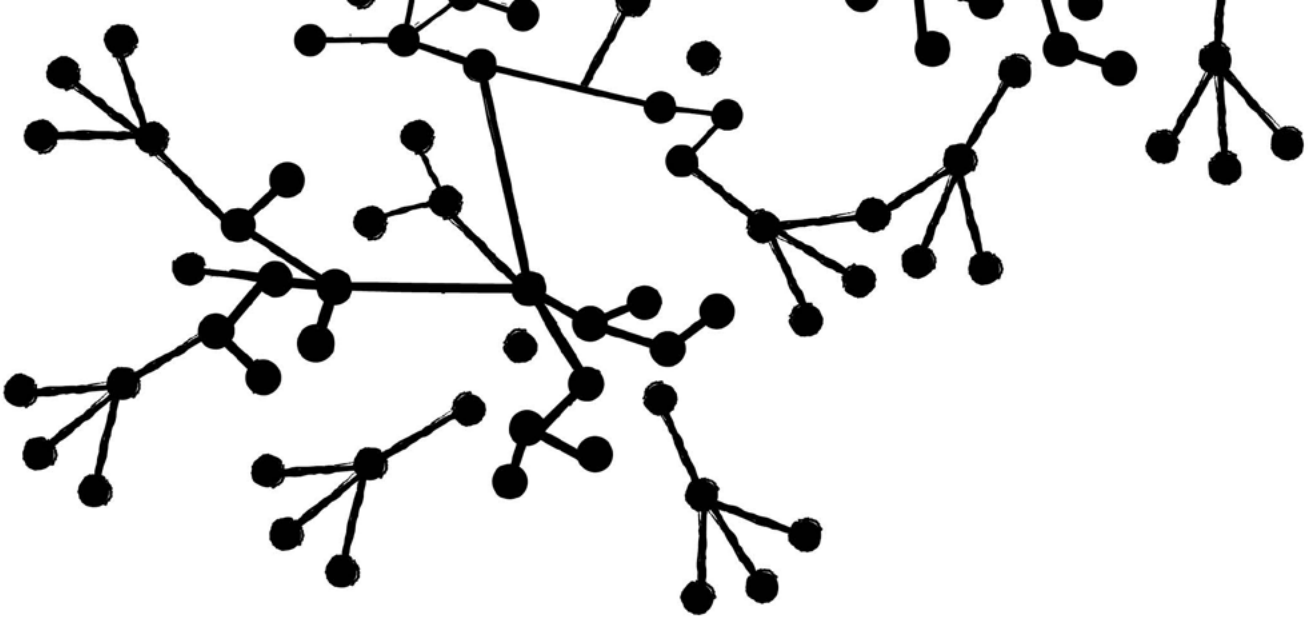
Fachkräfte Sozialer Arbeit brauchen eine menschenrechtsorientierte Haltung, auf deren Basis sie zum einen diskriminierende, menschenfeindliche Aussagen und Bezüge zu rechtsextremen Ideologien erkennen und zum anderen wissen, wie sie wirksam intervenieren. Zu dieser Haltung gehört auch, Konflikte nicht zu scheuen, sondern als Chance der Auseinandersetzung zu sehen. Gerade angesichts der Zunahme von Rechtspopulismus (→ S. 19) muss geklärt sein, dass Soziale Arbeit für eine lebendige, demokratische Kultur steht – und dass es zum Auftrag der hier Tätigen gehört, sich zu positionieren. Dazu gehört auch, Demokratie aktiv zu verteidigen.

Lob-Hüdepohl: Aus meiner Sicht gibt es fünf Gründe, warum das Thema die Wohlfahrtsverbände etwas angeht. Erstens haben sie eine besondere Nähe zu den Menschen, die typischerweise Opfer rechtsextremer Gewalt werden oder mit Diskriminierung konfrontiert sind – beispielsweise zu Geflüchteten oder auch zu Obdachlosen. Zweitens ist Soziale Arbeit etwas, was wir „Menschenrechtsprofession“ nennen – das heißt ihr Grundanliegen ist es, den Menschenrechten von Schwachen Geltung zu verschaffen. Der dritte Grund hat damit zu tun, dass die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus nicht nur Opferschutz ist, sondern auch Vorbeugung: Wohlfahrtsverbände haben Kontakt zu möglichen Tätergruppen – und können deshalb auf besondere Weise dabei helfen, dass Menschen gar nicht erst rechtspopulistische oder -extremistische Einstellungen bilden oder sie in Gewalt umsetzen. Das macht – viertens – die Mitarbeiter*innen der Wohlfahrtsverbände auch selbst angreifbar; auch sie werden immer wieder wegen ihres Engagements für benachteiligte Menschen angegriffen. Fünftens schließlich sind rechtspopulistische und rechtsextreme Ansichten inzwischen in der Mitte der Gesellschaft angekommen – und das heißt, dass sie auch inmitten der Wohlfahrtsverbände vorkommen. Wie alle gesellschaftlichen Institutionen können und müssen sich deshalb die Sozialverbände mit menschenfeindlichen Einstellungen in den eigenen Reihen beschäftigen.

Sind die Wohlfahrtsverbände da lediglich ein Spiegelbild der Gesellschaft – oder gibt es Elemente rechtsextremen Denkens, die für sie besonders bedeutsam sind oder bei ihnen überdurchschnittlich häufig vorkommen?

Lob-Hüdepohl: Ich kenne keine Studien direkt zu Mitarbeiter*innen oder Mitgliedern von Wohlfahrtsverbänden. Aber einige Verbände sind ja kirchlich geprägt, und es liegen Untersuchungen vor bei-

[10] Vgl. Oliver Decker u.a. (Hg.): Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. Gießen 2016; Andreas Lob-Hüdepohl: Die Angst vor dem Anderen. Verdeckte und offene Fremdenfeindlichkeit in Gesellschaft und Kirche. In: Marianne Heimbach-Steins (Hg.): Zerreißprobe Flüchtlingsintegration. Freiburg/Brsg. 2017, S. 70-82



spielsweise zu Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (→ S. 13) innerhalb von Kirchen.[10] Dort gibt es sogenannte kulturelle Brücken nach rechtsaußen – das heißt, es gibt bestimmte Traditionen und Selbstverständnisse im Christentum, die rechtspopulistisches Denken begünstigen und an die extrem rechte Positionen anknüpfen können. Dies betrifft beispielsweise das Denken in autoritären Strukturen oder die Ansicht, man sei etwas Besonderes, also Chauvinismus (→ S. 17).

Vor gut zehn Jahren gab es eine große Untersuchung zu Rechtsextremismus in Gewerkschaften[11] – mit dem Ergebnis, dass einige Mitgliedsgruppen besonders anfällig für rechtsextremes Denken sind, anscheinend als Reaktion auf besonders starke Abstiegs- und Statusängste. Die Studie ergab damals aber auch, dass Gewerkschaften besonders gegen Rechtsextremismus aktiv werden können.

Lob-Hüdepohl: Dasselbe kann man für die Kirchen sagen. Es gibt natürlich innerhalb des Christentums starke Traditionen, die rechtsextremes Denken eigentlich nicht zulassen, der Grundsatz der absoluten Gleichwertigkeit aller Menschen zum Beispiel oder die Offenheit für Geflüchtete. Aber zwischen Anspruch und Wirklichkeit besteht oft ein großer Unterschied. Ich trete hoffentlich niemandem zu nahe, wenn ich sage: Das dürfte in den Wohlfahrtsverbänden ähnlich sein, und zwar nicht nur in den religiös geprägten.

Radvan: Bei Fortbildungen in Wohlfahrtsverbänden bemerke ich, dass es auch dort undemokratische Einstellungen gibt. Oft ist zum Beispiel nicht im Detail geklärt, was konkret unter einem demokratischen Miteinander zu verstehen ist. Der Begriff „Demokratie" ist nicht selten nur ungenau gefüllt: Während Reise- und Meinungsfreiheit oft unmittelbar benannt werden, ist der Schutz von diskriminierten Gruppen viel weniger präsent, wobei dies ja eine zentrale Aufgabe Sozialer Arbeit ist.

Es gibt zudem wenig Wissen über Erkennungsmerkmale von Rechtsextremismus. Oft wird nach Symbolen, Tattoos oder Bekleidungsmarken gefragt – dabei ist es viel wichtiger, anhand der Sprache zu erkennen, wann extrem rechtes Denken anfängt. Das ist gar nicht so schwierig – aber dafür ist es notwendig, sich mit dem Thema auseinanderzusetzen und auch eigene Einstellungen zu hinterfragen. Wer jedoch nicht bemerkt, wann beispielsweise Rassismus (→ S. 13) anfängt, kann auch nicht eingreifen. Hier sind Aus- und Weiterbildung gefragt. Der Umgang mit Rechtsextremismus gehört nach wie vor nicht zu den verpflichtenden Inhalten – es hängt von den Lehrenden ab, ob dies Thema wird. So liegt bislang auch kein Lehrbuch zum Thema für Soziale Arbeit vor – und das in einem Land, das für die Verbrechen des Nationalsozialismus verantwortlich ist …

Es bedarf zudem an Wissen über Diskriminierung verschiedener sozialer Gruppen, über die Geschichte und Tradition von Diskriminierung und Unterdrückung und auch über die emanzipatorischen Kämpfe und den Widerstand der Gruppen dagegen. Nicht zuletzt ist es ja eine Aufgabe Sozialer Arbeit, von Diskriminierung Betroffene zu stärken bzw. zu empowern – damit diese sich selbst organisieren und stärken können gegen rechtspopulistische oder rechtsextreme Äußerungen.

Aus Wohlfahrtsverbänden hört man öfter – wie auch aus anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen mit vielen Ehrenamtlichen, etwa aus Sportvereinen oder aus Freiwilligen Feuerwehren: „Wir sind politisch neutral und überparteilich und halten uns deshalb raus, wenn es um Politik geht, auch wenn es sich um rechtsextreme Politik handelt!" Was ist falsch daran?

Radvan: Hinter einer solchen Aussage steht ein verkürztes Verständnis von Politik und von Sozialer Arbeit. Politik beginnt lange vor Parteipolitik. Grundsätzlich haben Sozialarbeitende die professions-ethische Pflicht – wir sagten es eben schon – für die Chancengleichheit und die Menschenrechte aller einzustehen. Das heißt, dass man sich für die Betroffenen von Diskriminierung oder für Gewaltopfer positioniert, und das ist politisch.

[11] Forschungsprojekt „Gewerkschaften und Rechtsextremismus" des Otto-Suhr-Instituts für Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin, 2003/2004 – Ergebnisse unter http://www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/forschung/oekonomie/gewerkschaftspolitik/materialien/GEWREXSCHLUSS/index.html

Prof. Dr. Andreas Lob-Hüdepohl lehrt Theologische Ethik an der Katholischen Hochschule für Sozialwesen Berlin und ist Mitglied im Deutschen Ethikrat. Im Jahr 2009 war er einer der Autoren der Grundsatzschrift: „Widerstand gegen Rechtsextremismus – eine Christenpflicht“

Lob-Hüdepohl: In der Tat muss man genau fragen, wie das politische Mandat der Wohlfahrtsverbände aussieht. Richtig ist, dass es sich nicht in Parteipolitik erstreckt. Verbände haben also nicht die Aufgabe, beispielsweise zu sagen: „Wählt AfD!“ Oder: „Wählt die Grünen!“ Doch Politik ist bekanntlich mehr als nur wählen zu gehen. Politik ist die gemeinsame Gestaltung des öffentlichen Raumes. Wohlfahrtsverbände haben – unter anderem – die Aufgabe, Menschenrechten Geltung zu verschaffen, und das nicht nur in konkreten Einzelfällen. Sie sollten für gesellschaftliche Verhältnisse eintreten, innerhalb derer Menschenrechte geschützt sind und zur Verwirklichung kommen können.

Sie sollen das aktiv tun?

Lob-Hüdepohl: Ja, natürlich, genau das ist ihre Aufgabe! Sie sollen ihre besonderen Erfahrungen und Kompetenzen in gesellschaftliche und politische Debatten einbringen, und zwar auf allen Ebenen. Warum gibt es denn zum Beispiel die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege? Doch nicht nur, um irgendwelche praktischen Dinge zu koordinieren – sondern um wichtige Fragen, die in diesem Fall die Soziale Arbeit betreffen, in den öffentlichen Raum zu transportieren und auch strukturelle Forderungen zu erheben. Das heißt, sie machen Politik im besten Sinne des Wortes!

Im Übrigen ist bereits die Aussage, man sei unpolitisch, eine eminent politische Aussage. Niemand kann sich aus der Gestaltung des öffentlichen Raumes herausziehen. Wenn ich sage, ich mach da nicht mit, dann ist das mittelbar eine Mitgestaltung durch Unterlassung. So zu tun, man käme aus einer Verpflichtung heraus, indem man sie verleugnet, ist der größte Fehler, den man machen kann.

Radvan: Die Position, sich von Politik fernhalten zu wollen, begegnet mir besonders häufig in den neuen Bundesländern. Viele Fachkräfte argumentieren dort, sie hätten aus ihren Erfahrungen in der DDR und infolge der Veränderungen nach 1989 gelernt, sich aus politischen Fragen herauszuhalten. Dass Soziale Arbeit ein politisches Mandat hat und es berufsethisch begründet ist, diskriminierenden Aussagen entgegenzutreten, ist für viele neu und wird teilweise abgelehnt. Doch auch in den alten Bundesländern wird oft versucht, Konflikte möglichst zu umgehen und demokratische Positionierungen als Privatmeinung einzustufen.

Lassen Sie mich ein Beispiel schildern[12]: Eine Familienhelferin kommt zu einer alleinerziehenden Mutter in deren Wohnung. Am Ende des Gespräches bemerkt sie, dass über dem Sofa eine Hakenkreuzfahne hängt. Beim nächsten Besuch bringt sie dies zur Sprache und bittet darum, das Gespräch in einem anderen Raum zu führen, weil sie nicht unter einem Hakenkreuz sitzen wolle. Es kommt zum Streit, und sie wird unter impliziter Androhung von Gewalt der Wohnung verwiesen. In diesem Fall hat sich der Träger hinter die Kollegin gestellt, was keine Selbstverständlichkeit ist. Der Supervisor des Teams jedoch äußerte Kritik und meinte, die Kollegin habe sich falsch verhalten: Es sei nicht ihre Aufgabe, sich zu positionieren – als Sozialarbeiterin habe sie zu allererst eine tragfähige Beziehung zu ihren Klientinnen und Klienten aufzubauen.

Lob-Hüdepohl: Das ist in der Tat eine skrupulöse Abwägung von Gütern. Einerseits ist natürlich der Beziehungsaufbau wichtig. Andererseits sollte man eine Beziehung nicht unter falschen Vorzeichen wachsen lassen, dann käme das böse Erwachen nämlich später.

[12] Ausführlich wird das Fallbeispiel und der folgende Beratungsprozess in dieser Broschüre behandelt: http://www.licht-blicke.org/elternstaerken2/wp-content/uploads/2013/d_load/Eltern_Bro_2.pdf

Radvan: Der Aufbau einer Beziehung muss nicht an einer Positionierung scheitern. Es wird häufig unterschätzt, dass Beziehungen auch über eine inhaltliche Auseinandersetzung und bestehende Differenz wachsen können. Es ist eine Frage, wie man formuliert und in den Dialog tritt. Zweifellos ist eine tragfähige Beziehung die Basis Sozialer Arbeit – doch ist es grundsätzlich ebenso die Aufgabe von Fachkräften, sich nicht an der Normalisierung rechtsextremen Gedankenguts und Handelns zu beteiligen und pädagogisch zu intervenieren. Es ist gut und korrekt, dass die Fachkraft sich positioniert hat. Möglich wäre zum Beispiel auch gewesen, die Klientin ins eigene Büro einzuladen oder eine Arbeitsbeziehung auszuhandeln, die demokratischen Leitlinien folgt und somit rechtsextreme Äußerungen ausschließt.

Wir haben den Fall damals ausgiebig diskutiert. Die Ansicht, man müsse neutral bleiben, war weit verbreitet. Aber nicht zuletzt in der aktuellen gesellschaftlichen Situation, in der Rechtsextremismus und Rassismus breiter und lauter geäußert werden, brauchen wir ein menschenrechtliches Selbstverständnis in der Sozialen Arbeit. Zudem geht es um das konkrete Handeln: Wie ist es – im Sinne des Kindeswohls – möglich, mit der Mutter weiter zusammenzuarbeiten?

Ist ein unpolitisches Verständnis Sozialer Arbeit etwas spezifisch Deutsches?

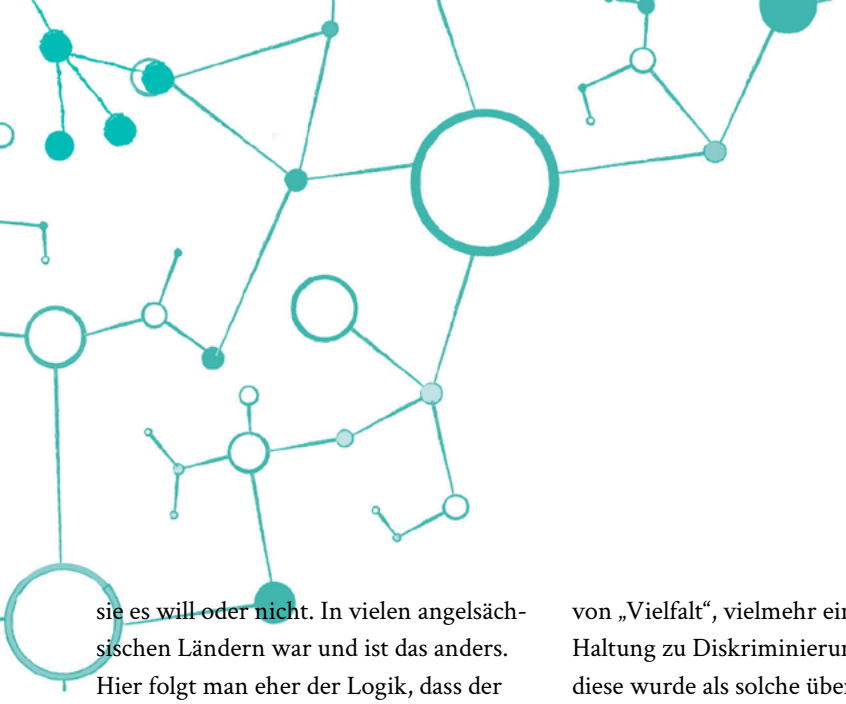
Radvan: Nein, das gibt es nicht nur in Deutschland – aber man muss auch klar sagen, dass in vielen anderen Ländern ein deutlich politischeres Verständnis zu finden ist. Die einzelnen Traditionen haben viel mit der geschichtlichen Entwicklung in den jeweiligen Gesellschaften zu tun. In den USA beispielsweise entstanden Ende des 19. Jahrhunderts auf Initiative von Jane Addams erste Projekte der Gemeinwesenarbeit mit Migrantinnen und Migranten. Da ging es um Empowerment, Bildung, Partizipation und Forschung.

Im Vergleich hierzu ist die Geschichte Sozialer Arbeit in Deutschland sehr viel stärker mit dem Konzept der „sozialen oder beruflichen Mütterlichkeit“ verbunden, mit dem Aktivistinnen insbesondere des gemäßigten Flügels der bürgerlichen Frauenbewegung versuchten, eine Profession für Frauen und damit konkret auch Erwerbsarbeitsplätze zu begründen. Während Arbeiterinnen in Fabriken oder Haushalten arbeiteten, war Erwerbsarbeit für Bürgerliche bis in die 1920er Jahre tabuisiert. Weiterführende schulische Ausbildung und der Zugang an die Universitäten war bis zu Beginn des 20. Jahrhunderts allen Frauen verschlossen. Bis 1908 galt zudem ein Politikverbot für Frauen.
Mit dem Weg über eine zugeschriebene „Mütterlichkeit“ in der Professionsbildung Sozialer Arbeit in Deutschland war jedoch auch die Gefahr verbunden, den entstehenden Beruf als unpolitisch – da lediglich fürsorgend – zu betrachten.

Lob-Hüdepohl: Generell ist in den USA die Wertschätzung Sozialer Arbeit viel größer. Bei uns dominiert in der Öffentlichkeit das Bild zum Beispiel von Jugendsozialarbeiter*innen – ich überzeichne jetzt etwas – als lockere Typen mit Turnschuhen. Und wenn es irgendwo Probleme gibt, dann schicken wir ein paar von ihnen hin, um zu beruhigen.

Im traditionellen Verständnis ist die Befriedung eine Hauptaufgabe Sozialer Arbeit. Auch heute reden viele noch sehr unbedacht vom Doppelmandat Sozialer Arbeit aus Fürsorge und Kontrolle. Wenn wir zurückschauen auf die Anfänge der Armenfürsorge, dann ging es immer um zweierlei: Einerseits sollten die Armen nicht im völligen Elend versinken. Das wollte man schon deswegen nicht, weil man sie als Reservearmee der industriellen Revolution brauchte. Aber andererseits hieß es stets auch, man solle nicht zu viel geben, sonst legen die sich bloß auf die faule Haut. Bei der Armenfürsorge ging es immer auch darum, Menschen mit abweichendem Verhalten zu kontrollieren und einzubinden. Sie also – überspitzt gesagt – gefügig zu halten.

Oder schauen Sie nach Schweden, wo Soziale Arbeit immer ein Instrument des Staates war, Gesellschaft zu ordnen. Übrigens: Auch das ist eine eminent politische Funktion Sozialer Arbeit, auch wenn manchem dies nicht bewusst ist oder manche sie sogar leugnen. Nochmals: Soziale Arbeit ist immer schon Politik, ob



sie es will oder nicht. In vielen angelsächsischen Ländern war und ist das anders. Hier folgt man eher der Logik, dass der Staat sich weitgehend aus sozialen Dingen herauszuhalten habe. Daraus kann dann umgekehrt ein sehr viel emanzipatorischeres Selbstverständnis der Sozialen Arbeit erwachsen.

Auch der Internationale Verband der Sozialarbeiter (IFSW) betont den politischen Anspruch. „Soziale Arbeit fördert sozialen Wandel und Entwicklung, sozialen Zusammenhalt und die Stärkung und Befreiung von Menschen", heißt es dort in der Definition des Berufsethos'.[13] „Prinzipien wie soziale Gerechtigkeit, Menschenrechte, kollektive Verantwortung und Respekt für Vielfalt sind zentral für Soziale Arbeit."

Radvan: Es ist ein großer Fortschritt, dass wir diese dezidierte Definition des Verbandes haben. Gleichwohl hilft eine Definition allein erstmal wenig. Lassen Sie mich das an einem Beispiel aus meiner Beratungsarbeit verdeutlichen: Eine aus Polen stammende Pflegefachkraft wird von der Bewohnerin eines Altenheimes rassistisch beleidigt. Die Kinder der Klientin bitten um Rücksichtnahme, weil ihre Mutter im Krieg schlimme Erfahrungen „mit Polen" gemacht habe. In der Fortbildung argumentieren die Pflegefachkräfte mit ihrem Diversity-Leitbild – aus Respekt vor Vielfalt hätten sie die Aussage der alten Dame hinzunehmen und ihr unmittelbar eine deutsche Fachkraft zuzuteilen. Dies war ein unreflektiertes Verständnis von „Vielfalt", vielmehr eine unkritische Haltung zu Diskriminierung. Mehr noch, diese wurde als solche überhaupt nicht wahrgenommen. So wurde im Team nicht diskutiert, wie es der polnischen Kollegin mit der Situation ging. Dass es die Aufgabe ist, die Kollegin vor rassistischen Aussagen zu schützen und sich gegen Diskriminierung zu positionieren, war für das Team kein Thema. Im Vordergrund stand die Heimbewohnerin. Es war richtig, die polnische Kollegin aus der Zuständigkeit für diese Bewohnerin rauszunehmen, um sie zu schützen – aber die Frage ist, wie man das macht. Man hatte die Kollegin schlicht nicht gefragt.

„Die Wohlfahrtsverbände haben ein politisches Mandat aus der Verfassung! Es ist ihnen nicht nur erlaubt, sich gegen Rechtsextremismus zu engagieren – es gehört sogar untrennbar zu ihrem Auftrag, sich für eine sozial gerechte Ordnung einzusetzen."

Zudem ist zu überlegen, wie man sich gegenüber der pflegebedürftigen Dame und ihrer Familie positioniert. Wenn es sich hier nicht um eine Erkrankung wie Alzheimer handelt, ist es Aufgabe der Kolleg*innen, unabhängig vom Alter der Klient*innen diskriminierende Aussagen zu hinterfragen und gegebenenfalls darauf hinzuweisen, dass dies den vereinbarten Standards der Einrichtung widerspricht. Der Fall zeigt: In den Wohlfahrtsverbänden sollten Fragen wie diese viel stärker diskutiert werden: Wofür stehen Sozialarbeitende? Was heißt demokratische Kultur? Was bedeuten die Menschenrechte *konkret?*

Lob-Hüdepohl: Ihr Beispiel zeigt sehr deutlich, dass es einen fundamentalen Unterschied gibt zwischen Verstehen und Verständnis. Ich muss natürlich die möglicherweise traumatischen Erfahrungen der zu pflegenden Frau zu verstehen suchen. Aber das bedeutet nicht, auch Verständnis aufzubringen für rassistische Äußerungen und nur auf der Seite des Pflegedienstes etwas zu ändern. Die Gleichsetzung von Verstehen und Verständnis ist ein Kurzschluss, der schnell gezogen wird. Hier eine genaue Analyse zu machen, ist sehr wichtig beim Umgang mit Menschen, die noch kein geschlossen rechtsextremes Weltbild haben – aber durch einzelne rassistische oder anderweitig menschenfeindliche Äußerungen auffallen. Die Lebensweltorientierung der Sozialen Arbeit heißt zunächst, Menschen so zu akzeptieren, wie sie geworden sind. Das bedeutet: Als erstes muss es darum gehen, deren Binnensicht zu verstehen und vor allem auch deren mögliche Verletzungen ernstzunehmen. Aber das bedeutet nicht, problematische Einstellungen und Äußerungen

[13] Globale Definition Sozialer Arbeit, verabschiedet von der Vollversammlung im Juli 2014 – http://ifsw.org/get-involved/global-definition-of-social-work/

Prof. Dr. Heike Radvan lehrt und forscht am Fachbereich Soziale Arbeit der Technischen Universität Cottbus. Zuvor leitete sie die Fachstelle Gender und Rechtsextremismus der Amadeu-Antonio-Stiftung; desweiteren publiziert sie zu Antisemitismus und dem pädagogischen Umgang damit

einfach hinzunehmen oder gar zu bejahen. Die Lebenswelt eines Menschen besteht auch aus zerstörerischen Potenzialen, die andere gefährden oder beschädigen. Im Konfliktfall muss dieses zerstörerische Potenzial benannt und ihm widersprochen werden. Beim Beispiel mit der alten Dame könnte man etwa sagen: Selbst wenn sie diese Erfahrung hat, berechtigt sie das nicht, ihre Pflegerin zu diskriminieren.

Haben Sie noch andere Beispiele für solche Kurzschlüsse beim Denken – also für Fallen, in die man vielleicht besonders leicht im Zusammenhang mit Sozialer Arbeit tappen kann?

Lob-Hüdepohl: Mir fällt eine Begebenheit aus Berlin ein. Da hatte ein Verein, der sich um Obdachlose kümmert, seit vielen Jahren einen Mangel an Schlafplätzen. Er versuchte über lange Zeit, in einem landeseigenen Gebäude neue Plätze einzurichten, ohne Erfolg. Immer hieß es, das sei so schnell nicht möglich. Dann aber, im Frühjahr 2015, als plötzlich viele Geflüchtete nach Deutschland kamen, wurden innerhalb kürzester Zeit in genau dem Gebäude mehr als 250 Plätze für deren Unterbringung geschaffen. Aus Sicht der betroffenen Obdachlosen ist das eine ganz reale Erfahrung von Ungleichbehandlung. Und da liegt es für manche Leute nahe, über eine Bevorzugung von Flüchtlingen zu schimpfen, dass denen alles überall hingeschoben werde – Sie kennen die Debatten und Ausdrucksformen …

Wie sollte man damit umgehen? Sich stattdessen über „die Politik" aufregen, über den Unwillen von Behörden und so weiter? Geflüchtete Menschen können ja nichts dafür, wenn der Staat zu wenig Hilfe für Obdachlose bereitstellt.

Lob-Hüdepohl: Richtig. Oft kommen tausend Dinge zusammen, etwa dass im Föderalismus unterschiedliche staatliche Ebenen für verschiedene Dinge zuständig sind, mal die Kommunen, mal die Länder, mal der Bund. Die Unterbringung von Obdachlosen fällt gewöhnlich in den Verantwortungsbereich der Kommunen. Für die Unterbringung der Geflüchteten wurden vor allem Sondermittel von Ländern und dem Bund eingesetzt. Da muss es nicht böser Wille sein, wenn die eine Ebene etwas macht, was die andere für ihren Zuständigkeitsbereich unterlassen hat.

Aber wenn sich zum Beispiel ein Obdachloser über eine Ungleichbehandlung aufregt und auf Flüchtlinge schimpfen sollte, dann hilft es überhaupt nichts, ihm zu sagen: „Hey, weißt Du, dass Du grad rechtspopulistisch argumentierst!? Lass das doch bitte!" Vielmehr muss man mit ihm in einer Weise ins Gespräch kommen, dass seine Empörung nicht von vornherein diffamiert wird, sondern positiv gewendet werden kann – bestenfalls für eine Verbesserung seiner eigenen und der gesellschaftlichen Situation.

Radvan: Bei der Auseinandersetzung mit rechtspopulistischer Agitation kann es unter anderem wichtig sein, staatliche Fehler wie etwa das Ausdünnen sozialer Infrastruktur zu thematisieren und für ein solidarisches Miteinander zu werben. Es ist Aufgabe Sozialer Arbeit, die sozialpolitischen Rahmenbedingungen im Sinne von Gerechtigkeit und Chancengleichheit aller Menschen zu verbessern. Dazu gehört auch, sozioökonomische Benachteiligung und Stigmatisierung aufgrund von Armut zu benennen. Oft wird behauptet, sozial Benachteiligte seien häufiger rassistisch und so weiter – das jedoch ist ein Vorurteil und schlicht falsch.

Immer wieder mal versuchen Rechtsextreme, sich als „soziale Kümmerer" zu inszenieren – also gezielt tatsächliche oder vermeintliche soziale Probleme anzusprechen. Bei der NPD zum Beispiel ist dies seit den 1990er Jahren erklärte Strategie. Auch Rechtspopulisten versuchen manchmal Ähnliches. Wie sollten Wohlfahrtsverbände damit umgehen?

Lob-Hüdepohl: Gelassen und aufmerksam. Gelassen, weil sie ohnehin kein Monopol als soziale Kümmerer haben und eigentlich erfreut sein können, wenn auf bestimmte soziale Probleme hingewiesen wird. Aber natürlich ist hier erhöhte Aufmerksamkeit geboten. Man sollte sich Fragen stellen wie: Geht es den Rechtspopulisten tatsächlich um die Sorgen und Nöte von Menschen? Oder machen sie sich nur deren Stimmungen zunutze, um ihre eigene politische Agenda durchzusetzen? Und wenn sie wirklich Sorgen und Nöte aufgreifen: Befeuern sie nur den Unmut, oder bieten sie wirkliche Lösungen Sie an?

Gehen solche Lösungen zu Lasten anderer Benachteiligter? Pochen Rechtspopulisten zum Beispiel auf sogenannte Etablierten-vorrechte, also: „Erst wir (Deutsche), dann vielleicht noch andere?“ Ist dies der Fall, müssen Wohlfahrtsverbände kritisch eingreifen und eine einseitige, ausgrenzende Kümmerer-Strategie als solche entlarven. Das aber sollten und müssten sie kraft ihres professionellen Selbstverständnisses immer tun, egal, wer exklusive Ansprüche fordert – also nicht nur bei Rechtsextremen!

Radvan: Um gegen diese Strategie zu arbeiten, ist es unabdingbar, deren eigentliche Funktion zu erkennen und zu benennen. So gibt die NPD immer mal wieder vor, sich in einem Stadtteil um die Sauberkeit und Sicherheit auf Spielplätzen zu kümmern. Bei genauerem Hinsehen wird deutlich: Konkret passiert keine Verbesserung. Stattdessen geht es um das Image des Kümmerers und um die Dominanz auf dem Spielplatz, also wessen Kinder – sprich weiße Deutsche – hier spielen dürfen. Auch bei der NPD-Kampagne „Todesstrafe für Kinderschänder“ geht es nicht um den Schutz von Kindern. Vielmehr steht im Vordergrund, neue Personen für die eigene Ideologie zu gewinnen. Dabei werden Ängste geschürt, Leute manipuliert und mit der Forderung nach „Todesstrafe“ rechtsstaatliche und menschenrechtliche Standards verlassen.

Ähnliche Strategien zeigen sich, wenn Rechtspopulisten schon vor, aber insbesondere nach den Übergriffen auf Frauen zu Silvester 2016 in Köln Geschichten von sexuell übergriffigen „fremden Männern“ erfinden und Angst verbreiten. Hier hilft nur Aufklärung und das Enttarnen solcher Lügen, in Sachsen zum Beispiel hat das sogar die Polizei per Twitter regelmäßig gemacht. Es ist auch wichtig zu verdeutlichen, dass hier das Recht von Frauen auf körperliche Unversehrtheit für rassistische Argumentationen instrumentalisiert wird. Völlig unbenannt bleibt nämlich: Das Gros von sexualisierter und nicht-sexualisierter Gewalt von Männern gegen Kinder und Frauen findet in der Familie und im sozialen Nahbereich statt und gerade nicht durch unbekannte Personen – ganz unabhängig von Staatsangehörigkeit, Hautfarbe, Religion, sozialer oder kultureller Herkunft.

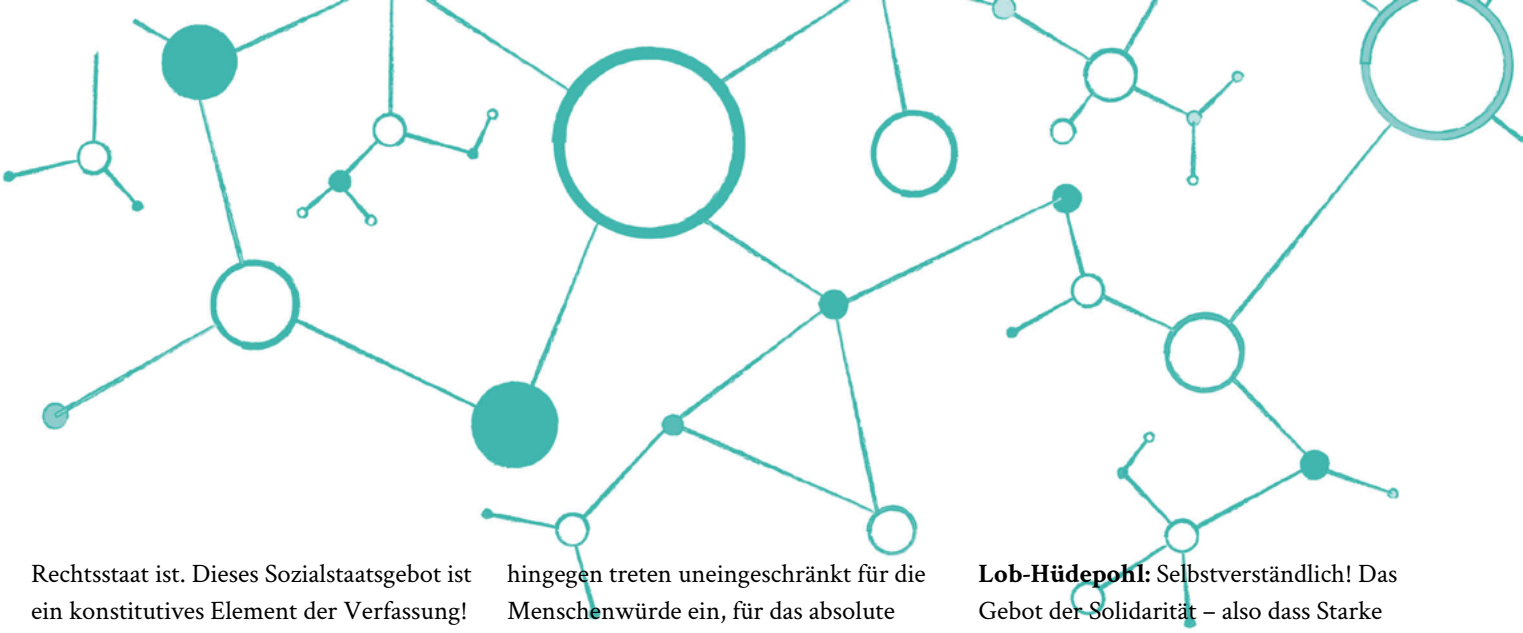
Konkret gefragt, was sollte ein Wohlfahrtsverband tun, wenn Rechtspopulisten vor Ort ein echtes soziales Problem ansprechen? Beispielsweise in einem Gemeinderat mehr Geld für einen unterfinanzierten Jugendclub fordern. Das müssten sie doch eigentlich unterstützen, oder?

Lob-Hüdepohl: Natürlich. Aber mehr noch müssten sie sich fragen, warum sie das in Rede stehende Problem eventuell nicht längst selbst thematisiert haben. Aber nochmals: Sie müssen mit der beschriebenen Aufmerksamkeit prüfen, was die tatsächlichen Interessen der Rechtspopulisten sind. Im Übrigen gilt die treffende Feststellung aus dem Munde einer renommierten Populismusexpertin: Populisten stellen oftmals richtige Fragen, geben aber in der Regel die falschen Antworten. Die richtigen Antworten zu geben, in Gemeinderäten oder sonstigen Parlamenten – das ist nicht zuletzt Aufgabe sachverständiger Wohlfahrtsverbände.

Radvan: Ich würde immer genau hinsehen und nachfragen. Bei Populisten lässt sich meist sehr schnell erkennen, worum es ihnen geht – und das sind in den seltensten Fällen soziale Belange. Das sollte man klarstellen. Ich würde in jedem Fall demokratischen Personen, Gruppierungen und Parteien von einer Zusammenarbeit abraten. Vielmehr gilt es, soziale Probleme zu erkennen, Ungleichheit zu analysieren und zu bekämpfen. Im konkreten Fall bedeutet dies, die Unterfinanzierung des Jugendklubs ebenfalls zu kritisieren – sich jedoch gleichzeitig von Rechtsextremen zu distanzieren und auf die Instrumentalisierung des Themas für deren Stimmenfang aufmerksam zu machen.

Wenn sich Wohlfahrtsverbände gegen Rechtsextremismus engagieren, auf welche Grundlagen können und sollten sie sich berufen?

Lob-Hüdepohl: Zuallererst auf unsere Verfassung: Neben dem Artikel 1, der die Unantastbarkeit der Würde jedes Menschen festschreibt – egal wo er herkommt, egal was er zu leisten im Stande ist – möchte ich besonders auf Artikel 20 hinweisen. Er legt fest, dass die Bundesrepublik ein demokratischer und sozialer



Rechtsstaat ist. Dieses Sozialstaatsgebot ist ein konstitutives Element der Verfassung! Und damit ist nicht nur gemeint, man solle ein paar Almosen verteilen. Bereits in den 1970er Jahren hat das Bundesverfassungsgericht ausgeführt, dass sich aus Artikel 20 für die Träger der sozialen Arbeit – jetzt im Juristendeutsch gesprochen – „der Auftrag und die Ermächtigung" ableitet, für soziale Gerechtigkeit und den Respekt vor Grund- und Freiheitsrechten aller Menschen einzutreten.

Das heißt, die Wohlfahrtsverbände haben ein politisches Mandat aus der Verfassung! Es ist ihnen nicht nur erlaubt, sich gegen Rechtsextremismus zu engagieren – es gehört sogar untrennbar zu ihrem Auftrag, sich für eine sozial gerechte Ordnung einzusetzen. Auch deshalb werden die Leistungen der freien Wohlfahrtspflege in beträchtlichem Umfang staatlich refinanziert. Dass die Verbände auch politisch stark sind, ist keine Selbstanmaßung. Sondern sie haben gewissermaßen von unserer Verfassung her einen genuinen Auftrag.

Außerdem haben die Verbände natürlich einen eigenen Kanon von Grundwerten. Oberstes Gebot ist für sie die Wahrung der Würde des Menschen – und zwar aller Menschen. Nun behaupten auch Rechtspopulisten, dass sie für die Menschenwürde aller eintreten. Ethnopluralisten (S. 15), wie die sogenannte „Identitäre Bewegung" zum Beispiel behaupten, alle Menschen hätten ein Recht auf Identität und Heimat – aber bitteschön nur dort, wo sie angeblich zu Hause sind. Wohlfahrtsverbände hingegen treten uneingeschränkt für die Menschenwürde ein, für das absolute Prinzip der Fundamentalgleichheit aller Menschen, und zwar hier und jetzt. Als Christ können Sie das Prinzip, dass alle Menschen gleich sind, daraus ableiten, dass jeder Mensch ein Ebenbild Gottes ist. Sie können also dieses Grundprinzip nochmal rückkoppeln an eine religiöse Überzeugung.

Dasselbe gilt für das Gebot der sozialen Gerechtigkeit: Aus der Perspektive eines christlichen Verbandes ist klar, dass damit mehr gemeint ist als eine egozentrische Gerechtigkeit – also dass jemand sagt: Hauptsache, ich werde von anderen sozial gerecht behandelt. Als Christ ist mir eine konnektive Gerechtigkeit wichtig; eine Gerechtigkeit, die sich aus der wechselseitigen Verantwortung füreinander ergibt. Diese konnektive Gerechtigkeit ist übrigens sehr alt, sie hat sich schon in den ägyptischen Hochkulturen ausgebildet. Wirkliche Gerechtigkeit gibt es demnach nur, wenn allen Menschen in gemeinschaftlicher Anstrengung Gerechtigkeit widerfährt.

Parallel dazu können säkulare Verbände dieselben Grundwerte natürlich aus anderen Quellen ableiten, etwa aus allgemeinen Prinzipien des Humanismus …

… und die aus der Arbeiterbewegung stammende Arbeiterwohlfahrt kann sich zum Beispiel auf Internationalismus und den Solidaritätsgedanken berufen.

Lob-Hüdepohl: Selbstverständlich! Das Gebot der Solidarität – also dass Starke und Schwache gemeinsame Sache machen, und zwar im Interesse der Schwachen! – gibt es auch im Christentum. Aber natürlich ist es sehr viel älter als das Christentum, da ist auch die reichhaltige Tradition des Judentums. Schon in der Antike waren es Sozialpropheten wie Amos oder Hosea, die massiv die gesellschaftlichen Verhältnisse kritisierten und sich für die Entrechteten, Geflüchteten oder Verarmten einsetzten. Man kann sogar zeigen, dass unser modernes, säkulares Menschenrechtsethos und damit auch die Soziale Arbeit sich ganz erheblich aus diesen Traditionen speist.[14]

Wie können sich Wohlfahrtsverbände konkret und praktisch für die Auseinandersetzung mit Rechtsextremisten und -populisten rüsten?

Radvan: Einrichtungen Sozialer Arbeit können und sollten bei sich selbst beginnen. Bei Fortbildungen und Beratungen im Kita-Bereich höre ich seit etwa einem Jahr, dass es zunehmend schwer wird, Mehrheiten für demokratische Positionen zu bekommen. Wenn zum Beispiel in der Nachbarschaft eine neue Unterkunft für Geflüchtete eingerichtet wird, positionieren sich Eltern, aber auch Kolleg*innen dagegen – und zwar mit Aussagen, die mehr oder weniger offensichtlich problematisch und flüchtlingsfeindlich sind. Für viele Fachkräfte ist offenbar unklar, wo die Grenzen für demokratisch akzeptable Positionen sind.

[14] Vgl. Andreas Lob-Hüdepohl: Botschaften der biblischen Propheten – Botschaft für Soziale Arbeit? In: *Soziale Arbeit* 52 (2003), 343-349

Der Aufschwung des Rechtspopulismus stellt einen bisherigen Konsens darüber infrage, wie sich Menschen im Dialog begegnen. Es werden Grenzen des Sagbaren verschoben. Rassistische, aber auch antisemitische Aussagen, Verschwörungsideologien und hate speech haben zugenommen, desgleichen antifeministische Anwürfe und solche, die sich gegen Geschlechterforschung richten oder gegen die Unterstützung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt. Parallel wird die sogenannte political correctness kritisiert …

… also das Prinzip, diskriminierende Bezeichnungen von Menschen zu unterlassen und stattdessen sogenannte „politisch korrekte" Worte zu wählen.

Radvan: Hinter der Kritik an diesem Prinzip stehen ganz klare, rechte politische Interessen. Fragt man genauer nach, bleibt häufig nicht viel mehr als die Forderung, die Betroffenen von sprachlicher Diskriminierung sollten sich doch bitte „nicht so anstellen". Ich würde dem immer entgegenhalten: Es geht um Respekt. Wenn Betroffene bestimmte Bezeichnungen als verletzend empfinden, muss ich dies akzeptieren. Viele Kritiker*innen der political correctness sind selbst nicht von Diskriminierung betroffen und waren es nie – und sind sich dessen nicht einmal ansatzweise bewusst. Entsprechend gering sind bei ihnen Empathie und politisches Verständnis. Da helfen nur Selbstreflexion und das Hinterfragen eigener Privilegien.

Angesichts all dieser Themen ist es Aufgabe von Leitungskräften, Debatten über Grundlagen eines demokratischen Miteinanders anzustoßen – also darüber, wie wir miteinander reden wollen, und sei es im Dissens. So etwas kann nicht als moralisierende oder autoritäre Ansage vermittelt werden, sondern muss untereinander ausgehandelt werden. Und das ist eine große Herausforderung. Wir empfehlen hierfür, im Team miteinander ein demokratisches Leitbild zu entwickeln, dieses gemeinsam zu formulieren – letztlich auch um eine Debattenkultur zu etablieren und Bezugspunkte für konkrete Fälle zu haben.

„Im Übrigen ist bereits die Aussage, man sei unpolitisch, eine eminent politische Aussage. Niemand kann sich aus der Gestaltung des öffentlichen Raumes herausziehen. Wenn ich sage, ich mach da nicht mit, dann ist das mittelbar eine Mitgestaltung durch Unterlassung."

Wie sieht denn eine demokratische Dialog- und Debattenkultur aus?

Lob-Hüdepohl: Zuallererst einmal höflich, zivilisiert – und keinesfalls so, wie wir es oft in vielen Sozialen Netzwerken erleben. Da sehe ich eine Verrohung der Sprache, die sich zunehmend in die reale Welt überträgt. Und die Höflichkeit sollte nicht nur Maskerade sein, sondern tatsächlich Respekt vor einer anderen Meinung, selbst wenn ich sie überhaupt nicht teile.

Und dann sagt der Rassist halt, ganz höflich: Respektiere bitte meine Meinung!

Lob-Hüdepohl: Natürlich kann und will ich ihm nicht seine Meinung verbieten, wir haben ja kein Gesinnungsstrafrecht. Der Punkt ist, dass es eine Gesprächskultur geben müsste, wo ich mich mit diesen Positionen auseinandersetze und sie argumentativ auseinandernehme. Wenn er anderer Auffassung bleibt, dann ist das auch sein Recht. Ich will ihm nur streitig machen, dass seine Meinung womöglich eine Mehrheit bekommt. Und ich muss verhindern, dass andere von seinen rassistischen Äußerungen in ihren elementaren Rechten verletzt werden – dann kommt zum Dialog und Diskurs auch der öffentliche Protest und Widerspruch.

Radvan: Die Frage ist immer, wie ich in einem Dialog rede. Begebe ich mich womöglich auf eine niedrige Ebene mit einer Fäkalsprache? Beschäme ich das Gegenüber? Greife ich die Person an und lege dabei womöglich noch eine arrogante Haltung an den Tag? Oder lasse ich der Person Raum, damit sie ihre eigene Aussage in ihrer Problematik verstehen und überdenken kann?

Lob-Hüdepohl: Wichtig ist zu unterscheiden: Ich respektiere nicht diese Meinung, gegen die gehe ich an – aber ich respektiere den Menschen als Menschen! Ich gebe gern zu, das ist bei manchen schon eine Herausforderung. Aber natürlich hat auch der schlimmste Rassist nicht sein Anrecht auf Würde verloren. Doch ich merke auch bei mir manchmal, dass ich überhaupt nicht mehr die Kraft habe, die Lust, die Souveränität oder die Gelassenheit, im Dialog ruhig und höflich zu sein. Manchmal möchte ich am liebsten auch nur lautstark brüllen. Das aber wäre falsch.

Wir sprachen mehrfach über Leitbilder von Verbänden – Sie sagen, die reichen nicht aus?

Radvan: Viele Träger sozialer Einrichtungen haben Leitbilder. Diese Selbstverständnisse sind wichtig. Sie können – bestenfalls – Orientierung und Handlungssicherheit geben. Gleichzeitig sind sie als Dokument mit eher allgemeinen Absichtserklärungen nur ein Anfang. Es hilft wenig, ein Leitbild auf den Kopierer zu legen und im Team zu verteilen. Wir empfehlen, sich mit Kolleg*innen Zeit zu nehmen, ein demokratisches Leitbild für die eigene Institution zu formulieren. Hier können und sollten Teams formulieren, was sie konkret in der Praxis unter demokratischem Handeln verstehen, wann etwa Rassismus anfängt, wie er sich sprachlich äußert, woran er zu erkennen ist. Nicht zuletzt diskutieren Kolleg*innen, wie sie in solchen Fällen intervenieren wollen und halten dies fest.

Wie bereits erwähnt, ist der moderne Rechtsextremismus nicht mehr ohne Weiteres durch Kleidungsmarken oder Symbole oder ähnliches zu erkennen – sondern vor allem sprachlich. Deshalb lege ich hierauf in Fortbildungen immer einen besonderen Fokus. Was Neonazis ausmacht, ist ihr Glaube daran, Menschen seien nicht gleich viel wert – es geht also um eine Ideologie der Ungleichwertigkeit. Sprachlich beginnt dies immer mit Gruppenkonstruktionen: Eine Fremdgruppe, zum Beispiel „die Juden“, wird abgewertet gegenüber einer Eigen- oder Wir-Gruppe, die häufig national konnotiert ist und aufgewertet wird.

Warum dies so wichtig ist, zeigt ein weiteres Beispiel aus meiner Beratungspraxis: Da rief eine Kollegin einer Kita an und sagte, sie habe auf einer Elternversammlung eine Situation erlebt, die sie unsicher mache. Eine Mutter, die anerkannt und beliebt war, unter anderem weil sie sich für die Sanierung eines Spielplatzes engagierte, hatte auf dem Elternabend dafür plädiert, die Bilder an den Wänden der Kita auszutauschen. Sie sagte: „Lasst uns Bilder von unseren Kindern aufhängen! Solche Kinder wie jetzt zu sehen sind, haben wir hier doch eh‘ nicht.“ In der Versammlung gab es hierfür Zustimmung.

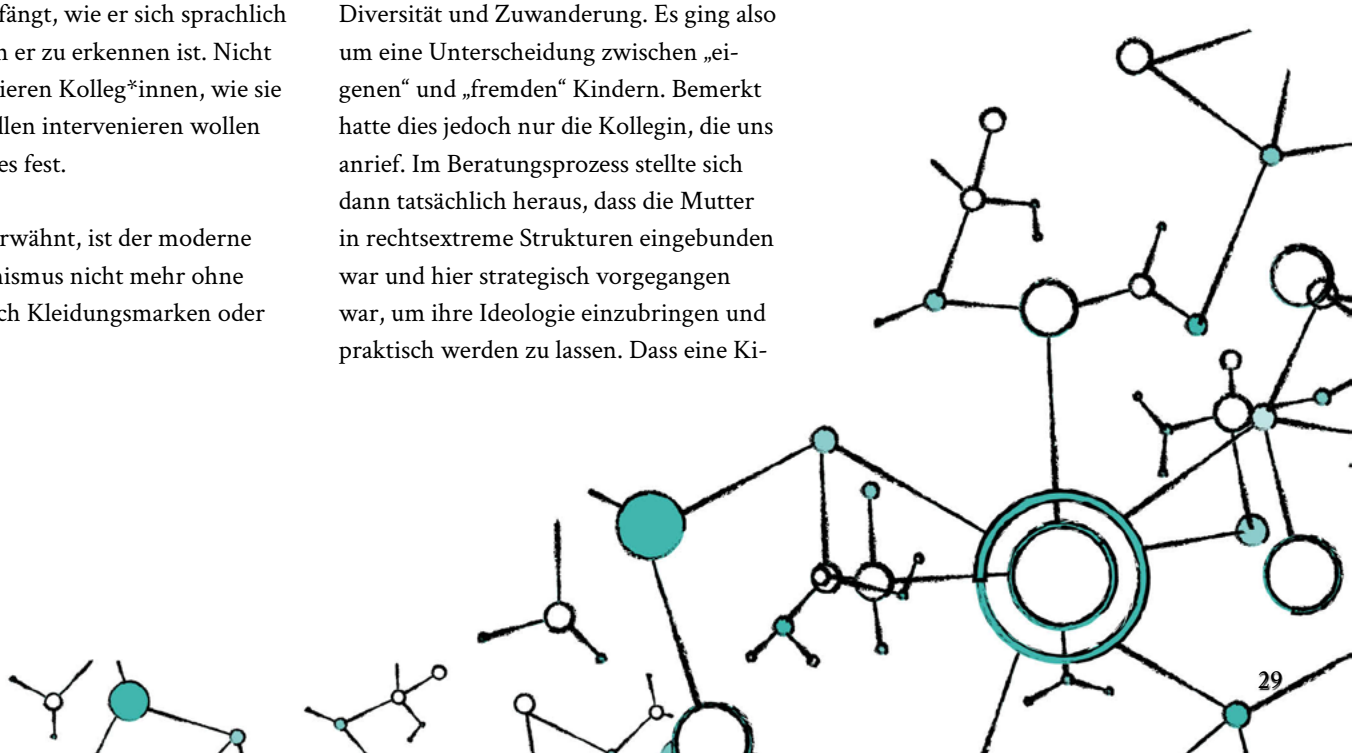
Was war denn auf den Bildern zu sehen?

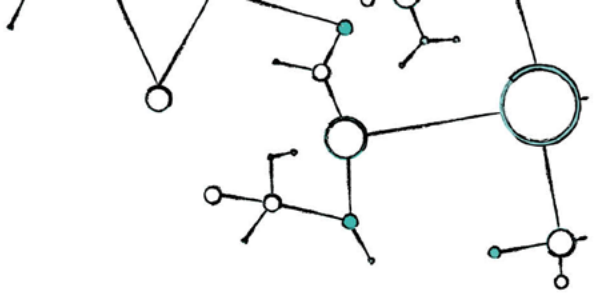
Radvan: Auch nicht-weiße Kinder – und die Kita war in einer Region mit wenig Diversität und Zuwanderung. Es ging also um eine Unterscheidung zwischen „eigenen“ und „fremden“ Kindern. Bemerkt hatte dies jedoch nur die Kollegin, die uns anrief. Im Beratungsprozess stellte sich dann tatsächlich heraus, dass die Mutter in rechtsextreme Strukturen eingebunden war und hier strategisch vorgegangen war, um ihre Ideologie einzubringen und praktisch werden zu lassen. Dass eine Kita-Leitung bei dieser Äußerung hellhörig wird und interveniert – oder zumindest Rat sucht –, ist nicht selbstverständlich.

Daher ist es so wichtig zu wissen, was rechtsextreme Ideologie ausmacht und wie sie sich sprachlich äußern kann. Weil Alltagsrassismus sehr weit verbreitet ist, fallen diese Aussagen oft nicht auf und werden akzeptiert. Neonazis finden hier viele Anschlussmöglichkeiten. Sensibilität und Kompetenz hierfür erreichen Sie nicht durch ein vorgegebenes Leitbild oder eines, das nur formelhaft formuliert und für Jahre in Stein gemeißelt ist. Seine Formulierung und Verankerung ist ein kontinuierlicher und kritischer Prozess, in den auch neue Kolleg*innen einbezogen werden müssen.

In der Praxis wird der Wunsch nach gründlichen, inhaltlichen Debatten sicherlich ständig auf Zeitnot treffen. Kolleg*innen sind oft schon mit der alltäglichen Arbeit überlastet, und viele Eltern haben ja auch andere Sorgen …

Radvan: Zum politischen Mandat der Sozialen Arbeit gehört auch, auf solche strukturellen Probleme aufmerksam zu machen! Die zunehmende Ökonomisierung der Sozialen Arbeit darf nicht dazu





führen, dass solche für diesen Berufszweig eminent wichtigen politischen Debatten nicht mehr geführt werden können, weil es nicht in die Kataloge von Leistungs- und Qualitätsmanagement passt.

Lob-Hüdepohl: Als Ethiker bin ich natürlich ein Fan von Leitbildern, das ist ja unser ureigenstes Geschäft. Aber in der Tat, Leitbilder müssen substantiiert werden, das Skelett muss Fleisch bekommen. Leitbilder transportieren mir zu häufig moralische Hochwertwörter, die unstrittig sind. Wer hat denn was gegen Menschenwürde? Oder etwas gegen Gleichberechtigung? Aber das Problem moralischer Hochwertwörter ist, dass sie häufig nur eine schöne Hülle sind und für Menschen keinen konkreten Inhalt haben. Deshalb müssen Mitarbeiter*innen sich innerhalb einer Organisation kontinuierlich damit auseinandersetzen, etwa in Fortbildungen oder in Tagen der Organisationsentwicklung. Und es ist Leitungsaufgabe, solche Aushandlungsprozesse zu ermöglichen, Freiräume dafür zu schaffen und strukturell abzusichern. Es wäre sachfremd und eine Überforderung, wenn die Kolleg*innen dies in ihrer Freizeit machen sollten.

Natürlich sind Aushandlungsprozesse mitunter anstrengend. Demokratiefähigkeit bedeutet die bereits erwähnte Fähigkeit zum Dialog und zum Diskurs. Das sind übrigens unterschiedliche Dinge: Dialogbereitschaft heißt, dass ich jemand anderes in seiner Sicht verstehen möchte. Dass ich wissen will, wie er denkt, welchen Erfahrungshintergrund er hat usw. Dialog erfordert, dass ich mich einlasse auf die Perspektive eines anderen Menschen. Und das ist schon schwer genug. Allerdings darf man an diesem Punkt nicht stehenbleiben – wie man am Beispiel mit der alten Dame und der polnischen Pflegekraft sehen kann. Manchmal muss man anderen widersprechen. Jedenfalls dann, wenn ihre Auffassung andere beschädigt. An dieser Stelle beginnt der Diskurs, das Streiten mit Argumenten. Und ein Diskurs kann auch bedeuten, Ansprüche anderer Menschen zurückzuweisen. Also zu sagen: Ich verstehe, was Du damit meinst, aber ich sehe das völlig anders.

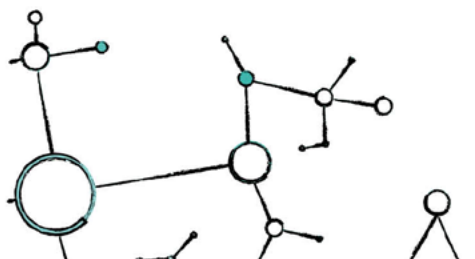
Als Ergebnis eines solchen Diskurses kann – um in Ihrem letzten Beispiel zu bleiben –, dann eine Klarheit stehen: Ich will, dass die Bilder der farbigen Kinder bleiben! Denn schon dadurch, dass sie an der Wand auftauchen, merken meine Kinder, dass die Welt nicht überall so ist wie im Prenzlauer Berg oder in Neuruppin. Meinen Kindern soll bewusst werden, dass die Welt ganz anders ist als der kleine Ausschnitt, der durch die Kita abgebildet wird. Es entsteht also die Klarheit, dass Bilder sozusagen eine pädagogische Funktion haben können.

Dialog- und Diskursfähigkeit ist sicherlich nicht einfach.

Lob-Hüdepohl: Aber man kann sie lernen. Extrem wichtig für solche Diskussionen ist auch, dass man nicht immer gleich mit der großen moralischen Empörung kommt. In solchen Gesprächen müssen sich Mitarbeiter*innen oder Eltern auch einmal unbeholfen oder unkorrekt äußern dürfen. Es wäre fatal, wenn sie Angst haben müssten, dass sie wegen eines unbedachten Wortes, das man als Rassismus interpretieren könnte, gleich abgestempelt werden und bis in alle Ewigkeit das Kainsmal eines Rassismusverdächtigen tragen. Ich muss Menschen immer die Möglichkeit zur Umkehr geben. Im Christentum nennen wir das Metanoia: Also jemand muss sagen können dürfen: Oh, ich habe Mist gebaut. Aber ich habe jetzt etwas gelernt, ich habe verstanden, ich will es jetzt anders machen. Wofür sonst sollte ein Diskurs gut sein? So etwas kann funktionieren, wenn ich im Kollegium oder in der Diskussionsrunde ein Grundvertrauen habe.

Radvan: Eine fehlerfreudige Haltung ist sicherlich hilfreich und wichtig. Zum pädagogischen Handwerkszeug gehört ja gerade, fragend und nicht moralisierend zu argumentieren, Denk- und Handlungsräume zu öffnen und gerade nicht zu verschließen. Das scheint mir in der Praxis jedoch häufig eine Herausforderung zu sein. Ich vermisse oft eine grundsätzliche Freude am Debattieren, eine Orientierung am Dialog. Das hat durchaus geschichtliche Hintergründe in Deutschland. In anderen Ländern ist das Erlernen des Dialogischen ein zentraler Schwerpunkt bereits in der Schule, etwa in Israel, Großbritannien oder den USA. Gerade für die Ausbildung von Fachkräften Sozialer Arbeit ist dies aus meiner Sicht eine wichtige Kompetenz, die erlernt werden sollte – jedoch bislang wenig Aufmerksamkeit erhält.

Lob-Hüdepohl: Ein Diskurs, eine Fortbildung müssen immer Bewegung und Veränderung ermöglichen. Ich muss davon ausgehen können, dass es nicht so schlimm ist, wenn ich mal etwas Falsches sage. Mir wird die Chance eingeräumt, in meinem Denken und Handeln umzukehren. Menschen sind entspannt, wenn sie wissen, sie dürfen lernen und hinterher auch die Früchte des Lernens ernten – und in ihrer neuen Position akzeptiert werden.



Was tun ... ?

In der Praxis gibt es unendlich viele Situationen, in denen Mitarbeiter*innen und Ehrenamtliche von Wohlfahrtsverbänden mit rechtsextremen oder -populistischen Äußerungen oder Verhaltensweisen konfrontiert sein können. Hier nennen wir einige – und geben Hinweise, was in solchen (und ähnlichen) Situationen getan werden kann

... bei rassistischen oder anders diskriminierenden Äußerungen oder Taten?

Sie sind zum Einkaufen im Supermarkt. In der Schlange an der Kasse stehen hinter Ihnen zwei Personen, augenscheinlich Flüchtlinge aus der örtlichen Sammelunterkunft. Plötzlich werden die beiden ohne erkennbaren Anlass von einer anderen Kundin rassistisch beschimpft: Sie sollten verschwinden, heißt es, hier sei kein Platz für sie.

In Situationen wie diesen gilt es, schnell zu reagieren! Andernfalls steigt die Wahrscheinlichkeit, dass sie eskaliert. Handelt es sich um eine Situation, in der eine handgreifliche Auseinandersetzung eher unwahrscheinlich erscheint, dann genügt es manchmal schon, auf die Angegriffenen zuzugehen, ihnen die Hand zu reichen, mit ihnen ein Gespräch zu beginnen – und sie auf diese Weise sozusagen durch kluges Handeln aus der Situation herauszuholen. Sie könnten zum Beispiel einfach fragen, ob man irgendwie unterstützen kann. Manchmal kann es auch nützlich sein, sich selbst klar und deutlich zum Geschehen zu positionieren – also laut und deutlich (aber ruhig und freundlich) zu sagen, dass man diskriminierende oder abwertende Äußerungen und Handlungen ablehnt.

Auf diese Weise kann den von Rassismus oder anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit Betroffenen signalisiert werden: „Sie sind nicht allein! Ich unterstütze Sie!“ Und auch Angreifer*innen erhalten das Signal: „Ich bin nicht einverstanden, mit dem, was du hier tust!“ Sie sollten aber vermeiden, sich in längere Diskussionen verwickeln zu lassen – wichtiger ist es, sich den Betroffenen zuzuwenden.

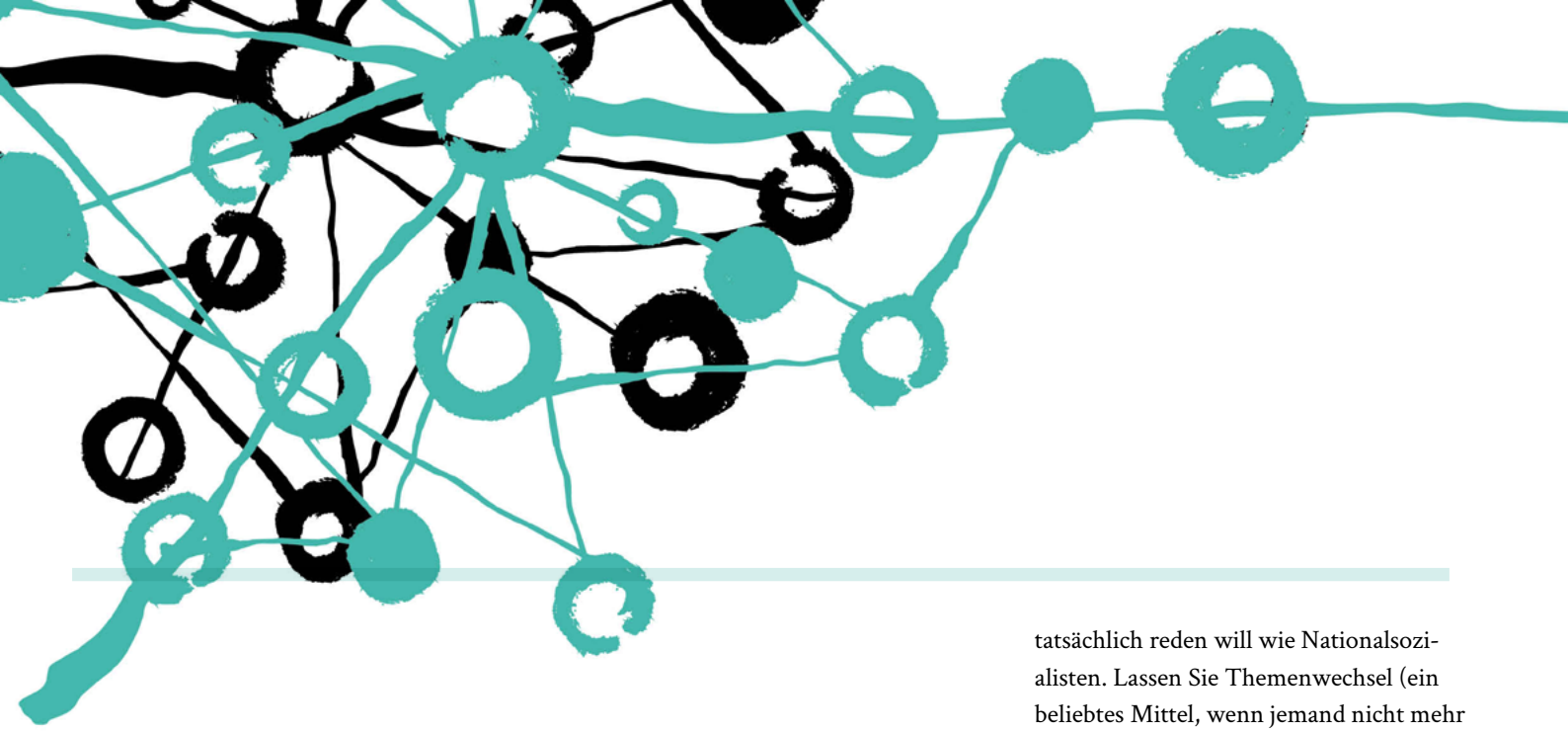
Auf andere Weise sollte man in Situationen reagieren, die als gefährlich eingeschätzt werden müssen oder bei denen Straftaten vorliegen. Das ist der Fall, wenn zum Beispiel jemand den Hitlergruß gezeigt hat (Verstoß gegen Paragraph 86a des Strafgesetzbuches – „Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen“). In solchen Situationen ist es ratsam, sich umgehend Hilfe von anderen zu holen (Passanten, in öffentlichen Verkehrsmitteln andere Passagiere oder Bus- und Straßenbahnfahrer*innen).

Sprechen Sie diese Personen direkt an. Ziehen Sie sie so in die Verantwortung („Sie da, in der gelben Jacke, können Sie bitte den Busfahrer rufen?“) Alarmieren Sie über Ihr Handy die Polizei. Bitten Sie andere Personen, für Zeugenaussagen zur Verfügung zu stehen. Um auf Situationen wie diese gut vorbereitet zu sein, bietet es sich an, an einem Handlungstraining teilzunehmen.

mehr zum Thema:

- „Zehn-Punkte-Plan für Zivilcourage“ als Plakat: www.augenauf.net/aktionen/zivilcourage.php

- Weitere Informationen und Handlungstrainings bieten beispielsweise www.gewaltakademie.de/trainings/trainingsformen oder www.kulturbuero-sachsen.de



Sie sitzen bei einer Familienfeier im privaten Kreis. Plötzlich beginnt ein älterer Onkel, sich lautstark darüber aufzuregen, dass für Flüchtlinge so viel Geld ausgegeben werde, dass für „die" viel mehr getan werde als für „unsere Rentner" und dass „die Politiker" ja eigentlich „Volksverräter" seien.

Rassistischen und diskriminierenden Aussagen sollte stets und umgehend mit Gegenwind, mit klaren Positionierungen und Argumenten begegnet werden. Geschieht dies nicht, hat es meist unangenehme Folgen: Personen wie dieser Onkel fühlen sich dann bestärkt, sehen sich als Vertreter einer vermeintlich schweigenden Mehrheit und nehmen sich noch mehr Raum. Auch bringt es in der Regel wenig, verschämt das Thema zu wechseln – rassistisches und diskriminierendes Schimpfen endet fast nie von allein.

Wenn genügend Zeit und Vertrauen da ist – egal ob im privaten Umfeld oder in beruflichen Situationen –, kann ein ruhiges Gespräch mit guten Argumenten dazu beitragen, dass Personen die menschenfeindlichen Aspekte ihrer Einstellungen überdenken oder gar ändern. Solche Gespräche sind einfacher zu führen, wenn man sich auf derartige Situationen gedanklich vorbereitet und eine klare Haltung entwickelt hat. Hilfreich sind zudem Argumentationstrainings, die von verschiedenen Organisationen angeboten werden (siehe unten).

Hier nur einige grundsätzliche Tipps: Seien Sie offen für die Sichtweisen Ihrer Gesprächspartner*innen (das heißt aber natürlich nicht, deren Ansichten zu teilen). Belehren Sie nicht, kanzeln Sie niemanden ab. Fragen Sie nach, zum Beispiel was das Gegenüber mit einer bestimmten Aussage genau meint oder wie einzelne Forderungen konkret umgesetzt werden sollen. Zeigen Sie Konsequenzen der häufig ja schnell dahergesagten Forderungen auf. Schimpft jemand, dass „alle Politiker unfähig" seien, dann könnten Sie rückfragen: „Welche Fähigkeiten müsste ein Politiker denn haben?" Im konkreten Fall könnten Sie nachfragen, ob Ihr Onkel denn Zahlen hat zu den Ausgaben für Flüchtlinge gegenüber Ausgaben für Altersrenten – bei solchen Themen ist ein Diskutieren auf der Faktenebene zumindest möglich.

Gegen irrationale oder wenig begründete Einstellungen hingegen sind sachliche, rationale Argumente oft wenig hilfreich. Gegen ein Wort wie „Volksverräter" ist beispielsweise ein inhaltliches Argumentieren schwierig. Hier sollte man zuallererst auf den Ursprung solcher Vokabeln hinweisen und den Onkel fragen, ob er tatsächlich reden will wie Nationalsozialisten. Lassen Sie Themenwechsel (ein beliebtes Mittel, wenn jemand nicht mehr weiter weiß) nicht zu. Besonders wirkungsvoll in Diskussionen ist es, wenn Sie persönliche Geschichten, Erfahrungen oder Anekdoten schildern. Kleine Scherze oder Selbstironie können das Gesprächsklima entspannen. Bleiben Sie stets ruhig, Sie sollten niemals (mit-)brüllen.

Im öffentlichen Raum oder in Vereinsräumlichkeiten kann es sinnvoll sein, durch das Aufhängen von Plakaten, Statements oder Leitbildern einige Pflöcke einzuschlagen: So wird dafür gesorgt, dass alle um den demokratischen Konsens der Einrichtung wissen und dass gegenteilige Aussagen nicht erwünscht und geduldet sind.

mehr zum Thema:

- Website der Amadeu-Antonio-Stiftung mit konkreten Tipps: www.belltower.news/artikel/stammtisch-ecke

- „Was tun, wenn andere hetzen" – Acht Tipps der Caritas: https://www.caritas.de/magazin/schwerpunkt/neue-gefahr-von-rechts/8-tipps-gegen-rechte-hetze

- Argumentationstrainings bieten zum Beispiel: www.netzwerk-courage.de oder www.gegen-argument.de

- Weitere Handreichungen und Gegenargumente in Buchform finden Sie auf Seite 42

Sie sind als Sozialarbeiter an einer Sekundarschule tätig. In einer Hofpause bemerken Sie, dass Schüler der 10. Klasse einigen Mädchen aus der neuen „Willkommensklasse", die Kopftücher tragen, diese ständig herunterziehen.

Es ist unerlässlich, rassistische Haltungen und Handlungen im schulischen Alltag zu thematisieren. In der genannten Situation ist es sehr wichtig, sowohl den Betroffenen als auch den sie belästigenden Schülern zu signalisieren, dass derartige Übergriffe nicht geduldet werden. Die Intervention muss von Parteilichkeit zugunsten der Betroffenen und von Solidarität mit ihnen geprägt sein.

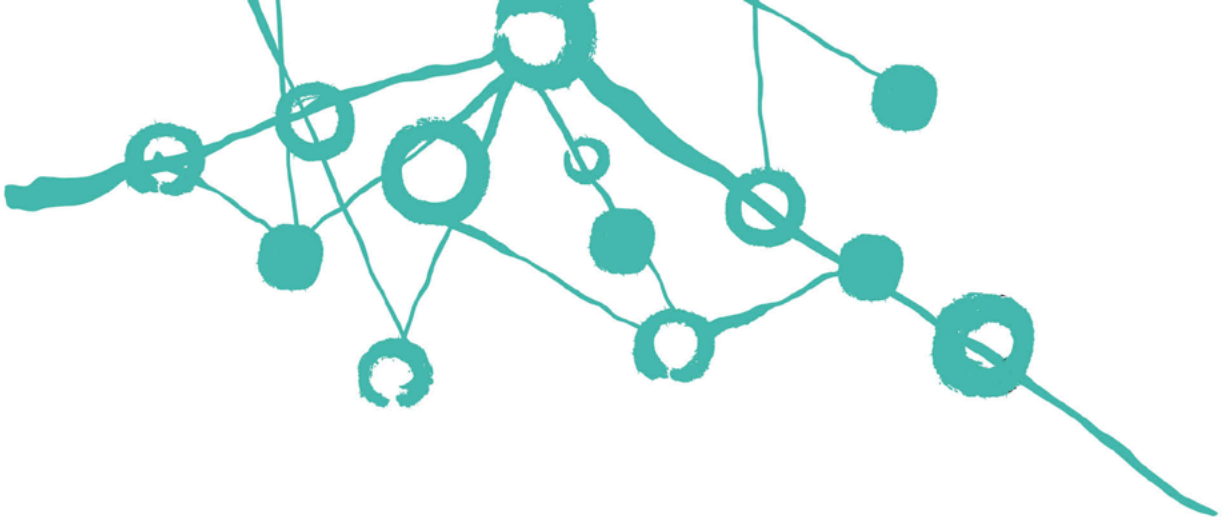
Einerseits sollten Gespräche mit den betroffenen Mädchen geführt werden: Im Mittelpunkt stehen dabei ihre Erlebnisse und Erwartungen – also die Frage, welches Vorgehen sie sich wünschen und was sie zu der Bewältigung des Übergriffs brauchen würden. Möchten sie Teil der Gespräche mit den Schülern sein, die sie angegriffen haben? Würden sie einen direkten Kontakt wünschen, falls sie ihre Tat aufrichtig bedauern? Brauchen sie Beratung und Unterstützung spezialisierter Fachstellen (z.B. Beratungsstellen für Opfer rassistischer Gewalt)? Zudem sollte den Betroffenen versichert werden, dass derartiges Verhalten künftig unterbunden und zu Konsequenzen führen wird. Da es offensichtlich Probleme in der Schule gibt, sollte die Situation auch gleich dazu genutzt werden, über sonstige Erfahrungen ins Gespräch zu kommen: Welche Erlebnisse gehören zum schulischen Alltag der Schülerinnen?
Im Gespräch mit den Schülern, die für die Übergriffe verantwortlich sind, sollte einerseits versucht werden, Hintergründe, Gesinnungen und Motivationen auszuloten. Ein solches Gespräch sollte dialogisch angelegt sein und keinen Tribunalcharakter haben. So können die Schüler ihre Sicht auf die Tat äußern und ihre Handlungen erklären; die verantwortlichen Fachkräfte bekommen gleichzeitig die Möglichkeit zu intervenieren und zu einer Haltungsänderung beizutragen. Jedenfalls sollte man mit den Schülern direkt sprechen, ohne die (Schul-)Öffentlichkeit einzubeziehen. So können sie ihr Verhalten überdenken, ohne am Pranger zu stehen und möglicherweise deshalb Trotzreaktionen zu entwickeln. Andererseits sollten mögliche Sanktionen (die im Kollegium der Lehrer*innen und evtl. Erzieher*innen zu diskutieren sind) nicht verschwiegen werden. Sanktionen sollten verhältnismäßig und an einem Lerneffekt ausgerichtet sein. Überlegen Sie, was es neben einem Eintrag ins Klassenbuch oder dem Elternbrief als begleitende Maßnahme geben könnte. Sollte beispielsweise zu einem Elternabend eingeladen werden? Zu überlegen ist, inwieweit die Polizei in den Unterricht eingeladen wird, um über Straftaten und -zumessung zu sprechen – hier wäre das Ziel eine abschreckende Wirkung. Sollten alle pädagogischen Maßnahmen nicht helfen und es auch weiterhin zu rassistischen Taten kommen, sind auch eine Strafanzeige oder Schuldisziplinarmaßnahmen wie Versetzung an eine andere Schule zu erwägen.

Jenseits des konkreten Ereignisses sollten Sie eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit Rassismus an der Schule anregen (unter Einbeziehung von Lehrkräften, Eltern und Schüler*innen). Hierfür ist es in der Regel hilfreich, externen Rat zu suchen, etwa Mobilen Beratungsteams oder bei Projekten wie „Schule ohne Rassismus". Initiieren Sie langzeitpädagogische Maßnahmen und Projekte und versuchen Sie auch Lehrer*innen und Eltern zu motivieren, sich mit dem Thema auseinanderzusetzen – denn das erwachsene Umfeld der Kinder ist bestimmt ebenfalls nicht frei von Rassismen und Menschenfeindlichkeit.

Schulen und andere Einrichtungen verfügen häufig über Leitbilder. Diese fassen Haltungen und Positionen in Worte, in unserem Fall könnte und sollte beispielsweise deutlich gemacht werden, dass zur Religionsfreiheit auch der wertschätzende Umgang mit den Symbolen von Religiosität gehört und dass sich dies auf alle Religionen bezieht. Falls Ihre Einrichtung sich noch kein Leitbild gegeben hat, sollten Sie das nachholen. Außerdem verfügen alle Schulen über eine Hausordnung. In ihr kann ein Verbot diskriminierender und rassistischer Äußerungen verbindlich verankert werden – so können Sie diese bei Verstößen besser zurückweisen.

mehr zum Thema:

- grundsätzliche Hinweise und zahlreiche Materialien: www.schule-ohne-rassismus.org
- Beispiele für wertegeleitete Hausordnungen: www.demokratieundvielfalt.de/wp-content/uploads/2016/09/Hausordnungen-gegen-Rechtsextremismus.pdf
- Zahlreiche Praxisbeispiele und Tipps finden Sie auch in den Broschüren „Wo wenn nicht hier?" (unter www.kulturbuero-sachsen.de/index.php/dokumente/handreichungen.html) und „Schule in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus" (http://www.raa-brandenburg.de/Publikationen-Materialien)



... wenn Mitarbeiter*innen oder Ehrenamtliche angefeindet werden?

Eine ältere Frau, seit vielen Jahren ehrenamtlich in Ihrem Verband aktiv, berichtet von einem Gespräch unterm Weihnachtsbaum: Ihre Schwester habe ihr gedroht, wenn sie weiter Deutschunterricht für Flüchtlinge gebe, gehöre sie nicht mehr zur Familie – und könne das nächste Weihnachten woanders feiern.

Betroffene sollten mit solchen Erlebnissen keinesfalls alleingelassen werden – die Frau in diesem Fallbeispiel benötigt mit Sicherheit Entlastung und Anerkennung für die ehrenamtliche Arbeit. Wenn sie es noch nicht getan hat, sollte sie sich (sofern vor Ort vorhanden) einer Initiative oder einem Verein anschließen, der sich für geflüchtete Menschen einsetzt. Dort – oder auch initiativenübergreifend – kann ein Ehrenamtscafé oder ein Ehrenamtsstammtisch die Möglichkeit bieten, über eigene Erfahrungen zu sprechen und sich mit anderen Engagierten auszutauschen.

Positive Einstellungen gegenüber Flüchtlingshelfer*innen können auch durch öffentlichkeitswirksame Maßnahmen gestärkt werden – und dies erreicht indirekt möglicherweise auch die Schwester der hier Betroffenen. Denkbar sind Feste und Veranstaltungen, bei denen das Engagement für Flüchtlinge mit Interessen wie Sport und Kultur gekoppelt wird und somit viele Menschen erreicht werden. Andere Möglichkeiten wären eine Einladung des Bürgermeisters zu einem Empfang für Engagierte in der Flüchtlingsarbeit und ein Bericht darüber im Amtsblatt, ebenso Kampagnen, in denen sich lokale Prominente (Bürgermeister*innen, ein allseits anerkannter Gewerbetreibender) oder gar überregional bekannte Prominente (Stars und Moderator*innen aus Funk und Fernsehen, Politiker*innen) zum Thema in Interviews, auf Plakaten oder Veranstaltungen äußern.

Auch für hauptamtliche Kolleg*innen der Flüchtlingsarbeit sollte es regelmäßige Supervisionen oder die Möglichkeit der kollegialen Fallberatung geben, um Probleme und Bedarfslagen abzufragen und zu bearbeiten.

Wenn Ehrenamtliche oder Mitarbeitende Opfer von Straftaten werden (Beleidigung, Nötigung, Körperverletzung etc.), dann sollten in jedem Falle Anzeigen erstattet werden. Weil die Täter bzw. deren Anwälte im Laufe des Verfahrens Akteneinsicht erhalten, sollte dafür nicht die Privatadresse, sondern die Dienstanschrift des Trägers als ladungsfähige Adresse genutzt werden. Beratungsstellen für Betroffene rechter Gewalt (www.verband-brg.de) stehen hier vertraulich mit Rat und Tat zur Seite.

mehr zum Thema:

- Eine Argumentationshilfe finden Sie im Leporello „Gute Gründe, sich für Flüchtlinge zu engagieren": www.caritas-gute-gruende.de

- Online-Landkarten mit lokalen Flüchtlingsinitiativen gibt es zum Beispiel hier: www.willkommensnetz.campact.de/ oder www.proasyl.de/ehrenamtliches-engagement/

- Bei der Vermittlung von Prominenten, die sich solidarisch zeigen, hilft beispielsweise die Stiftung gegen Rassismus: www.stiftung-gegen-rassismus.de/projekte/prominent-gegen-rassismus/wir-machen-mit

... wenn Sie in Ihrer Einrichtung, Ihrem Verband oder Ihrem Team mit Antisemitismus oder Rassismus konfrontiert sind?

Frühstückspause im Pausenraum eines Pflegeheims, bei einem Gespräch über die weltweite Finanzkrise äußert eine Kollegin die antisemitische Verschwörungstheorie, dass daran ja „die Juden" schuld seien, die im Übrigen schon seit Jahrhunderten Krisen provozierten, um daran zu verdienen.

Auch hier gilt: Nicht zu widersprechen, bedeutet Zustimmung – die Mitarbeiterin wird sich in ihrer Position bestätigt fühlen. Die Kollegin in der geschilderten Situation ist vermutlich niemand mit einem geschlossenen antisemitischen Weltbild. Hier handelt es sich offenbar eher um eine Reproduktion antisemitischer Fragmente, was häufig unbewusst oder auch unbeabsichtigt geschieht. Dadurch werden derartige Haltungen bzw. Äußerungen aber nicht harmlos, denn dahinter verstecken sich ebenfalls unreflektierte Vorurteile/Ansichten, die unbedacht weitergetragen werden. Der Unterschied zwischen einem Fragment und einer geschlossenen Ideologie zeigt sich beispielsweise daran, wie wichtig solche Äußerungen für die jeweilige Person letztlich sind.

Sind Sie mit einer antisemitischen oder anderweitig problematischen Aussage konfrontiert, dann äußern Sie Ihr Gefühl dazu und positionieren Sie sich, damit Ihre Einstellung zu diesem Sachverhalt deutlich wird. Eine Reaktionsmöglichkeit wäre beispielsweise, dass Sie schlicht sagen: „Moment, solche Aussagen finde ich problematisch!" Oder benennen Sie die Äußerung als das, was sie ist: eine antisemitische Verschwörungstheorie.

Noch besser ist es, mit offenen Fragen eine Diskussion anzuregen – sowohl über die Aussage als auch darüber, was dahinterstecken könnte. Fragen könnten sein: Wie meinst Du das genau? Warum glaubst Du an solche Mythen? Was weißt Du eigentlich über „die Juden"? Kennst Du einen Juden/eine Jüdin? Warum erzählst Du einen solchen Unsinn? Was gibt es Dir, daran festzuhalten?

Sollte jedoch die Kolleg*in ihre Position vehement verteidigen, sollten Sie die Sache zeitnah im Team thematisieren. Wenn Sie den Eindruck haben, dass die antisemitische Äußerung Ausdruck eines geschlossenen rechtsextremen Weltbildes ist, müssten gemeinsam mit der Teamleitung weitere Schritte und in letzter Konsequenz evtl. auch eine Strafanzeige überlegt werden. Antisemitismus hat eine lange Geschichte und äußert sich heutzutage häufig in Anspielungen, versteckten Botschaften und nicht eindeutig als antisemitisch erkennbaren Aussagen. Eine verbands- oder teaminterne Fortbildung und/oder fallbezogene Beratung kann sehr sinnvoll sein.

mehr zum Thema:

- Ein möglicher Partner für Beratungen und Fortbildungen ist das Kompetenzzentrum für Prävention und Empowerment der ZWST: www.zwst-kompetenzzentrum.de

- Broschüre des Bremer Demokratiezentrums „Aufdecken – Rechte Gefährdung am Arbeitsplatz": www.demokratiezentrum.bremen.de/publikationen-2046

- Themenschwerpunkt der Bundeszentrale für Politische Bildung zu Verschwörungstheorien und deren Attraktivität: www.bpb.de/210325

- Handliches Faltblatt mit Hinweisen für die generelle Haltung in heiklen Gesprächen: www.diakonie-mitteldeutschland.de/publikationen_naechstenliebe_verlangt_klarheit_de.html

Sie sind Mitarbeiterin eines Pflegedienstes – und von Kolleginnen und Kollegen kommen immer wieder rassistische, homophobe oder anderweitig menschenfeindliche Bemerkungen. Persönliche Ermahnungen und die Thematisierung auf einer Betriebsversammlung haben nichts geändert.

Ob rechtsextreme und rassistische Positionen den Ton in einer Einrichtung oder einem Betrieb angeben, hängt nicht zuletzt davon ab, wie viele Leute diesen Positionen widersprechen und wie klar und deutlich sie das tun. Umso wichtiger ist es, nicht allein zu handeln, sondern sich innerhalb oder außerhalb des Betriebs oder der Einrichtung Unterstützung und Hilfe zu suchen. Innerhalb des Betriebs sind die Leitungsebene sowie der Betriebsrat und die Jugend- und Auszubildendenvertretungen dafür verantwortlich, ein diskriminierungsfreies Klima zu fördern, Ungleichbehandlung wahrzunehmen und dagegen vorzugehen.

Wenden Sie sich daher an Ihren Arbeitgeber und prüfen Sie, inwieweit dieser bereit ist, sich mit dem Thema auseinanderzu-

setzen. Suchen Sie sich innerhalb Ihres Anstellungsträgers Verbündete, etwa im Betriebsrat oder in anderen Belegschaftsgremien oder bei Gleichstellungs- oder Anti-Diskriminierungs-Beauftragten. Prüfen Sie, ob in Ihrem Unternehmen rechtliche Grundlagen wie das Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG) und das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) zur Herstellung eines diskriminierungsfreien Arbeitsklimas zur Anwendung gebracht werden. Überprüfen Sie inwieweit Ihr Unternehmen über Ethikregeln und Compliance verfügt, auf die Sie sich mit Ihrem Anliegen beziehen können.

Sollten in Ihrem Unternehmen keine Erfahrungen in der Nutzung dieser Instrumente vorliegen und Ihr Arbeitgeber kein Interesse zeigen, Sie in Ihrem Anliegen zu unterstützen, können Sie sich an die bundesweit tätigen Mobilen Beratungsteams wenden. Diese können speziell für Ihren Pflegedienst ein auf Ihre Problematik zugeschnittenes Fortbildungsangebot entwerfen und mit Ihnen und Ihren Kolleg*innen ins Gespräch kommen, um die Entwicklung eines diskriminierungsfreien Arbeitsklimas zu fördern und zum Beispiel dafür zu sensibilisieren, was Diskriminierung mit den Betroffenengruppen macht.

Sinnvoll ist es auch, bereits bei Azubis in der Ausbildung diese Themen anzusprechen, die Standards Ihres Unternehmens zu kommunizieren und für eine ethische und menschenrechtsorientierte Unternehmenskultur zu werben. Sind Sie bei einem konfessionell gebundenen Arbeitgeber angestellt, dann empfiehlt sich die Unterstützung bei der ökumenisch aufgestellten Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche & Rechtsextremismus (BAG K+R), die zahlreiche Argumentationshilfen und Gesprächskreise speziell mit theologischen Interpretationen bereithält.

mehr zum Thema:

- Zum Selbstverständnis der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege: www.bagfw.de/ueber-uns/freie-wohlfahrtspflege-deutschland/selbstverstaendnis/

- Fortbildungsangebote vermittelt: www.bundesverband-mobile-beratung.de/kontakte

- Ein möglicher Partner für Fortbildungen: www.zwst-perspektivwechsel.de

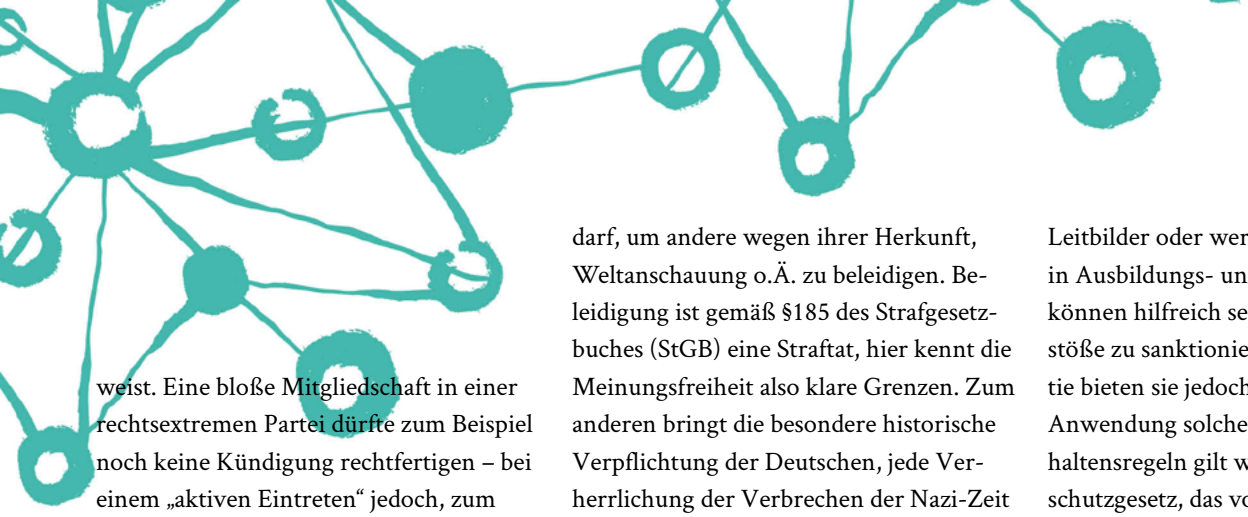
- Themenheft für Azubis, das im Rahmen des Projektes „In einer coolen Demokratie leben" gemeinsam mit der IG BCE entwickelt wurde: www.kulturbuero-sachsen.de/images/PDF/faltblatt_cooleDemokratie_web.pdf

Sie arbeiten in der Leitungsebene einer sozialen Organisation. Aus der Öffentlichkeit bekommen Sie den Hinweis, dass sich einer Ihrer Mitarbeiter auf Facebook regelmäßig und sehr rabiat rassistisch und sozialdarwinistisch äußert.

Suchen Sie zunächst das persönliche Gespräch mit dem betreffenden Mitarbeiter. Bemühen Sie sich, einen persönlichen Zugang zu finden. Fragen Sie nach den Beweggründen für die Äußerungen. Wichtig ist, dass ein solches Gespräch in einer offenen Atmosphäre stattfindet: Ressentiments können nicht bearbeitet werden, wenn Mitarbeiter*innen Angst haben zu sagen, was sie denken. Allerdings ist es möglich, Ressentiments in einer Weise klar zu widersprechen, die auf der persönlichen Ebene respektvoll ist und zwischen der abzulehnenden Meinung und der wertzuschätzenden Person trennt. Menschen muss immer die Möglichkeit zur Umkehr gegeben werden. Stets muss aber klar sein: Diskriminierende Äußerungen dürfen nicht unwidersprochen bleiben.

Für das genaue Vorgehen ist es zudem wichtig zu unterscheiden, an welcher Stelle der Mitarbeiter tätig ist. Hat er eine herausgehobene Stellung und wird er in der Öffentlichkeit mit Ihrem Verband identifiziert, dann sind stärkere Konsequenzen in Betracht zu ziehen. In diesem Fall weisen Sie darauf hin, dass er eine Vorbildfunktion hat und den Verband repräsentiert. Machen Sie deutlich, dass seine Äußerungen den Grundwerten Ihres Verbandes und dem Leitbild zuwiderlaufen und warum. Wenn sich Ihr Verband/Ihre Einrichtung noch kein Leitbild o.Ä. gegeben hat, sollten Sie dies schleunigst nachholen.

Erst wenn all dies keinen Erfolg zeigt, können auch arbeitsrechtliche Konsequenzen erwogen werden. Allerdings sind die Hürden hier – aus gutem Grunde – hoch. Außerdienstliches Verhalten darf zwar grundsätzlich keine arbeitsrechtlichen Folgen haben. Allerdings hat ein Mitarbeiter als vertragliche Nebenpflicht auch außerhalb seines Arbeitsverhältnisses auf die berechtigten Interessen seines Arbeitgebers Rücksicht zu nehmen. Arbeitsrechtliche Konsequenzen sind dann möglich, wenn das Verhalten einen Bezug zur dienstlichen Tätigkeit auf-



weist. Eine bloße Mitgliedschaft in einer rechtsextremen Partei dürfte zum Beispiel noch keine Kündigung rechtfertigen – bei einem „aktiven Eintreten“ jedoch, zum Beispiel aktiver Wahlkampfhilfe oder einem Redebeitrag auf einer rechtsextremen Kundgebung, könnten arbeitsrechtliche Sanktionen möglich sein.

Eine rechtsextreme Äußerung in der Öffentlichkeit oder ein Bekenntnis zu einer rechtsextremen Organisation rechtfertigt im Regelfall keine Abmahnung oder gar Kündigung, hier würden Arbeitsgerichte sicherlich der Meinungsfreiheit Vorrang einräumen. Dies gilt aber nur, solange eine konkrete Meinungskundgabe nicht gegen geltendes Recht verstößt. Das bedeutet zum einen ganz allgemein, dass niemand die Meinungsfreiheit missbrauchen darf, um andere wegen ihrer Herkunft, Weltanschauung o.Ä. zu beleidigen. Beleidigung ist gemäß §185 des Strafgesetzbuches (StGB) eine Straftat, hier kennt die Meinungsfreiheit also klare Grenzen. Zum anderen bringt die besondere historische Verpflichtung der Deutschen, jede Verherrlichung der Verbrechen der Nazi-Zeit unzweideutig zu unterbinden, eine in vielerlei Hinsicht strengere Gesetzeslage mit sich als in vielen anderen europäischen Ländern. In Deutschland ist es etwa bei Strafe verboten, den Holocaust zu leugnen (§ 130 Abs. 3 StGB) oder Nazisymbole wie etwa das Hakenkreuz zu verwenden (§ 86a StGB). Derlei rechtfertigt im Einzelfall mitunter sogar eine fristlose Kündigung, wie jede andere Straftat auch. Gleiches gilt für das „Aufstacheln zum Hass“ gegen Teile der Belegschaft, z.B. wegen ihrer Religion oder ihrer ethnischen Herkunft, denn das erfüllt in Deutschland den Tatbestand der Volksverhetzung (§ 130 Abs. 1 StGB).

Leitbilder oder wertegebundene Passagen in Ausbildungs- und Arbeitsverträgen können hilfreich sein, um eventuelle Verstöße zu sanktionieren. Eine Erfolgsgarantie bieten sie jedoch nicht. Und auch bei Anwendung solcher Klauseln und Verhaltensregeln gilt weiter das Kündigungsschutzgesetz, das vor einer Kündigung (u.U. anders bei Straftaten) prinzipiell eine Abmahnung verlangt. Wichtiger als alle juristischen Fragen ist aber letztlich: Wer den sozialen und demokratischen Auftrag seines Hauses ernst nimmt, sorgt für eine Atmosphäre, in der sich Rechtsextreme nicht wohlfühlen.

mehr zum Thema:

- Handreichung des Paritätischen Gesamtverbandes u.a. mit Informationen zum Arbeitsrecht: www.der-paritaetische.de/schwerpunkte/vielfalt-ohne-alternative/wahrnehmen-deuten-handeln/

- Beispielhafter Verhaltenskodex des Chemieunternehmens BASF: www.basf.com/de/company/about-us/management/code-of-conduct.html

Ihr Verband betreibt eine Schuldnerberatungsstelle. Eines Tages kommt ein Mann zu Ihnen, den Sie aus der Lokalpresse als rechtsextremen Reichsbürger kennen. Nun sucht er bei Ihnen Unterstützung in Finanzangelegenheiten.

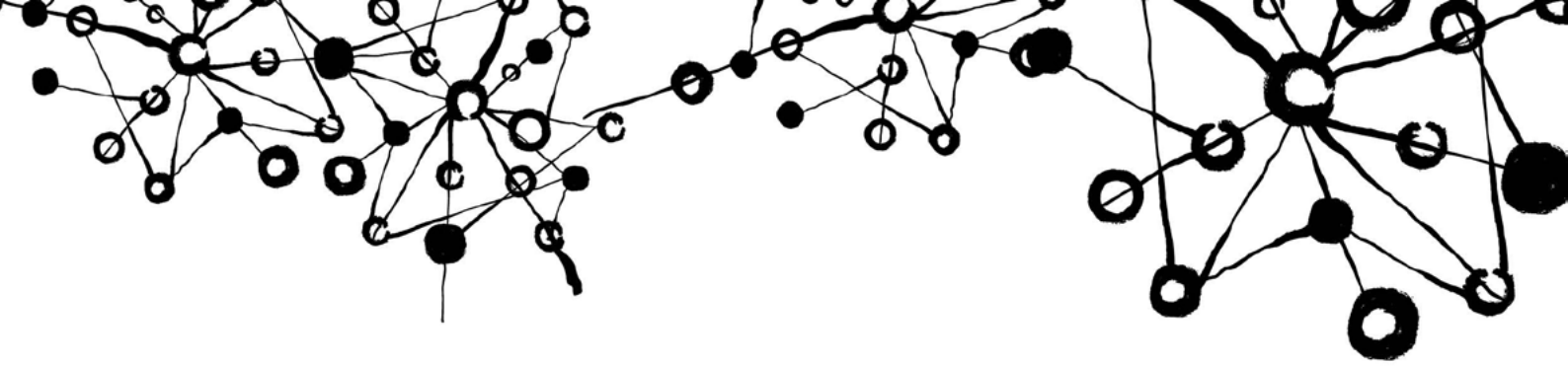
Für die meisten Wohlfahrtsverbände ist es oberstes Gebot, dass ihre Angebote allen Bedürftigen zur Verfügung stehen – vermutlich ist es auch bei Ihnen so. Umgekehrt dürfte klar sein, dass Sie in Ihrer Einrichtung abwertende Bemerkungen oder das Verbreiten politischer Botschaften nicht dulden. Wenn die Person dergleichen unterlässt, sie also weder durch Kleidung, Sprüche oder andere Handlungen auffällt, die Normen, Werte und Regeln verletzen, dann besteht keine unmittelbare Handlungsnotwendigkeit. Es steht Ihnen aber natürlich frei, der ratsuchenden Person nüchtern mitzuteilen, dass Sie deren Orientierung und Verhalten in der Stadt/im Ort nicht teilen – aber Sie trotzdem beraten. Ist Ihnen dies aus persönlichen Gründen nicht möglich, dann sprechen Sie dieses im Kollegium an und versuchen Sie den Fall abzugeben.

Egal wie Sie reagieren, behalten sie immer potenziell Betroffene von Diskriminierung und rechter Gewalt im Auge. Mitarbeitende beispielsweise mit Migrationsgeschichte, die bekannte Neonazis nicht beraten wollen, sollten Ihre volle Unterstützung erhalten. Andere Klient*innen sollten per Terminvergabe und organisatorische Absprachen von organisierten Neonazis und Reichsbürgern getrennt werden. Einerseits um schon im Ansatz zu verhindern, dass die Beratungsstelle zum Ort politischer Agitation werden kann. Andererseits um die Räumlichkeiten für (potenziell) Betroffene von Diskriminierung nicht zur Angstzone werden zu lassen.

mehr zum Thema:

- Informationen des Verfassungsschutzes Sachsen-Anhalt zur sogenannten „Reichsbürgerbewegung“: www.mi.sachsen-anhalt.de/verfassungsschutz/themenfelder/reichsbuergerbewegung

- Broschüre der Amadeu-Antonio-Stiftung: www.amadeu-antonio-stiftung.de/aktuelles/2014/wir-sind-wieder-da-die-gefaehrlichen-reichsbuerger/



Ein fünfjähriger Junge kommt mit einem Thor-Steinar-Pullover in die Kita. Auf die Beliebtheit der Marke in extrem rechten Kreisen angesprochen, antwortet die Mutter, das sei doch wohl ihre Privatsache.

Wohl keine andere Kleidungsmarke wurde in den vergangenen Jahren so heftig diskutiert wie Thor Steinar. Sie bietet mit zahlreichen Aufschriften, Motiven und Symbolen auf Jacken, T-Shirts, Pullovern etc. positive Identifikationsmöglichkeiten mit nationalsozialistischer Ideologie oder nordischer Mythologie, die als implizite Aufwertung der „weißen Rasse“ verstanden werden kann. Dementsprechend ist sie nur in bestimmten Bekleidungsgeschäften zu bekommen, Käufer*innen und Träger*innen von Produkten der Marke sind sich der Bedeutung daher in der Regel bewusst.

Das Oberlandesgericht Dresden (OLG) urteilte am 12.02.2008, dass der Name der Bekleidungsmarke „Thor Steinar“ an den Namen des SS-Obergruppenführers und Generals der Waffen-SS Felix Martin Julius Steiner angelehnt sei und die in der Mitte des Firmenemblems verwendeten Runen von der 32. SS-Freiwilligen-Grenadier-Division „30. Januar“ bzw. der 34. SS-Freiwilligendivision „Landstorm Nederland“ als Kennzeichen benutzt wurden (Quelle: OLG Dresden, Urteile vom 12.02.2008, Az.: 3 Ss 89/06 und 3 Ss 375/06). Aus diesem Grunde ist das Tragen von Thor-Steinar-Produkten zum Beispiel im Deutschen Bundestag sowie in zahlreichen Fußballstadien verboten.

Mit diesem Wissen können Sie im Gespräch formulieren, dass für Sie in dieser Bekleidungsmarke eine mangelnde Distanz zum Nationalsozialismus deutlich wird. Es geht dabei um Ihre Deutung und Haltung und die Ihrer Einrichtung. Und die festgeschriebene Wertehaltung gilt es zu wahren. Eine entsprechende Hausordnung gibt bei eventuellen Auseinandersetzungen Rückhalt.

Bitten Sie im konkreten Fall die Mutter, dass sie ihr Kind umzieht. Dem Jungen wird sich die Diskussion nicht erschließen; er findet den Pullover vielleicht schön, wurde er doch vermutlich von den Eltern oder anderen geliebten Personen gekauft. Versuchen Sie dem Kind altersgerecht zu erklären und zu verdeutlichen, dass es nicht gegen das Kind geht und auch nicht gegen die Eltern. Sondern dass Dinge, die auf dem Pullover stehen oder mit ihm zu tun haben, gegen Regeln verstoßen, die in Ihrer Einrichtung gelten – und dass es Regeln gibt, ist einem fünfjährigen Jungen nicht unbekannt.

Eine Hausordnung, auf deren Grundlage man seine Vorgehensweise bekräftigt, könnte beispielsweise lauten: „Unser Haus steht für ein gewaltfreies, demokratisches Miteinander und die Achtung der Menschenwürde, unabhängig von Nationalität, sozialer Herkunft, religiöser Überzeugung und sexueller Orientierung. Das heißt für uns, dass Erscheinungsformen von Rassismus, Antisemitismus, Diskriminierung, Verherrlichung oder mangelnder Distanz zum Nationalsozialismus in Form von Aussagen, Kleidung, Symbolen, Tattoos, Schmuck oder Musik in unserem Hause keinen Platz haben.“

mehr zum Thema:

- Hintergrundinformationen zur Marke: www.bell-tower.news/category/lexikon/thor-steinar

- Lifestyle, Symbole und Codes von Neonazis und extrem Rechten: www.dasversteckspiel.de.

- Handreichung für Kindertagesstätten im Umgang mit Rechtsextremismus“: www.amadeu-antonio-stiftung.de/aktuelles/2012/demokratie-ist-kein-kindergeburtstag/

- Hausordnungsvorschläge finden Sie auch in der Broschüre „Wo, wenn nicht hier?“: www.kulturbuero-sachsen.de/index.php/dokumente/handreichungen.html

... mit rechtspopulistischen Parteien und ihren Funktionsträger*innen?

Vor der anstehenden Landtags- oder Bundestagswahl veranstaltet Ihr Verband seit vielen Jahren gemeinsam mit anderen Verbänden eine Podiumsdiskussion zur Sozialpolitik. NPD-Kandidaten waren bisher bewusst ignoriert worden, erstmals kandidiert in diesem Jahr die AfD. Nach dem Scheitern des NPD-Verbotsverfahrens beantragt in der Vorbereitungsrunde nun jemand, diesmal auch Vertreter dieser beiden Parteien einzuladen.

In einigen Verbänden gibt es Grundsatzbeschlüsse, denen zufolge Vertreter*innen von rechtsextremen, rechtspopulistischen, nationalistischen oder rassistischen Parteien generell keine Gesprächspartner sind. Gilt dies nicht für alle Veranstalter der Podiumsdiskussion, dann sollten Sie dreistufig vorgehen.

Erstens: Sprechen Sie mit der Vorbereitungsrunde darüber, was die Gründe waren, warum Sie die NPD in den vergangenen Jahren vom Podium ausgeschlossen hatten. Holen Sie sich diese Argumentationen wieder ins Bewusstsein. Hatten Sie keine inhaltlichen Begründungen, sondern lediglich z.B. den Verweis darauf, dass die NPD vom Verfassungsschutz beobachtet wird, dann erarbeiten Sie im Vorbereitungskreis inhaltliche Ausschlussgründe. Hierfür eigenen sich beispielsweise das Parteiprogramm, Anträge von NPD-Parlamentariern oder öffentliche Reden von Funktionären, z.B. auf Kundgebungen und Demonstrationen. So festigen Sie die Haltung in der Vorbereitungsgruppe, auch weiterhin am Ausschluss der NPD festzuhalten – und entgehen so (zumindest in Bezug auf die NPD) dem Argument, alle nicht-verbotenen und demokratisch gewählten Parteien müssen eingeladen werden.

Zweitens: Wenden Sie sich dem Umgang mit der AfD zu. Zunächst sollten Sie sich bewusstmachen, dass Sie als Verband – im Unterschied etwa zu Behörden oder öffentlich-rechtlichen Rundfunksendern – immer die Freiheit haben einzuladen, wen Sie wollen. Sie können also souverän über die Besetzung Ihres Podiums entscheiden. Nun schauen Sie auf die Inhalte der AfD. Setzen Sie sich – dem Thema der geplanten Veranstaltung entsprechend – im Detail mit der Sozialpolitik der AfD auseinander, deren Positionen Sie im Landesprogramm oder im Parteiprogramm der Bundes-AfD oder in öffentlichen Stellungnahmen wichtiger Parteivertreter finden können. Erkundigen Sie sich auch nach den Positionen von AfD-Politiker*innen aus Ihrer Region zu diesem Thema. Ihre Leitfrage sollte sein: Hat die AfD Positionen zur Sozialpolitik, die für unser diesjähriges Podiumsthema relevant sind? Fördern diese Positionen ein diskriminierungsfreies Klima in der Gesellschaft? Oder sind sie beispielsweise von chauvinistischen (Sozialpolitik für die angestammte Bevölkerung) oder nationalistischen/völkischen (Kindergeld nur für „deutsche“ Mütter, Sozialwohnungsbau nur für Deutsche etc.) Vorstellungen geprägt, die Ihren Werten widersprechen? Entscheiden Sie, ob Sie mit Vertretern einer Partei, die diese Positionen zur Sozialpolitik vertreten, eine Diskussionsgrundlage haben.

Drittens: Diskutieren Sie im Vorbereitungskreis gründlich darüber, was genau das Ziel der geplanten Veranstaltung ist. Erfahrungen mit AfD-Vertreter*innen auf Podien zeigen, dass sich solche Veranstaltungen schnell dahin entwickeln, dass sich alle Teilnehmer*innen vor allem an provokant vorgetragenen AfD-Positionen abarbeiten – und das eigentliche Thema, in Ihrem Falle eine konstruktive Diskussion über Sozialpolitik, in den Hintergrund gerät.

Falls Mitglieder Ihres Verbandes dafür eintreten, die AfD einzuladen, dann fragen Sie nach, warum ihnen das wichtig ist und bitten Sie um eine inhaltliche Begründung dieses Wunsches.

mehr zum Thema:

- Position des Bundesverbands AWO zum Umgang mit der AfD: www.awo.org/umgang-mit-der-partei-alternative-fuer-deutschland-afd

- Interview mit dem Landesgeschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Sachsen: www.parisax.de/aktuelles/detail/news/wie-umgehen-mit-der-afd-michael-richter-im-interview-mit-dem-magazin-corax/

- Unterstützung bei der Vorbereitung von Veranstaltungen wie der genannten geben die Mobilen Beratungsteams, die es auch in Ihrem Bundesland gibt: www.bundesverband-mobile-beratung.de/angebote/vor-ort/

... wenn Ihre Organisation

von Rechtsextremen angegriffen wird?

Ihr Verband wird Träger einer Flüchtlingsunterkunft in der Kreisstadt. Nachdem die Pläne bekanntwerden, formiert sich eine sogenannte „Bürgerinitiative Nein zum Heim", deren Vertreter auf Anwohnerversammlungen aggressiv Fragen stellen und jeweils montags zu Mahnwachen vor dem Gebäude der geplanten Unterkunft aufrufen.

Bei derartigen Plänen sollten Sie nie passiv abwarten, bis Informationen über die Einrichtung einer Flüchtlingsunterkunft in der Öffentlichkeit bekanntwerden – sondern selbst aktiv Öffentlichkeitsarbeit gestalten (Faltblätter verteilen, Informationen im Amtsblatt und in der Presse, Veranstaltungen). Großveranstaltungen sind aber – selbst bei guter Moderation – lediglich dazu geeignet, grundlegende Informationen (Zahl der geplanten Bewohner*innen, Träger, Soziale Arbeit in der Unterkunft und im Gemeinwesen, Sicherheitskonzept etc.) zu kommunizieren. Aber selbst da ist häufig eine aggressive Stimmung zu beobachten. Eine gute Vorbereitung aller Podiumsteilnehmer und klare Absprachen mit ihnen erleichtern die Reaktion. Zu Beginn der Veranstaltung sollten Gesprächsregeln verlesen und beispielsweise klargemacht werden, dass diskriminierender Sprachgebrauch nicht toleriert wird.

Wenn Sie als Träger der Unterkunft mit den Anwohner*innen ins Gespräch kommen wollen, bieten sich kleinere Runden an: Gehen Sie auf die im Wohngebiet liegende(n) Kirchgemeinde(n), Schulen, Vereine zu, nutzen Sie die lokale Presse oder laden Sie die unmittelbaren Nachbarn ein. Achten Sie darauf, dass die Perspektive der geflüchteten Menschen ausreichend Berücksichtigung findet. Ist die Atmosphäre sehr aufgeladen, kann diese Perspektive von der Flüchtlingssozialarbeit eingebracht werden, andernfalls können Geflüchtete auch für sich selbst sprechen.

Schauen Sie, ob es bereits eine Willkommensinitiative vor Ort gibt oder ob sich Menschen für Geflüchtete engagieren wollen. Geben Sie diesen Gruppen die Möglichkeit, sich bei Ihren Veranstaltungen vorzustellen. Vor dem Einzug der geflüchteten Menschen können Sie auch für die Nachbarschaft einen Tag der offenen Tür anbieten. So können sich die Anwohner*innen ein eigenes Bild von der Ausstattung und räumlichen Beschränktheit des Hauses machen.

Sind geflüchtete Menschen eingezogen, braucht es Räume für Begegnungen und zum gegenseitigen Kennenlernen. Begegnungsnachmittage, Nachbarschaftsfeste oder Projekte wie ueberdentellerrandkochen.de können dazu beitragen, Vorurteile abzubauen, Kontakte zu knüpfen und letztlich friedlich zusammenzuleben. Bei regelmäßig stattfindenden Mahnwachen sollten Sie prüfen, ob Platzverweise zu erteilen sind. Sind Sie Eigentümer des Geländes machen Sie von Ihrem Hausrecht Gebrauch. Wenn notwendig, ziehen Sie die Polizei hinzu.

mehr zum Thema:

- Leitfaden zur Vermeidung rassistisch aufgeladener Konflikte im Umfeld von Sammelunterkünften für Flüchtlinge: www.bagkr.de/wp-content/uploads/was-tun_webversion_neu.pdf

- Handreichung „Dialog – mit wem und in welchem Rahmen?" : www.kulturbuero-sachsen.de/images/PDF/Dialogpapier_Kulturbro-Sachsen-e.V.pdf

*- Empfehlungen zum Umgang mit rechtsextremen Besucher*innen bei Veranstaltungen: http://www.mbr-berlin.de/rcms_repos/attach/mbr_handr_wort_2007.pdf*

Auf der Anwohnerversammlung zu einer geplanten Flüchtlingsunterkunft kritisiert ein Fragesteller, dass Ihr Verband so viel Geld für die Betreuung von Migranten ausgibt, aber viel zu wenig für notleidende Obdachlose.

Verschiedene Gruppen von Bedürftigen gegeneinander auszuspielen, ist ein häufiges – und wirksames – Agitationsmittel von Rechtspopulisten und Rechtsextremen. Deshalb ist es wichtig, dass Sie mit der Autorität eines Wohlfahrtsverbandes hier Stellung beziehen: Sagen Sie klar und deutlich, dass ein solches Gegeneinander-Ausspielen den Grundwerten Ihres Verbandes widerspricht. Und dass Sie grundsätzlich keine Unterschiede machen etwa bei der Herkunft von Notleidenden. Betonen Sie, dass im bundesdeutschen Sozialstaat alle Bedürftigen Anspruch haben auf Unterstützung. Bitten Sie den Fragesteller darum, nicht zu pauschalisieren. Ideal ist es, wenn Sie Zahlen und Beispiele parat haben für Projekte oder Hilfsangebote (z.B. Ihres Verbandes), die nicht unter Finanznot leiden. So könnte die pauschale Unterstellung, es gebe für alle sozialen Angebote jenseits der Flüchtlingshilfe zu wenig Mittel, an einem konkreten Beispiel widerlegt werden. Sie können dann versuchen, die Frage ins Positive zu wenden: Zeigen Sie sich erfreut, dass der Fragesteller sich für die konkrete Arbeit Ihres Verbandes interessiert und bieten Sie an, im direkten Gespräch tiefergehend über die verschiedenen Hilfsangebote zu informieren. Sagen Sie, an alle Anwohner gerichtet, dass Sie sich über (finanzielle) Unterstützung und Mitarbeit in allen Ihren Handlungsfeldern freuen.

mehr zum Thema:

- Resolution des Paritätischen Gesamtverbands, in der eine Konkurrenz verschiedener Bedürftigengruppen scharf zurückgewiesen wird: www.der-paritaetische.de/schwerpunkte/vielfalt-ohne-alternative/resolution-gegen-rechte-demagogen-fuer-eine-solidarische-politik

- „Flüchtlinge willkommen heißen" – Handreichung der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin: www.mbr-berlin.de/materialien/publikationen-handreichungen/keine-buhne-fur-rassismus

Die Facebook-Seite Ihres Ortsverbandes wird mit rassistischen Wortmeldungen überschwemmt, nachdem der Vorsitzende sich öffentlich für Geflüchtete eingesetzt hat.

Generell gilt für alle Anfeindungen in Sozialen Medien: Lassen Sie sich keinesfalls auf Diskussionen mit den hetzenden Nutzer*innen ein. Das ist nicht zu bewältigen.

Wenn Verbände betroffen sind, informieren Sie sich über Möglichkeiten, die Nutzung dieser Profile in Sozialen Medien durch Dritte zu beschränken. Internet-Auftritte sollten unbedingt regelmäßig betreut und gepflegt werden. Dies ist schon deshalb notwendig, weil für etwaige Rechtsverletzungen im Kommentarbereich (beleidigende oder volksverhetzende Beiträge) möglicherweise Sie als Seitenbetreiber haftbar gemacht werden können. Die Löschung, Sicherung und Anzeige hetzender Einträge sollte zur Normalität werden. Mit einer sogenannten Netiquette – also Grundregeln für Wortmeldungen auf Ihrer Seite – können Sie es transparent begründen, wenn diskriminierende Beiträge von Nutzer*innen gelöscht werden. Machen Sie jeweils klar, dass das Löschen diskriminierender Postings nichts mit Zensur oder einer Einschränkung von Meinungsfreiheit zu tun hat. Beleidigungen, Beschimpfungen und Diskriminierungen sind nicht von der Meinungsfreiheit gedeckt, so besagt es auch ausdrücklich Artikel 5, Absatz 2 des Grundgesetzes.

Scheuen Sie sich nicht vor Strafanzeigen, wenn Wortmeldungen Straftatbestände verletzen (beispielsweise Beleidigung, üble Nachrede, Volksverhetzung, Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen).

mehr zum Thema:

- Broschüre zu rechtsextremen Kommunikationsstrategien im Web 2.0: www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/viraler-hass.pdf

- ein Beispiel für eine empfehlenswerte Netiquette: www.zeit.de/administratives/2010-03/netiquette

Diese Handlungsempfehlungen wurden erarbeitet von den Mobilen Beratungsteams des Kulturbüros Sachsen; Mitwirkende: Susanne Feustel, Grit Hanneforth, Markus Kemper, Jens Paßlack, Petra Schickert, Anne Winkel

Wenn Sie mehr wissen wollen …

Hinweise zu weiterführender Literatur und Beratungsangeboten

Sachbücher

Arndt, Susan/Ofuatey-Alazard, Nadja (Hrsg.): Wie Rassismus aus Wörtern spricht. (K)Erben des Kolonialismus im Wissensarchiv deutscher Sprache. Ein kritisches Nachschlagewerk. Münster 2015

Ben Jelloun, Tahar: Papa, was ist ein Fremder? Gespräch mit meiner Tochter. Reinbek 2000

Benz, Wolfgang: Antisemitismus: Präsenz und Tradition eines Ressentiments. Schwalbach 2015

Bude, Heinz: Gesellschaft der Angst. Hamburg 2014

Decker, Oliver u.a.: Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. Gießen 2016
auch als kostenloser Download: www.boell.de/de/2016/06/15/die-enthemmte-mitte-studie-leipzig

Emcke, Carolin: Gegen den Hass. Frankfurt/Main 2017

Geulen, Christian: Geschichte des Rassismus. München 2014

Müller, Jan-Werner: Was ist Populismus? Ein Essay. Berlin 2016

Orth, Stefan/Resing, Volker (Hrsg.): AfD, Pegida und Co. – Angriffe auf die Religion. Freiburg 2017

Röpke, Andrea: Jahrbuch rechte Gewalt. Chronik des Hasses. Hintergründe, Analysen und die Ereignisse 2016. München 2017

Schraven, David/Feindt, Jan: Weiße Wölfe. Eine grafische Reportage über rechten Terror. Berlin 2015

Zick, Andreas u.a.: Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. Bonn 2016

Broschüren/Handreichungen/ Ratgeber

Amadeu-Antonio-Stiftung: „Geh sterben!“ Umgang mit Hate Speech und Kommentaren im Internet
www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/hatespeech.pdf

Amadeu-Antonio-Stiftung: „Nachfragen, Klarstellen, Grenzen setzen – Handlungsempfehlungen zum Umgang mit der AfD“
www.amadeu-antonio-stiftung.de/aktuelles/2016/afd-1/

Benbrahim, Karima u.a.: salonfähig, trittsicher. Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Europa. Düsseldorf 2014

Blätter der Wohlfahrtspflege, Themenheft „Rechtsextremismus“. Nomos Verlag. 3/2016

Bund der Katholischen Jugend: Arbeitshilfe Zukunftszeit. Gemeinsam für ein buntes Land. Düsseldorf 2016

Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.: Widersprechen! Aber wie? Argumentationstraining gegen rechte Parolen
Arbeitsmaterialien für die Durchführung eines eigenen Kommunikationstrainings gegen rechte Parolen – zu beziehen über: www.bpb.de/218605

Gloel, Rolf/Gützlaff, Kathrin: Gegen Rechts argumentieren lernen. Hamburg 2010

Kulick, Holger/Staud, Toralf (Hrsg.): Das Buch gegen Nazis. Rechtsextremismus – was man wissen muss, und wie man sich wehren kann. Köln 2009

Lanig, Jonas: 50 Vorurteile in der Flüchtlingskrise auf dem Prüfstand. Ein Faktencheck. Mühlheim/Ruhr 2016

Schleichert, Hubert: Wie man mit Fundamentalisten diskutiert, ohne den Verstand zu verlieren: Anleitung zum subversiven Denken. München 2017

Schule ohne Rassismus/GEW/Aktion Courage e.V.: Themenheft Rechtspopulismus. Berlin 2016

Veröffentlichungen aus den Verbänden

AWO
Broschüre „AWO gegen Rassismus“. Juni 2016
http://kampagnen.awo.org/shop/awo-gegen-rassismus

AWO Ansicht 1/2017: Themenheft „Gegen rechts“ und
AWO Ansicht 4/2013: Themenheft „Kein Platz für Rassismus“
www.awo.org/awo-ansicht

Caritas
neue caritas 20/2016: Schwerpunkt „Rechtspopulismus – Vormarsch stoppen“
www.caritas.de/neue-caritas/heftarchiv/jahrgang2016/ausgabe-20-2016

neue caritas 04/2017: Schwerpunkt „Argumentieren gegen rechts“
www.caritas.de/neue-caritas/heftarchiv/jahrgang2017/ausgabe-04-2017

Themenseite Rechtsextremismus plus Faktenblätter
www.caritas.de/fuerprofis/fachthemen/kinderundjugendliche/definitionvonrechtsextremismus.aspx

Diakonie
Broschüre „Demokratie gewinnt! Diakonie in der Auseinandersetzung mit Diskriminierung und Rechtsextremismus“
https://info.diakonie.de/fileadmin/user_upload/Diakonie/PDFs/Journal_PDF/P150082_Broschuere_Demokratie_gewinnt.pdf

Handreichung „Was tun?“ der Diakonie Mitteldeutschland
www.diakonie-mitteldeutschland.de/demokratie_gewinnt_in_sachsen-anhalt_und_thueringen_handreichung_was_tun_de.html

Broschüre „Menschen-Feindlichkeit – Was kann ich dagegen tun? Ein Ratgeber in leichter Sprache“. Diakonie Mitteldeutschland

Der Paritätische

Broschüre „Wahrnehmen – Deuten – Handeln. Rechtsextremismus in der Sozialen Arbeit keinen Raum geben". Dezember 2016
www.der-paritaetische.de/uploads/tx_pdforder/rechtsextremismus_web.pdf

Der Paritätische 2/2015: Vielfalt leben – Demokratie stärken; Initiativen gegen Ideologien der Ungleichheit: Rassismus und Fremdenfeindlichkeit Paroli bieten

Der Paritätische 4/2009: Demokratie leben; Initiativen gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus

ZWST
Praxiswelten. Zwischenräume der Veränderung. Neue Wege zur Kompetenzerweiterung
Die Abwertung der Anderen. Beiträge der mehrjährigen Tagungsreihe

Wenn Rassismus aus Worten spricht. Fragen, Kontroversen, Perspektiven. Tagungsdokumentation

Das offene Schweigen. Zu Fallstricken und Handlungsräumen rassismuskritischer Bildungs- und Sozialarbeit. Tagungsdokumentation
alle auf: www.zwst-perspektivwechsel.de/archiv

Antisemitismus und Empowerment. Perspektiven, Ansätze, Projektideen
www.zwst-kompetenzzentrum.de/publikationen/

Informationsangebote der Verbände und andere überregionale Anlaufstellen

AWO
http://kampagnen.awo.org/awo-gegen-rassismus

Caritas
www.caritas.de/fuerprofis/fachthemen/kinderundjugendliche/definitionvonrechtsextremismus.aspx

Diakonie
www.info.diakonie.de/infothek/wissen-kompakt/detail/rechtsextremismus/

Der Paritätische
www.vielfalt-ohne-alternative.de

ZWST
www.zwst-kompetenzzentrum.de/

Amadeu-Antonio-Stiftung
www.amadeu-antonio-stiftung.de

Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt
www.verband-brg.de

Bundesverband Mobile Beratung e.V.
www.bundesverband-mobile-beratung.de

Weitere Online-Portale

Sehr umfassende Hintergrundinformationen finden sich in diesen Themenschwerpunkten
Bundeszentrale für politische Bildung
www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus
www.bpb.de/politik/extremismus/rechtspopulismus/
www.bpb.de/politik/extremismus/antisemitismus/

Gemeinsames Internet-Angebot der Landeszentralen für politische Bildung
www.politische-bildung.de/pegida_rechtspopulismus.html

Auch Friedrich-Ebert-Stiftung und Konrad-Adenauer-Stiftung bieten zahlreiche Informationen
www.fes-gegen-rechtsextremismus.de/
www.kas.de/wf/de/21.72/

„Das Versteckspiel" analysiert detailliert Symbole, Modemarken, Dresscodes, Musik und Szenecodes, die von der rechtsextremen Szene genutzt werden
www.dasversteckspiel.de

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus bietet zahlreiche Informationen zum Thema – insbesondere aus christlicher Sicht
www.bagkr.de

Internet-Portal der Amadeu-Antonio-Stiftung für Digitale Zivilgesellschaft
(ehemals netz-gegen-nazis.de)
www.belltower.news

Diese interaktive Landkarte sammelt Falschmeldungen und Gerüchte über Flüchtlinge aus ganz Deutschland – und die jeweiligen Widerlegungen
http://hoaxmap.org/

Sammlung nützlicher Links zum Thema
http://www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/service/links-gegen-rechts

Impressum

Herausgeber:
AWO Bundesverband e.V.
Deutscher Caritasverband e.V.
Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband – Gesamtverband e.V.
Diakonie Deutschland – Evangelischer Bundesverband
Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e.V.

Inhaltlich Verantwortlicher gemäß Presserecht:
Dr. Ulrich Schneider

Projektleitung: Christian Woltering

Redaktion:
Marina Chernivsky, Henning Flad, Peter Goike, Dr. Brigitte Mihok,
Romina Wiegemann, Christian Woltering

Fachliche und redaktionelle Begleitung: Toralf Staud

Gestaltung: FLMH. Labor für Kommunikation und Politik, Berlin

Korrektorat: Sabine Büsgen, Frankfurt/Main

1. Auflage, Mai 2017

Gefördert durch das

Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend